



Der Prozess des Jahres in den USA: Der Fall Kyle Rittenhouse
Die Notwehr gegen Linksextremisten war rechtens.
SEITE 4-5

Ein „Fortschritt“ zum Fürchten
Der neue Koalitionsvertrag strotzt vor linksradikalen Plänen.
SEITE 12-13



Die jüdische Story der Beatles und der Rolling Stones
Juden hatten erheblichen Anteil an deren musikalischem Durchbruch.
SEITE 44



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Chanukka und Nikolaus sind vorbei, der Monat hat auch schon vor einer Woche gewechselt.

Weihnachten, der Geburtstag des illegalen jüdischen Siedlers Jesus (oder war er doch „Palästinenser“) steht vor der Tür, und der Jahresausklang dieses für unser Land nicht wirklich gut gelaufenen Jahres ist in naher Sicht.

In Deutschland steht – ganz wie auch an dieser Stelle schon zuvor befürchtet und vorausgesagt – wegen der rückgratlosen, suizidalen Dummheit der CDU und dem ebenfalls überaus unüberraschenden Verrat der FDP an ihren naiven Wählern eine unsägliche Koalition – oder soll man besser sagen Komplizenschaft – aus diversen Berufs- und Studienabbrecher*innen, einer Moral- und Anstand-resisten Plagiatörin und dick auftragenden Lebenslaufüßnerin sowie einem ebenso sendungsbewussten wie sachignoranten Sunnyboy als Überminister unmittelbar davor, als – wie sie es nennen werden – Regierung (man mag es kaum aussprechen) die nächsten überlangen vier Jahre mit ihrem durch ein hysterisches, an der Wahrheit weit vorbeigehendes Klima-Diktat falsch legitimiertes Systemchange-Vorhaben unserem vormals musterhaft freiheitlichen und erfolgreichen Land den bereits unter der bisherigen Kanzlerin bestens vorbereiteten ökonomischen und kulturellen Garaus zu bereiten.

Dabei bin ich ganz bewusst noch nicht einmal auf das ebenfalls zu erwartende, vor allem islamische Flüchtlinge attrahierende Migrationsdesaster und die damit wachsende Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens in diesem Lande eingegangen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €;
Slowakei 4,50 €



Eric Zemmour: Der jüdische Stern an Frankreichs politischem Himmel



Von Maxim Suchanow

Eine Anfang Oktober veröffentlichte Meinungsumfrage, nach der der Journalist Eric Zemmour 17 – 18 % der Stimmen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen bekommen würde, wurde in Frankreich eine Sensation. So überholt Zemmour, Sohn jüdischer Einwanderer aus Algerien, die traditionelle ultrarechte Marine Le Pen, die 16 % bekommt, und geht in die zweite Runde gegen den derzeitigen Präsidenten des Landes Macron, der die Unterstützung von 24 - 27 % der Franzosen genießt. Noch schlechter ist die Prognose für den Rest der Kandidaten: Die Konservativen Xavier Bertrand und Jean-Luc Melenchon könnten 13 bzw. 11 % der Stimmen erhalten.

Eric Zemmour wurde in dem östlichen Pariser Vorort Montreux in die Familie eines Sanitäters und einer Hausfrau geboren, die mit Ausbruch des Krieges in Algerien in die Metropole zogen. Zemmour ist in jüdischer Tradition aufgewachsen, spricht Hebräisch, besucht die Synagoge und ist mit einer tunesischen Jüdin verheiratet. 1979 absolvierte Eric Zemmour das renommierte Institut für Politische Studien in Paris, zu dessen Alumnis 28 Staats- und Regierungschefs, insbesondere vier französische Präsidenten und 13 Premierminister gehören. Er arbeitete kurz in einer Werbeagentur, schrieb dann für die Zeitung „Le Quotidien de Paris“ und wechselte 1996 als politischer Journalist zu „Le Figaro“. Bereits in den 2000er Jahren stellten Experten seine Nähe zum Vorsitzen-

den der Front National, Jean-Marie Le Pen, fest.

Zemmour vertritt die Theorie des „großen Austausches“, nach der Europäer von muslimischen Einwanderern aus ihren Ländern verdrängt werden. In seinem Buch „Die französische Melancholie“ erklärte er die Masseneinwanderung zum Grund des zukünftigen Aussterbens der französischen Sprache. Laut Experten unterscheidet der Journalist nicht zwischen Islamismus und Islam: alle Muslime sind für ihn „Kolonialisten“, die ethnischen Franzosen ihre Sitten und islamischen Gesetze aufzwingen. Nach der Aussage in der Fernsehsendung auf Canal +, dass „die meisten Menschenhändler Schwarze und Araber sind“, wurde ein Strafverfahren gegen Zemmour wegen Anstiftung zur Rassen-diskriminierung eingeleitet.

Er selbst nennt sich „kein Verbrecher, sondern einen Dissidenten“ und plädiert für „die Größe Frankreichs, die Stärke des Staates und den Respekt vor der französischen Kulturtradition“. In den letzten Jahren wurde Zemmour als Alternative zur Rassemblement National wahrgenommen, die noch radikalere Ideen über Immigranten verbreitete, als Marine Le Pen es sich leisten kann. Laut der Schriftstellerin Marie-France Echquan „hat Eric mehr zur Entwicklung unseres Denkens beigetragen als die Front National in den 45 Jahren ihres Bestehens“.

Zemmours Popularität bringt Marine Le Pen in Not, während ihr Vater den neuen Star der der französischen Politik unterstützt. Der jüdische Journalist kri-

tisiert liberal-demokratische Institutionen, die von der „Ideologie der Vielfalt“ besessen sind, einschließlich der Medien, die er „Propaganda-Werkzeuge“ nennt. Zugleich ist er selbst Kolumnist der größten Zeitung des Landes und regelmäßiger Gast zahlreicher Talkshows.

Vor kurzem sagte Zemmour in einer Talkshow, dass weder der in Algerien begrabene Terrorist Mohammed Mera noch die von ihm in Toulouse getöteten und in Israel begrabenen jüdischen Kinder „nicht zu Frankreich gehörten“. „Anthropologen sagen, dass wir Teil des Landes sind, in dem wir unsere letzte Zuflucht gefunden haben“, sagte Zemmour. „Mörder oder Unschuldige, Henker oder Opfer, Feinde oder Freunde, sie wollten in Frankreich leben... aber wenn es um die Ruhestätte ging, haben sie sich nicht für Frankreich entschieden.“ Diese Rhetorik hat unter französischen Juden zu Kontroversen geführt.

Die Möglichkeit einer Nominierung Zemmours als Präsidentschaftskandidat der Fünften Republik wird seit 2019 diskutiert; er selbst hat eine solche Aussage noch nicht offiziell gemacht. Er wird von einer Reihe einflussreicher Persönlichkeiten unterstützt. Zu seinen engsten Beratern gehört Sarah Knafo (28), eine sephardische Jüdin, eine der talentiertesten Nachwuchsführungskräfte des Landes. Am 24. September 2021 traf Zemmour, der seine Ambitionen nicht mehr verbarg, auf Einladung der ungarischen Rechten in Budapest ein und wurde von Premierminister Viktor Orbán empfangen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Eric Zemmour: Der jüdische Stern an Frankreichs politischem Himmel

Ein sephardischer Jude mischt die Politik unseres Nachbarlandes auf: Eric Zemmour bezieht erfolgreich Stellung gegen die allgegenwärtige politische Unvernunft, die Islamisierung und Zerstörung der Grande Nation. Die Wähler laufen ihm – sehr zum Missfallen des linken Establishments – in Scharen zu.

Umfragen zeigen, dass Zemmour mit einem Ergebnis von 45 zu 55 gegen Macron verlieren wird, wenn sich die aktuellen Trends in der zweiten Runde fortsetzen, und dies ist ein viel besseres Ergebnis als das von Le Pen, die 2017 mit einem Ergebnis von 34 zu 66 gegen den aktuellen Präsidenten verlor. Noch im Sommer gewann Zemmour in Umfragen im ersten Wahlgang nur 5 % der Stimmen, im Oktober war er deutlich gestiegen und verdrängte Marine Le Pen, die erstmals seit 2013 auf den dritten Platz zurückgefallen war.

Ein neuer Politikertypus

Mit Eric Zemmour entsteht in Frankreich ein neuer Politikertypus, dessen Absichten keine zweideutigen Interpretationen zulassen. Dies ist ein Schock für die Mainstream-Linke, aber auch rechte Konkurrenten zeigen sich besorgt. Als die Wahlen näherkamen, begann Macron, islamische Gemeinden zu kritisieren. Doch Zemmour teilt diese Kritik nicht nur, sondern benennt auch die sozialen Folgen der Islamisierung Frankreichs, über die Macron lieber schweigt. Er wiederholt immer wieder: ein großer Zustrom von „Flüchtlingen“ führt zu einer Zunahme der Kriminalität und anderen Problemen, zum Beispiel in Schulen. Es gibt immer

mehr Bereiche, in denen die muslimische Parallelgesellschaft dominiert. Die Probleme, die bisher vor allem Paris, die Mittelmeerküste und den Norden des Landes betrafen, haben sich nun bis in die entlegensten Winkel ausgebreitet. Angesichts der angsteinflößenden Fotos und Berichte aus den Vororten wagt niemand, diese Aussagen als Übertreibung zu bewerten. Zemmour betrachtet die Kriminalität marginalisierter Gruppen als Kriegserklärung an die Mehrheitsgesellschaft und fordert die konsequente Abschiebung von Kriminellen, auch von Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, denen ihre französische möglicherweise entzogen würde.

Zemmour beschwert sich allerdings auch über die Mehrheitsgesellschaft. Er ist empört darüber, dass die französische Polizei wegen „Gewalt“ und „Racial Profiling“ angegriffen wird; dass es heute üblich ist, fast jedes gesellschaftliche Problem mit dem Erbe der Kolonialzeit zu erklären; dass viele „grüne“ Bürgermeister keine Weihnachtsbäume mehr in ihren Städten aufstellen und gleichzeitig den Bau von Moscheen finanzieren wollen.

Zemmour hat kürzlich vorgeschlagen, dass jedes in Frankreich geborene Kind mindestens einen französi-

schen Namen haben sollte. Darüber hinaus spricht er von der Notwendigkeit, den Islam zu assimilieren, so wie die Juden einst in die französische Kultur assimiliert wurden. Für seine konservativen Konkurrenten wie Jean-Luc Mélenchon ist das inakzeptabel, sie reden nur von Vermischung der Kulturen.

Assimilation bedeutet für Zemmour, die Geschichte, Gebräuche und Lebensweise des Landes zu akzeptieren, seine Sprache und Literatur anzunehmen. Das erinnert an die alten Zeiten, als Frankreich bereits das Territorialprinzip der Verleihung der Staatsbürgerschaft anwendete, aber davon ausging, dass die neuen Landsleute wirklich Franzosen im wahrsten Sinne des Wortes sein wollen. Heute riskiert man, unter der Flagge der „Vielfalt“, dies zu vergessen. Außerdem fordert er, dem französischen Recht wieder den Vorrang vor dem Europarecht zu geben und reißt sich damit in die Kritik der EU ein.

Alternative zu Marine Le Pen?

Ist Zemmour rechter als Marine Le Pen oder ist er eine bürgerliche Alternative zu ihr? Es ist schwer zu sagen. Und Zemmour zieht nicht nur ihre

Wähler an sich, sondern wahrscheinlich auch Anhänger des gemäßigeren Xavier Bertrand und sogar Mélenchon.

Zemmour scheint derzeit eine umstrittene und radikale Figur zu sein. Sogar Jean-Marie Le Pen sagte, dass er Eric wählen würde, wenn er einen festen Platz an der Spitze des „nationalen Lagers“ einnehmen könnte, und fügte hinzu: „Marine hat ihre festen Positionen verlassen, Eric nahm den von ihr verlassenen Boden ein.“

Marine Le Pen zeigt jedoch Standhaftigkeit und ist zuversichtlich, in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zu kommen. In den letzten Jahren hat sie sich sehr bemüht, weniger radikal zu erscheinen und für mehr Menschen wählbar zu werden. Sie will die Einwanderung „ohne Schwäche, aber auch ohne Exzesse“ bekämpfen, dabei will sie sich für den „Mann auf der Straße“ einsetzen und seine wirtschaftlichen Nöte lindern. Wie dem auch sei, wenn in den nächsten sechs Monaten nicht ganz andere Diskussthemata in den politischen Raum geworfen werden können, werden die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich zu einer Konfrontation zwischen dem zentristischen Macron und der politischen Rechten.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Angeführt wird das Ganze von einem an selbst eingestandener Amnesie hinsichtlich seiner diversen schuldhaften Entwicklungen in unterschiedliche, immens kostspielige Wirtschaftsskandale leidenden ehemaligen strammen JuSo-Marxisten im Biedermann-Look als Kanzler. Andernorts, beispielsweise in Österreich muss man unter kaum an sich gehaltener Rücktrittshäme unserer linken staatlichen Gesinnungsmedien für erheblich weniger als Kanzler zurücktreten, bei uns wird man für erheblich Schlimmeres und Kostspieligeres mit der Kanzlerschaft belohnt.

Das Fatale an diesem Kollektivsuizid unserer freiheitlich-westlichen Lebensart ist, dass er wirklich vermeidbar gewesen wäre. Denn nur von allen guten Geistern verlassene Narren oder heimliche Missgönner der eigenen Partei wie Frau Merkel konnten für den grünen CDU-Mutanten Laschet auch nur die Spur eines Schattens von einer Andeutung einer Chance für die Kanzlerwahl hineinbehaupten. Ihn gegen die Basis der Partei zum Kanzlerkandidaten einer nach der Merkel'schen grünen Inhalts- und Werteentkernung dringend wieder bodenständiges und wertekonservatives Mitte-Profil benötigenden CDU zu machen, kommt einer von oben gewollten Sabotage an der eigenen Partei gleich.

Dazu kommt der himmelschreiende eklatante Verrat der FDP-Führung an ihren eigenen zum größten Teil bürgerlichen Wählern, die gehofft hatten mit der Wahl der FDP einer Koalition mit bürgerlicher Mehrheit wie etwa Jamaika den Weg zu ebnet, stattdessen aber nach der falschen und naiven Wahl der FDP, nur ihren eige-

nen Wählern gegenüber gewissenlose Steigbügelhalter des rot-grünen Desasters bekommen haben.

Das Einknicken der FDP in Thüringen ist fast vergessen

Natürlich war auch das vorauszusehen. Hat doch die FDP-Führung schon bei der legitimen Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten in Thüringen kein Rückgrat gezeigt, was anderes also war von ihr dieses Mal zu erwarten?

Hier erlaube ich mir den eher betrübten Verweis auf meine letzte Kolumne des Vormonats, in der ich mich bereits mit dem voraussehbaren politischen Elend unserer schönen Republik befasst habe. Ich habe es weder mir noch unserem Land

die schwindende Bedeutung des amerikanischen Staats-Zerlegers Biden den unerträglichen rot-grünen Triumphzug, der mit der geplanten Wahlaltersenkung und erleichtertem Ausländerwahlrecht schon an der künftigen Unbeseitigbarkeit des autoritären und unduldsamen linken und grünen Dogmas bastelt, einen Teil seiner gegenwärtigen Unterstützung nehmen wird.

Frau Merkel wurde zwischenzeitlich hierzulande und vielerorts mit ausländischen Ehren überhäuft und Abschiedsherumgereicht. In ihrer eigenen Partei jedenfalls, der sie wie unserem Land insgesamt übel mitgespielt hat, wird es eine drastische politisch-inhaltliche Entmerkalisierung geben müssen, wenn sie jemals

ist ein über den Ort hinaus berüchtigter Dieb, Ganove und Halunke verstorben. Er war so übel, dass keinem seiner Schtetl-Mitbewohner etwas Gutes einfiel, das man bei seiner Grabrede hätte sagen können. Musste man aber. Das ist jüdischer Brauch und jüdische Pflicht, ohne die man keinen Menschen auf dem Friedhof verabschieden darf. Beerdigen musste man den Toten aber auch! Schließlich versprach einer der Schtetl-Bewohner das Dilemma zu lösen und gegen eine kleine Belohnung etwas Gutes über den Verstorbenen zu sagen. Mit Erleichterung schritt das ganze Schtetl zur Lewaje (Beerdigung), wo der Redner Folgendes ausführte: Aber er hat uns zwei Söhne hinterlassen – gegen die war er geradezu ein Wohltäter, wenn nicht gar ein Engel!

Ja, wir Juden sind ein uraltes Volk, dass schon die dritte Lesebrille brauchte als Europa noch nicht einmal wusste, was Zivilisation bedeutet. Deshalb haben wir auch für nahezu alles unsere Präzedenzfälle.

Jedenfalls wird uns vermutlich die schreckliche Ära Merkel noch als Segen erscheinen, gegen den ideologisierten klimahysterischen Irrsinn, die sozialistische Entmündigung unseres Landes, die Trockenlegung unseres den Staat seit Entstehung dieser Republik treu stützenden Mittelstandes, die gender-induzierte Zerstörung unserer bewährten familiären Bezüge und gegen die Diffamierung, Ausgrenzung und Rechtsverortung aller, die den links-grünen Weg nicht mitgehen wollen.

Aber es gibt auch Positives. Die Zahl unserer Leser hat auch in diesem bewegten

„ Deutschland steht wegen des überraschenden Verrats der FDP an ihren naiven Wählern eine unsäglich Koalition aus diversen Berufs- und Studienabbrecher*innen bevor. “

noch uns allen gewünscht, aber leider ist so gut wie alles von der traurigen Wirklichkeit zumindest bestätigt, wenn nicht gar überholt worden.

Bleibt nur zu hoffen, dass die im Jahre 2022 hoffentlich anstehende Wahl des von politischer Vernunft und großem Erhaltungswillen unserer freiheitlich-demokratischen westlichen Gesellschaft geleiteten sephardischen Juden Eric Zemmours zum Präsidenten Frankreichs und

wieder eine Rolle in der Nähe einer Volkspartei spielen will.

Trotzdem habe ich auf die kürzliche Frage eines befreundeten Journalisten, ob die neue Ampelregierung meiner Ansicht nach besser oder schlechter sein wird als die der scheidenden Kanzlerin, an einen alten jüdischen Witz denken müssen, den mir schon mein lange verstorbener Vater seligen Angedenkens erzählt hat:

„In einem jiddischen Schtetl in Polen

Die gierige Nichte, die auf den Tod des reichen Onkels wartet

Die Vizepräsidentin und hochbezahlte Nichtsteuerin Kamala Harris, die bei ihrer Präsidentschaftsbewerbung selbst bei den Democrats nicht punkten konnte und ihren späteren Gönner Joe Biden im Wahlkampf als „Rassisten“ beschimpfte, ist die unpopulärste Figur der aktuellen US-Regierung. Nun sticht Harris erneut mit Rassismus-Vorwürfen gegen ihren Chef Biden.

Von Daniel Greenfield

Kamala Devi Harris weiß nicht viel – aber sie weiß, wie man die Rassen-Karte spielt, die das Kind wohlhabender ausländischer Studenten, die in Montreal erzogene Tochter einer brahmanischen indischen Mutter noch weniger einsetzen darf als Barack Hussein Obama.

Als Kamala versuchte, Biden aus dem Rennen zu werfen und seine schwarzen Unterstützer auf ihre Seite zu ziehen, beschuldigte sie ihn des Rassismus, weil er sich dem Busfahren widersetze. Glaubte Kamala ihrer eigenen Anschuldigung? Als sie von Bidens Vizepräsidenten-Schauausschuss interviewt wurde, „lachte sie und sagte: ‚Das ist Politik‘. Sie bereue nichts.“

Kamalas zynischer Rassismus-Spielzug, oder genauer gesagt Bidens schwache und ungeschickte Reaktion darauf, erschütterte das Rennen vorübergehend, aber schwarze Wähler erwiesen sich als loyal gegenüber dem demokratischen Establishment, kehrten zu Biden zurück und ließen Kamala mit nichts außer verschwendeten Millionen zurück.

Als sich die Wähler gegen sie wandten, reagierte Kamala, indem sie sie beschuldigte, Sexisten und Rassisten zu sein.

„Ist Amerika dafür bereit? Sind Sie bereit dafür, dass eine farbige Frau Präsidentin der Vereinigten Staaten wird?“, jammerte sie. Sie waren auf jeden Fall nicht bereit für Kamala, die 2 % bei den Frauen und 4 % bei den schwarzen Wählern erreichte. Schwarze Wähler unterstützten Biden und torpedierten ihren Weg als Präsidentin ins Weiße Haus.

Nachdem sie 36 Millionen US-Dollar gesammelt hatte und sich keiner einzigen Vorwahl gestellt hatte, stieg sie aus und wurde als Nummer zwei für einen verwirrten alten weißen Mann ausgewählt. Wie also stehen die Chancen, dass sie ihn beim ersten Anzeichen von Ärger wieder einen Rassisten nennen würde? Ähnlich wie bei der Geschichte vom Skorpion und dem Frosch oder dem Bauern und der Giftschlange, ist Kamala eine giftige Kreatur mit nur einer einzigen Art Gift.

Die Umfragewerte von Kamala sind schrecklich. Sie sind so schrecklich, dass sie noch schlimmer sind als die von Biden. Und so zieht Kamala (die ihren aktuellen Job nur hat, weil Biden versprochen hat, eine schwarze Frau auszuwählen, und die anderen führenden Alternativen eine Castro-Anhängerin und Stacey Abrams waren), mit ermüdender Vorhersehbarkeit die Rassismus-Karte für einen weiteren Einkaufsbummel im Opferladen hervor.

Nachdem die Biden-Regierung Verkehrsminister Pete Buttigieg verteidigt hatte, weil er in den Urlaub fuhr, während die Lieferkette von Importwaren implodierte, implizieren Kamalass Leute, dass die Regierung sie nicht auf die gleiche Weise verteidige, weil sie kein weißer Mann ist.

„Es ist schwer, die besondere Energie zu übersehen, die das Weiße Haus aufbringt, um einen weißen Mann zu verteidigen, während Kamala Harris fast ein Jahr lang viel von der Prügel einzustecken, die der



Falsche Freunde: Im Wahlkampf beschimpfte Kamala Harris ihren „Parteifreund“ Biden noch als „Rassisten“.

Präsident nicht selbst einstecken wollte“, wurde einer ihrer ehemaligen Adjutanten von CNN zitiert.

Wenn aber die Biden-Regierung so rassistisch ist, warum hat sie dann Kamala Buttigieg vorgezogen? Aber da Rassismuskritik bei den Demokraten Alarmzustand auslösen, wurde rasch die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, hinausgemietet, um zu twittern, dass Kamala eine „mutige Führerin“ sei.

Niemandem aber fällt etwas Mutiges ein, das Kamala jemals getan hätte, außer andere Menschen als Rassisten zu bezeichnen, um ihren Willen durchzusetzen – und wie alles andere an ihr ist auch das nicht im Entferntesten originell.

Die unpopulärste Figur der Regierung

Doch wie soll die Biden-Regierung sonst ihre unpopulärste Figur verteidigen? Und in einer Regierung, die einen Präsidenten hat, der kleine Kinder begrapscht, einen Verteidigungsminister, der sich während des Sturzes Afghanistans auf „Kritische Rassentheorie“ konzentrierte, einen Verkehrsminister, der während einer Verkehrskrise zwei Monate Urlaub nahm, und einen windsurfenden Verräter, ist es eine echte Errungenschaft die unbeliebteste Figur von allen zu sein.

Buttigieg wurde dafür kritisiert, seinen Job nicht zu machen, doch Kamalass einziger wirklicher Job besteht darin, darauf zu warten, dass Biden stirbt, arbeitsunfähig wird oder sogar noch unbeliebter wird als sie. Zwei dieser Dinge könnten geschehen, aber wenn man bedenkt, dass sie in Umfragen bei 28 % liegt, wird das dritte mit ziemlicher Sicherheit nie stattfinden.

Jeder Versuch, Kamalass Portfolio zu erweitern und ihr mehr imaginäre Jobs zu geben, sie nach Asien und Frankreich zu fliegen, ist ein schlechter Versuch, die Tatsache zu verschleiern, dass sie das Äquivalent der gierigen Nichte ist, die darauf wartet, dass ihr reicher Onkel stirbt und ihr sein Vermögen hinterlässt. Und

seit drei Jahren haben Umfragen durchweg gezeigt, dass die meisten Amerikaner nicht wollen, dass Kamala POTUS wird. Niemals. Also machen Kamalass politische Verbündete wieder Sexismus und Rassismus für ihre Unbeliebtheit verantwortlich. Eine kürzlich durchgeführte „Economist“-Umfrage ergab jedoch, dass 35 % der Frauen einen sehr ungünstigen Eindruck von ihr hatten, verglichen mit nur 22 % mit einer sehr positiven Meinung über Kamala. Sogar schwarze Wähler, die im Allgemeinen der Biden-Regierung treu ergeben sind, bewerten den alten weißen Mann an der Spitze besser als sie. Kamalass Problem ist nicht Rassismus oder Sexismus, ihre Rasse oder ihr Geschlecht, sondern sie selbst.

Rassismus und Sexismus zu schreien funktioniert, aber nur vorübergehend. Und Kamala und ihre Verbündeten haben so viel Zeit damit verbracht, „Wolf!“ zu rufen, weshalb der jüngste Missbrauch der Rassismus-Karte unbemerkt geblieben ist.

Anfang des Jahres heulte Kamalass Fanclub, dass ein unzureichend schmeichelfhaftes Vogue-Cover rassistisch sei. Dieser Unsinn erzeugte Schlagzeilen in den Medien wie „Eine Geschichte zweier Titelseiten“, „Das Kamala-Harris-Cover zeigt, dass starke schwarze Frauen kleinzureden immer noch in Mode ist“ (Washington Post) und „Kamala Harris‘ ‚Vogue‘-Cover ist der Inbegriff einer rassistischen Mikroaggression“ (Gilbert und Sullivan). Doch man kann nur eine gewisse Zeit lang das Opfer spielen.

5 Millionen Dollar fürs Nichtstun

Die Mitarbeiter von Kamala beschwerten sich darüber, dass sie nicht über genügend Ressourcen verfügen und mehr Geld benötigen, obwohl das Budget für das Vizepräsidentenbüro im Geschäftsjahr 2021 5 Millionen US-Dollar beträgt und ein massives Vollzeitpersonal von 25 Mitarbeitern finanziert wird. Wie viel braucht Kamala wirklich, um herumsitzen und nichts zu tun?

Die Wiederbelebung der Rassismus-Vorwürfe ist ein Schuss vor den Bug der Biden-Regierung. Der schwarze Prediger Al Sharpton hat öffentlich angekündigt, dass er sich bei Biden darüber beschweren werde, dass Kamala falsch behandelt werde, und seine Hass-Gruppe werde „weiter dafür kämpfen, dass sie in einer Machtposition sei, weil wir wollen, dass sie gedeiht, und ich werde das dem Präsidenten so mitteilen“.

Glaubt Kamala, dass ihr das helfen wird? Jedes Mal, wenn die Regierung ihr auch nur das kleinste Maß an Verantwortung übertrug, schaffte sie es, sie in die Luft zu jagen. Eine Politikerin, die Fragen und Antworten von Studenten nicht gewachsen ist und ein NASA-Werbevideo vermessen kann, die hat auch die Gabe, sich ihre Pumps in den Mund zu schieben. Und wie bei ihrer Primärkandidatur schieben Kamala und ihre Leute, statt zuzugeben, dass sie einen Fehler gemacht hat, Sexismus und Rassismus für ihren letzten Skandal vor, um vom nächsten abzulenken.

Kamala hat es geschafft, ihre privilegierte Kindheit als „kalifornischer Jim Crow“ vorübergehend neu zu erfinden. Jetzt versucht sie, denselben erbärmlichen Trick im Weißen Haus noch unglaubwürdiger durchzuziehen.

Die Biden-Regierung hat sie ausgewählt, obwohl sie deren führendem Mann Rassismus vorgeworfen hatte. Jetzt, wo Kamala zu kämpfen hat, ist sie zu ihrer alten Trickkiste zurückgekehrt und verbreitet Rassismuskritik gegen die Biden-Regierung. Diese hätte es kommen sehen sollen. Wie der Skorpion zum Frosch sagte, kurz nachdem er ihn gestochen hatte und bevor sie beide ertranken: „Ich konnte nicht anders. Es liegt in meiner Natur.“

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im „Front Page Magazine“.

Aus dem Englischen von Daniel Heimiger

Der Prozess des Jahres in den USA: Der Fall Kyle Rittenhouse

Während der von der linksextremen und anti-israelischen BLM-Bewegung angezettelten gewalttätigen Krawalle des Sommers 2020 verteidigte sich der erst 17-jährige Kyle Rittenhouse in existenzieller Notwehr mit einer Schusswaffe und erschoss dabei zwei weiße Linksextremisten – auch Präsident Trump kommentierte seinerzeit den Fall und nahm den Jugendlichen in Schutz. Nun sprach ein Gericht in Wisconsin Rittenhouse von der zu Unrecht erhobenen Mordanklage frei.



Von Roger Letsch

Kyle Rittenhouse durchlebte über ein Jahr lang ein Martyrium: Die Rufmord-Industrie aus Journalisten und Politikern hetzte gegen ihn als „Rassisten“.

Weil heute dank moderner Smartphones jeder nicht nur mehr Zeuge, sondern auch Protokollant sein kann, wenn irgendwo die Hütte brennt, wissen jene, die die Nachrichten verfolgten, recht gut, was 2020 im „Summer Of Love“ (Jenny Durkan, Bürgermeisterin von Seattle) vor sich ging. Seit Wochen verfolge ich nun die gerichtliche Aufarbeitung des Vorfalls in Kenosha, mache mir Notizen und stöhne angesichts des Berges an Informationen, die es zu beleuchten gilt.

Ich möchte mich hier nicht mit dem ganzen Hergang der Ereignisse befassen, sondern in Stichpunkten herausarbeiten, mit welchem Abgrund von Medien- und Politikversagen wir es hier zu tun haben, indem ich die Darstellung in amerikanischen und deutschen Medien dem gegenüberstelle, was unter Eid im Prozess ausgesagt und ermittelt wurde.

Er war nicht unbewaffnet

Zunächst der Anlass: In der Stadt Kenosha hätte die Polizei einen unbewaffneten Schwarzen erschossen, so wird berichtet und geglaubt. Jacob Blake wurde jedoch nicht erschossen, und unbewaffnet war er auch nicht. Die Polizei wurde von seiner Exfrau gerufen, denn nach einem Streit habe er sie in ihrer Wohnung eingesperrt und wolle mit ihrem Auto ihr Kind entführen. Das Kind befand sich im Auto, als die Polizei eintraf, Blake widersetzte sich seiner Festnahmen, zog ein Messer und wandte sich in Richtung Auto, in dem das Kind

saß. Die Polizei feuerte, offensichtlich verhindernd, dass Blake sich mit Auto und Kind aus dem Staub macht. Blake überlebt schwer verletzt und ist heute gelähmt.

Nach diesem Vorfall rollte die Gewalt schon den dritten Tag in Folge über

schützen. Rittenhouse, von einem befreundeten Ladeninhaber gefragt, ob er helfen könne, fuhr die 20 Meilen von seinem Wohnort nach Kenosha zu seinem Freund, der ihm auch die AR-15 überließ, von der noch die Rede sein wird. Graffiti entfernen, Feuer löschen,

sen, wie sehr die zwei nun toten Männer es verdient hätten, zu sterben. Das Vorstrafenregister ist irrelevant, denn auch Rittenhouse konnte davon nichts wissen. Außerdem ist ein 17-jähriger nicht vom Gesetz befreit, ein moralisches Urteil an Päderasten zu vollstrecken. Es ging im Prozess auch nur um die Frage, ob Rittenhouse in Notwehr gehandelt hat, nicht darum, ob es bedauerlich sei, dass nun zwei Menschen tot und einer fürs Leben gezeichnet ist, denn beides liegt auf der Hand.

Doch nun kommen die Medien ins Spiel und die Vorverurteilung nahm ihren Lauf. Rittenhouse habe eine Bundesstaatsgrenze mit einer Waffe überschritten, die er gar nicht hätte haben dürfen, und hatte außerdem in Kenosha nichts zu suchen. Falsch! Rittenhouse arbeitete in Kenosha, sein Vater lebt dort, sein Freund lebt dort, seine halbe Familie lebt dort. „Er habe dort nichts zu suchen“ ist, als wolle man einem Neu-Ulmer sagen, er habe in Ulm nichts verloren. Auch hatte er die AR-15 nicht über die Staatsgrenze gebracht, sondern vor Ort von seinem Freund erhalten und es klingt wie ein schlechter Witz, wenn dieselben Medien, die die Grenze zu Mexiko am liebsten abschaffen wollen, sich über die mangelnde Festigkeit von Grenzen zwischen Bundesstaaten aufregen. Bleibt der Vorwurf des unerlaubten Waffenbesitzes (Anklagepunkt 6). Vor Gericht wurde knapp entschieden, indem man in die Gesetze des Landes Wisconsin schaute – was die Medi-

„ Es klingt wie ein schlechter Witz, wenn dieselben Medien, die die Grenze zu Mexiko am liebsten abschaffen wollen, sich über die mangelnde Festigkeit von Grenzen zwischen Bundesstaaten aufregen.“

die Stadt. Ganze Straßenzüge brannten, unterschiedslos wurden Geschäfte geplündert und angezündet, Autos brannten, Mülltonnen brannten. Ein Zustand, den CNN gern als „mostly peaceful protests“ bezeichnet. Die Polizei hielt sich vornehm zurück, die Losung „defund the police“ hatte schließlich Fahrt aufgenommen und wurde an vielen Orten schon umgesetzt. Als Teil der Metropolregion Chicago hatte die Polizei von Kenosha sichtlich wenig Neigung, sich in einer so unübersichtlichen Lage zu exponieren. Und berichteten die Medien nicht fast einstimmig über die „ungehörten Stimmen“, die sich da Luft und Recht verschafften?

Zaghafte versuchten die Geschäftsinhaber von Kenosha, sich selbst zu

Erste Hilfe leisten...so sah der Abend für Rittenhouse aus. Er wurde dabei interviewt und mehrfach gefilmt. Ein seltsames Verhalten für einen „active shooter“, wie ihn die Staatsanwaltschaft gern bezeichnete.

Alles auf Video

Der Vorfall selbst wurde von mehreren Kameras festgehalten. Die Hetzjagd, der Schuss in die Luft, Gegenstände flogen in Richtung Rittenhouse, ein geschleudertes Skateboard traf ihm zweimal am Kopf, er stürzte, er war umzingelt, jemand griff nach seiner Waffe, er schoss, traf insgesamt drei seiner Verfolger, er stand wieder auf und ging zur Polizei.

Ich werde mich hier nicht damit befas-

en offenbar versäumt hatten, weil das geltende Recht nicht zu ihrem Narrativ passte. Rittenhouse war mindestens 16 Jahre alt und durfte also eine Langwaffe (mind. 16 Zoll Länge des Laufs) wie besagte AR-15 tragen. Den Punkt strich der Richter also kurzerhand aus der Anklage. Bis heute jedoch twittern sich Medien und Politiker um Kopf und Kragen, indem sie noch NACH dem Freispruch behaupten, Rittenhouse hätte illegal eine Waffe besessen. Kommentator der Medien auf die Streichung des Anklagepunktes 6: wenn sowas erlaubt sei, sei das Gesetz eben falsch. So einfach kann die Welt sein!

FBI tatenlos gegen Linksextremisten?

Im Verlauf des Prozesses schrammte die Anklage immer wieder haarscharf am Abbruch der Verhandlungen vorbei. Dem Richter platzte mehr als einmal der Kragen, weil die verfassungsmäßigen Rechte des Angeklagten in Frage gestellt wurden. Das FBI trug zur „Aufklärung“ bei, indem es ein aus großer Höhe aufgenommenes Infrarot-Video vorlegte. Dieses half zwar der Anklage überhaupt nicht, wirft aber ein seltsames Licht auf die Bundespolizei, die offenbar tatenlos zusah, als die Stadt in Flammen stand. Nicht einer der Brandstifter und Plünderer wurde bis heute angeklagt.

Der „Spiegel“, fest verzerrt in den eigenen Kategorisierungen, orakelte noch am 12.11.2021, die Anwälte von Rittenhouse könnten die Schwierigkeiten des Richters mit moderner Bildtechnik ausnutzen, wenn sie Beweise vorlegen. Es kam genau andersherum. Nachdem Staatsanwalt Binger unfreiwillig noch im Gerichtssaal demonstrierte, wie wenig Ahnung er vom Umgang mit Waffen hat, indem er das Gewehr von Rittenhouse in Richtung Jury anlegte und dabei den Finger am Abzug hatte, legte die Staatsanwaltschaft in letzter Minute ein weiteres überraschend auf-

getauchtes Drohnenvideo als „Beweis“ dafür vor, dass Rittenhouse bereits vor dem Vorfall seine Waffe auf jemanden gerichtet hatte, der als „Unknown Man“ bezeichnet wurde. Der Verteidigung schickte man allerdings nur eine stark komprimierte Version des Videos, auf dem nichts zu erkennen war. Zudem wies das Seitenverhältnis des Videos darauf hin, dass es zugeschnitten, also bearbeitet wurde. Die Proteste der Verteidigung, man könne im Video nichts erkennen, beantwortete der Staatsanwalt mit den Worten „Unsere Version ist klarer, eurer Ehren“. Die Staatsanwaltschaft hatte offensichtlich versucht, das Video zu manipulieren. Erneut war der Richter kurz davor, den Prozess platzen zu lassen.

Der „Unknown Man“ war der Staatsanwaltschaft übrigens sehr wohl bekannt. Der „Unbekannte“ wollte aber nicht aussagen und berief sich auf den 5. Verfassungszusatz. Dummerweise war er es, auf den Rittenhouse angeblich seine Waffe gerichtet hatte. Warum ihn also nicht in den Zeugenstand rufen? Wegen der Aussageverweigerung? Der Staatsanwaltschaft steht hier ein Mittel zur Verfügung, das die Verteidigung nicht hat. Sie kann dem Zeugen Straffreiheit zusichern, wenn er vor Gericht aussagt. Wenn man seine Anklage auf der Behauptung aufbaut, Rittenhouse habe kein Recht auf Selbstverteidigung, weil er mit den Bedrohungen angefangen habe, sollte das wohl drin sein. In Wahrheit haben sämtliche Zeugen der Anklage unter Eid die Version der Verteidigung bestätigt, „Unknown Man“ wäre da sicher keine Ausnahme gewesen.

Keine 10 Millionen für den Linksextremisten Grosskreutz

Freispruch in allen fünf Punkten! Punkt sechs (unerlaubter Waffenbesitz) wurde ja schon vorher gestrichen. Für Gaige Grosskreutz, den Rittenhouse an jenem Abend mit einem Schuss in den Arm schwer verletzte, dürfte es ein

ernüchternder Tag gewesen sein, denn er hat die Stadt Kenosha auf 10 Millionen Dollar Schmerzensgeld verklagt. Da seine Seite den Prozess verloren hat, kann er die nun vergessen.

Nachbetrachtung

Die Lügen hören nicht auf. Angefangen bei Joe Biden bis zu den Kommentatoren bei CNN oder MSNBC und den Demonstranten vor Ort halten immer noch viele (nicht alle) an ihrem Narrativ fest, es handele sich um einen Fall von „white supremacy“ gegen „black lives matter“. Es wird berichtet und immer noch geglaubt, dass Rittenhouse im Sommer 2020 zwei friedliche Schwarze Demonstranten erschossen habe. Der Bürgermeister von New York erzählt noch nach dem Urteil die Lüge von illegalem Waffenbesitz und Grenzüberschreitung weiter.

Wird es nun erneut zu Brandstiftung und Verwüstungen in Kenosha kommen? Nicht in dem Maße wie im letzten Jahr, denke ich. Im Gegensatz zu 2020 nützt es den Demokraten nicht, diese Unruhen anzuzetteln und Chaos in „Trumps America“ zu stiften. Es ist nun nämlich das Amerika des großen Versöhners Biden mit den katastrophalen Zustimmungswerten.

Journalisten als kämpfende Partei

Als sie 2020 noch bei der „New York Times“ arbeitet, ging Reporterin Nellie Bowles nach Kenosha, um über die Unruhen zu berichten. Was sie vorfand, war nicht ganz das, was die Medien gern gesehen hätten. Es waren die ärmsten Viertel der Stadt, die verwüstet wurden und die Läden kleiner Leute ohne Ansehen ihrer Hautfarbe, die geplündert wurden und in Flammen aufgingen. Bowles Bericht war erschütternd, doch die NYT wollte ihn nicht bringen. Erst nach der Wahl, wenn der Artikel keinen Schaden mehr am Narrativ anrichten kann.

Das Recht auf Selbstverteidigung ist ein Naturrecht, das einem weder von einer Verfassung noch von einem Medienvertreter oder Politiker zugebilligt oder abgesprochen werden kann. Der Prozess gegen Kyle Rittenhouse war jedoch maßgeblich für die Frage, ob man sich im Amerika des Jahres 2020 noch mit Waffen verteidigen darf, oder sich widerstandslos vom Mob der Straße erschießen lassen muss. Diese Frage ist nun beantwortet. Vorläufig. Es mag einem durchschnittlichen Deutschen nicht einsichtig sein, warum die Amerikaner so auf ihrem zweiten Verfassungszusatz bestehen, dem Recht, Waffen zu besitzen. Die Frage des „ob“ ist jedoch längst entschieden, immer mehr Bundesstaaten beschließen, das Recht diesbezüglich nicht mehr einzuschränken – nicht ganz das, was wir in der „Tagesschau“ über den Stand der Dinge erfahren, oder? In großen Städten sieht das vielleicht noch etwas anders aus und es gibt sicher gute Gründe dafür, in New York oder Chicago den Waffenbesitz zu reglementieren.

Man schafft dies jedoch immer nur für den legalen Teil, dem Kriminellen dürfte es egal sein, was das Gesetz zu seiner Waffe zu sagen hat. Die Vereinbarung zwischen Bürger und Staat sieht in den Städten bisher etwa so aus: du brauchst keine Waffe, denn die Polizei passt auf dich auf. Doch nun heißt es „defund the police“ und der Bürger steht am Ende ohne Schutz da – ohne Waffe und ohne Polizei. Der Prozess in Kenosha hat gezeigt, dass man auf eines von beiden verzichten kann, aber besser nicht auf beides. Und auch die Frage, was ein 17-jähriger in dem Inferno von Kenosha zu suchen hatte, ist damit beantwortet. Er war dort, weil die Polizei nicht da war und Kriminelle sich nicht darum kümmern, ob sie mit illegalen Waffen Staatsgrenzen und Gesetze überschreiten.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51
 E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.



J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Schwarz, republikanisch, pro Trump: Kennen Sie Winsome Sears?

Verdiente Marine-Soldatin, neue republikanische Vize-Gouverneurin von Virginia und Vorsitzende der Vereinigung schwarzer Amerikaner für die Wiederwahl von Präsident Donald Trump: Winsome Sears ist keine Mitläuferin, hat ein eigenes klares Profil und hat es in ihrem Leben gleich mehrmals geschafft.



Von Gerd Buurmann

Die Wahlsiegerin Winsome Sears

Winsome Earle Sears wurde am 11. März 1964 in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston geboren und wurde im Alter von sechs Jahren von ihrem Vater in die USA geholt. Ihr Vater war in die Vereinigten Staaten von Amerika ausgewandert, um dort ein neues Leben für sich und seine Familie zu beginnen. Laut Aussage seiner Tochter sei er mit nur 1,75 Dollar angekommen und soll jeden Job angenommen haben, den er finden konnte, während er gleichzeitig seine Ausbildung fortsetzte.

Winsome Sears wuchs in der Bronx von New York City auf. Als junge Frau diente sie als Elektrikerin bei den United States Marines, obwohl sie noch keine Staatsbürgerin war. Sie erklärt: „Als ich zum Marine Corps kam, war ich noch Jamaikanerin. Aber dieses Land hatte so viel für mich getan, ich war bereit, für dieses Land zu sterben.“

Nach ihrem Studium betrieb Sears ein Obdachlosenheim und Frauenhaus. Im November 2001 begann sie ihre politische Karriere und kandidierte für den 90. Bezirkssitz im Abgeordnetenhaus von Virginia. Damit startete sie eine Karriere, in der sie oft die Erste wurde.

Sie wurde die erste Veteranin und die erste eingebürgerte Delegierte, die im Abgeordnetenhaus diente. Sie wurde Vizepräsidentin des Bildungsausschusses von Virginia und wurde zur Präsidentin der Abteilung für Veteranenangelegenheiten und des statistischen Amtes der USA ernannt. Sears war zudem die Vorsitzende der „Schwarzen Amerikaner für die

Wiederwahl von Präsident Donald Trump“.

Die Worte fehlen

Am 2. November 2021 wurde Winsome Sears als erste schwarze Frau zur Vizegouverneurin Virginias gewählt. Bei ihrer Siegesrede in der Wahlnacht erklärte: „Mir fehlen zum ersten Mal in meinem Leben die Worte. Was Sie hier sehen, ist der amerikanische Traum.“

Winsome Sears hat mehrfach Geschichte geschrieben.

Allerdings ist es ihr nie darum gegangen: „Ich bin nicht angetreten, um Geschichte zu schreiben. Ich wollte sie nur besser hinterlassen, als ich sie vorgefunden habe. Und Dank Eurer Hilfe werden wir das schaffen.“

In ihrer Siegesrede betonte sie: „Ich sage Euch, hier seht hier den amerikanischen Traum.“ Sie fügte hinzu: „Falls Ihr es nicht bemerkt habt, ich bin schwarz und war mein ganzes Leben lang schwarz, aber darum geht es hier nicht.“

Zu der momentanen politischen Lage in den USA erklärt sie: „Es gibt einige, die uns spalten wollen, aber das dürfen wir nicht zulassen.“

Für Winsome Sears ist es zwar klar, dass es Rassismus gibt, aber ebenso klar ist es für sie auch, dass kein Land für Menschen aller Hautfarben so viele Möglichkeiten bereithält wie die Vereinigten Staaten von Amerika: „Wir haben nicht nur einmal, sondern zweimal einen schwarzen Präsidenten gewählt, und hier bin ich der lebende Beweis.“

Winsome Sears ist eine glühende Verteidigerin des zweiten Verfas-

sungszusatzes der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie ist somit eine Anhängerin des Rechts, Waffen zu besitzen. Im April 2021 veröffentlichte sie auf Twitter mehrere Fotos, auf denen sie stolz und stark mit einer Waffe zu sehen ist.

Auf die Frage, warum sie das Recht auf Waffenbesitz so vehement verteidigt, erklärte sie:

„Hier ist das Ding, Harriet Tubman trug eine Waffe und wenn sie gut genug für sie war, dann ist sie gut genug für mich. Aber hier ist die andere Sache, die die meisten Leute nicht wissen, dass sich die Gesetze zur Waffenkonfiskation zuerst gegen Schwarze richteten. Aber wir haben das Recht, Waffen zu besitzen. Es ist unser Recht des zweiten Verfassungszusatzes und wir geben sie nicht auf.“

Wer ist diese Harriet Tubman, die Winsome Sears hier erwähnt?

Harriet Tubman war eine amerikanische Freiheitskämpferin. Sie wurde um das Jahr 1820 im US-Bundesstaat Maryland geboren und wuchs als Sklavin auf. Im Jahr 1849 entfloh sie der Sklaverei und half unter dem Codenamen Moses mehreren Sklaven bei der Flucht. Im Amerikanischen Bürgerkrieg arbeitete sie als Krankenschwester, Köchin und Kundschafterin für die Nordstaaten unter dem republikanischen Präsidenten Abraham Lincoln.

Tubman nutzte verschiedene Methoden, um Menschen aus der Sklaverei zu befreien. Sie benutzte Verkleidungen, um unerkannt zu bleiben und Lieder, um auf Gefahren hinzuweisen,

unter anderem „Go Down Moses“ und „Bound For the Promised Land“. Mit dem Tempo der Lieder zeigte sie an, wo Gefahren lauerten und wo nicht. Bei ihren Rettungsmissionen hatte sie zum Schutz stets eine kleine Pistole dabei. Während des Bürgerkriegs trug sie immer ein Scharfschützengewehr bei sich.

In dieser Tradition sieht sich auch Winsome Sears, weshalb sie den zweiten Verfassungszusatz so vehement verteidigt. Dort heißt es:

„Da eine wohlgeordnete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“

Der zweite Verfassungszusatz ist im Grunde eine radikale Form der Gewaltenteilung, denn er gibt jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit, sich effektiv und zur Not auch mit Waffengewalt gegen Übergriffe und Tyrannei zu schützen, besonders gegen Übergriffe von Seiten der Regierung. Der zweite Verfassungszusatz macht allen Politikerinnen und Politikern der USA klar, dass das Volk wahrhaft souverän ist. Jedem Versuch der Unterdrückung und Einschränkung der Souveränität kann das Volk im äußersten Fall sogar mit einem bewaffneten Widerstand begegnen. Gerade für Menschen, die aufgrund der eigenen Familiengeschichte nur allzu gut wissen, zu welchen Gräueltaten eine staatliche Regierung fähig ist, ist das Recht auf Waffenbesitz ein wichtiger Schutz gegen staatliche Tyrannei.

Eine bewaffnete schwarze Frau ist keine Sklavin!

Steinmeier in New York: Jüdische Auszeichnung für den Bundespräsidenten – wofür eigentlich?

Wenig klimaschonend, vollkommen überflüssig und viel CO₂ ausstoßend ist Frank-Walter Steinmeier nach New York gereist, um die Leo-Baeck-Medaille für „besondere Verdienste um die deutsch-jüdische Aussöhnung“ entgegenzunehmen. Ronald Lauder, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, hielt die Laudatio. Wir fragen uns, ob diese „Verdienste“ unseres Bundespräsidenten in seiner ehrenden Verbeugung vor dem Grab des Judenmörders Arafat liegen oder doch darin, dass er in seiner Zeit als Außenminister dem iranischen Mullah-Regime, dem erklärten Todfeind des jüdischen Staates, Seite an Seite mit Obama und Kerry aktiv den Weg zur Atombombe ebnet wollte.

Von Gorki Netstinov

Am 18. November war es wieder so weit: Das Leo-Baeck-Institut ehrte erneut Personen des öffentlichen Lebens, die sich auf verschiedensten Wegen um „deutsch-jüdische Aussöhnung“ verdient gemacht haben. Diesjähriger Preisträger sollte ein in Deutschland nicht unbekannter Politiker werden: Der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Die Laudatio des Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, zu Ehren Steinmeiers war, wie bei derlei Veranstaltungen üblich, großzügig gespickt mit freundlichen Worten und sogar euphorisch anmutenden Lobeshymnen. So habe Steinmeier sich während seiner gesamten politischen Laufbahn als treuer Freund der Juden in Deutschland und Israel verdient gemacht.

„In einer Zeit, in der zu viele Staats- und Regierungschefs schweigen, gibt es einen Mann, der energisch und mit großer moralischer Autorität seine Stimme erhebt, und das sind Sie, Herr Präsident“, glaubt Lauder.

Dieser betonte die eigene Dankbarkeit, als deutscher Politiker in Israel immer wieder auf Aussöhnungsbereitschaft gestoßen zu sein und dankte allen Bürgern, die sich daran beteiligten, jüdisches Leben in Deutschland wieder sichtbar erblühen zu lassen. Zugleich äußerten sich sowohl der Bundespräsident als auch Herr Lauder besorgt über die zuletzt ansteigende Zahl antisemitischer Vorfälle in Europa.

Steinmeiers Dankesrede endete mit den Worten: „Es ist meine tiefe Überzeugung: Nur wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder vollkommen zu Hause sind, sich vollkommen sicher fühlen, nur dann ist Deutschland ganz bei sich.“



Über Steinmeiers tatsächliche „Verdienste“ in Sachen Judentum offenbar nur unzureichend im Bilde: Ronald Lauder (links), Laudator für den Bundespräsidenten

Steinmeiers seltsames Gebaren

All das klingt nach dem, was die Staatsräson einem deutschen Bundespräsidenten im Umgang mit

Israel gebietet und so, wie ein fähiger Redenschreiber diesen Habitus in Worte kleiden würde.

Vom „Wunder der Aussöhnung“ wurde gesprochen und dass man Antisemitismus nicht dulde. Doch wie passen diese wohlklingenden Worte zu den politischen Handlungen Steinmeiers?

Wirft man einen kritischen Blick auf die Bilanz der Ägide Steinmeier, ist das Ergebnis ernüchternd.

Denn während er zwar stets das Existenzrecht Israels bekräftigt und Antisemitismus den Kampf angesagt hat, besuchte er 2017 als erster deutscher Bundespräsident das Mausoleum des Terroristen Jassir Arafat in Ramallah. Selbstredend wurde selbiges Mausoleum unter anderem durch EU, und damit auch mit deutschen Steuergeldern

finanziert. Das darin integrierte Museum für „palästinensische“ Geschichte ehrt illustre Gestalten wie den 1921 zum Großmufti von Jerusalem ernannten Geistlichen Mohammed Amin al Husseini. Dieser sympathisierte mit dem Holocaust, kooperierte mit dem NS-Regime und träumte von einem geeinten und judenfreien Arabien mit guten diplomatischen Beziehungen nach Deutschland.

Steinmeier legte einen Kranz nieder, ehrte Arafat Leben und Wirken und pochte auf eine „Zweistaatenlösung“ als alternativlos für dauerhaften und stabilen Frieden.

Im darauffolgenden Jahr 2018 kritisierte Frank-Walter Steinmeier öffentlich die Entscheidung der

Trump-Administration, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. 2019 schickte Steinmeier anlässlich des 40. Jahrestages der islamischen Revolution im Iran Glückwünsche an Präsident Hassan Ruhani. „Zum Nationalfeiertag der Islamischen Republik Iran übermittle ich Ihnen, auch im Namen meiner Landsleute, meine herzlichen Glückwünsche“, hieß es darin unter anderem. Das in Israel mit großer Sorge beobachtete Atomprogramm des Iran verteidigt Steinmeier seit jeher. Wie viele Linke seiner Generation scheint Steinmeier, der während seiner Studienzeit für den von der DDR finanzierten Pahl-Rugenstein-Verlag arbeitete, ein sehr kurzreichendes Verständnis von Partnerschaft mit Israel und dem Schutz jüdischen Lebens zu haben.

„Nie wieder“- Parolen im Rahmen von Gedenkveranstaltungen gepaart mit einer fast unbegrenzt anmutenden Geduld und Nachsicht gegenüber Israelfeinden in Teheran und Ramallah lassen Herrn Steinmeier eher wie einen Mann des Wortes, denn der Tat erscheinen.

Entschlossenheit statt Gratismut

Wer möchte, dass jüdisches Leben in Deutschland mehr bietet als ein abstraktes Sammelsurium trauriger Jahrestage mit entsprechenden Reden und Preisverleihungen, und wer möchte, dass Israel ein souveränes und wehrhaftes Land bleibt, muss bereit sein sich unbeliebt zu machen.

Wer jüdisches Leben schützen möchte, schickt keine Glückwünsche nach Teheran, widmet Terroristen keine Mausoleen und überlässt es dem jüdischen Staat wie jeder anderen Nation der Erde selbst seine Hauptstadt auszuwählen.

Natürlich kostet so etwas potenzielle Wähler und hätte zweifelsohne nicht nur wohlwollende Presse zur Folge. Natürlich möchte es sich ein stark von Exporten lebendes Land wie Deutschland nicht mit zwei Milliarden Moslems und einigen der zahlungskräftigsten Länder der Welt verscherzen.

Doch gerade der Bundespräsident hat den relativen Luxus, sich nicht von jeder tagespolitischen Stimmung beeinflussen lassen zu müssen. Er sollte über den Parteien und gewissermaßen über

den Dingen stehen. Von wem, wenn nicht von ihm sollte man also ein konsequentes Einstehen für die israelische Sache erwarten können?

Der Sicherheit Israels wäre sehr geholfen, wenn Deutschland international als Speerspitze des Zionismus auftreten würde, statt wie so oft ungefragt die Rolle eines Vermittlers einzunehmen. Dem gewöhnlichen Israeli, dessen Lebensmittelpunkt weit von internationalen Gedenkveranstaltungen zu finden ist, hat Steinmeier in seiner gesamten Amtszeit überhaupt nicht geholfen.

Solange Preise wie der Leo-Baeck-Preis offenkundig eher für schöne Worte, als für Taten vergeben werden, könnte man diese meines Erachtens auch ersatzlos streichen. Das Ergebnis bliebe wohl dasselbe.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Ben & Jerry's: Kein Eis für Israelis, aber für Antisemiten

In den USA wächst der öffentliche Druck auf den niederländisch-britischen Lebensmittelkonzern Unilever, dem Treiben der Anti-Israel-Aktivisten im Vorstand des Eiscremeherstellers Ben & Jerry's Einhalt zu gebieten.



Von Stefan Frank

Ben Cohen (links) und Jerry Greenfield sind die Gründer von Ben & Jerry's.

Ben & Jerry's, eine Unilever-Marke, hatte im Juli Schlagzeilen mit der verwirrenden Ankündigung gemacht, kein Eis mehr im „besetzten, palästinensischen Territorium“ verkaufen zu wollen, da dies nicht in „Einklang“ mit den „Werten“ des Unternehmens stehe. Gemeint war jegliches von Israel verwaltetes Gebiet jenseits der Waffenstillstandslinie von 1949, die Jerusalemer Altstadt samt dem jüdischen Viertel inbegriffen.

Es war zunächst unklar, wie Ben & Jerry's seine Außenpolitik in der Praxis umsetzen und die Maßnahmen vor Ort überwachen will. Auch war der Schritt offenbar weder mit dem Mutterkonzern Unilever noch mit dem israelischen Franchisenehmer abgestimmt.

Weil die Boykottandrohung von Ben & Jerry's möglicherweise gegen amerikanische Gesetze verstößt, bekommt der Unilever-Konzern nun Probleme in seinem größten Markt, den USA.

Brief aus zwölf Justizministerien

In einem von Eric Schmitt, dem Attorney General des Staates Missouri geschriebenen offenen Brief, der auf den 22. November 2021 datiert ist, wenden sich die Attorney Generals von zwölf US-Bundesstaaten an Unilever-Boss Alan Jope. Das Amt des Attorney General entspricht dem des Justizministers in Deutschland, mit dem Unterschied, dass der amerikanische Attorney General gleichzeitig auch Generalstaatsanwalt, also oberster Ankläger, ist. Der Attorney General wird in den US-Bundesstaaten direkt vom Volk gewählt.

Israel, heißt es in dem Brief, sei nicht nur „einer der engsten und verlässlichsten Verbündeten“ der Vereinigten Staaten, sondern auch die „einzige Demokratie in der Region!“ Darum hätten es die Bürger der Vereinigten Staaten über ihre demokratisch gewählten Vertreter zum Gesetz gemacht, dass jeder Versuch eines Konzerns, Israel insgesamt oder in Teilen zu boykottieren, mit dem Entzug staatlicher Investitionen gekontert werde.

Das Unternehmen Unilever versuche, sich seiner Verantwortung für die Boykottkampagne von Ben & Jerry's dadurch zu entledigen, dass es behauptet, dieses sei „unabhängig“. Das sei „unglaubwürdig“ und werde schon durch einen Blick auf die Website von Ben & Jerry's widerlegt, wo stehe, dass es sich um eine „hundertprozentige Unilever-Tochter“ handle.

Unilever, so der Brief weiter, mache Geschäfte mit Russland, China, Venezuela und sogar dem Iran, einem in den USA als „staatlicher Sponsor des Terrorismus“ eingestuften Regime und „eingeschworenen Feind des Staates Israel“, der auf dessen Vernichtung aus sei.

Unilever wird, „in Einklang mit den in den USA und den Bundesstaaten geltenden Gesetzen“, „respektvoll gedrängt“, seine Boykottaktivitäten gegen den Staat Israel einzustellen. Unterzeichnet ist der Brief von den Attorney General der Staaten Alabama, Arizona, Arkansas, Florida, Indiana, Kansas, Mississippi, Missouri, Oklahoma, Texas, Utah und West Virginia.

Republikaner und Demokraten vereint

Auch wenn die Unterzeichner des Briefes allesamt der republikanischen Partei angehören, gibt es keinen Zweifel daran, dass über das Thema Einigkeit beider Parteien herrscht. Das zeigen die Maßnahmen, die etwa der Staat New York ergriffen hat.

Tom DiNapoli, New Yorks State Comptroller und als solcher verantwortlich für den staatlichen Pensionsfonds, teilte Ende Oktober mit, als Reaktion auf die Boykottaktivitäten von Unilever Wertpapiere des Konzerns im Wert von 111 Millionen Dollar verkauft zu haben, die der staatliche Pensionsfonds bis dahin gehalten hatte. Auf Anfrage der „New York Post“ ließ DiNapoli mitteilen:

„Nach einer gründlichen Prüfung wird der New York State Common Retirement Fund sich von seinen Anteilen an Unilever PLC trennen. Unsere Prüfung der Aktivitäten des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaft Ben & Jerry's kam zu dem Ergebnis, dass sie sich an BDS-Aktivitäten im Sinne der Definition unseres Pensionsfonds beteiligen.“

Der Staat New Jersey – wie New York von den Demokraten regiert – hat Unilever ein Ultimatum gestellt: Noch bis Mitte Dezember hat der Konzern Zeit, die Boykottandrohungen gegen Israel zurückzunehmen. Sollte das nicht geschehen, wird auch der Pensionsfonds von New Jersey sich von Unilever-Papieren trennen.

Texas, Arizona und Florida haben in den letzten Monaten ähnliche Schritte gegen Unilever unternommen oder angekündigt.

Plakatkampagne vor der Firmenzentrale

Auch NGOs machen Druck auf den Lebensmittelgiganten. In New Jersey klebt die Pro-Israel-Organisation StandWithUs (SWU) seit einigen Tagen Plakate, auf denen Unilever aufgefordert wird, sich von Anti-Israel-Kampagnen zu distanzieren.

Wie die „New York Post“ berichtet, stehen auf den Werbetafeln – die unter anderem in der Nähe des dortigen Unilever-Hauptquartiers in Englewood Cliffs angebracht seien – Parolen wie „Don't Let Ben & Jerry's Melt Your Profits“ (etwa: „Lasst nicht zu, dass Ben & Jerry's eure Gewinne dahinschmelzen lässt“) oder „Don't Let Antisemitism Melt Your Brand“ („Lasst Antisemitismus nicht eure Marke schmelzen“).

Auf einem Bild sei eine Dose „Double Standard Fudge“-Eis mit dem Wort „Heuchler“ zu sehen, so das Blatt. Auf einer anderen Werbetafel stehe „Don't Let Ben & Jerry's Antisemitism Kill Your Profits“ – mit den Logos der Unilever-Marken Dove (Seife), Ben & Jerry's, Lipton (Tee) und Axe (Körperpflege).

Die Werbetafeln enthalten zudem einen Hinweis auf die SWU-Website „corporatehate.com“. Die Seite listet Firmen auf, die laut StandWithUs „Corporate Antisemitismus“ (etwa: „Unternehmensantisemitismus“) fördern,

indem sie sich an der Boykottkampagne gegen den jüdischen Staat beteiligen.

Zahlt Ben & Jerry's Geld an Terrorunterstützer?

Wie Yvette Schwerdt auf Mena-Watch berichtete, unterstehen Produktion und Vertrieb der Ben & Jerry's-Eiscreme in Israel seit 35 Jahren – also so lange, wie es Ben & Jerry's in Israel gibt – einem Unternehmer namens Avi Zinger. Der Franchise-Nehmer baute eine erfolgreiche Produktionsstätte und zwei ebenso erfolgreiche Einzelhandelsläden auf. Heute arbeiten 160 Angestellte für Ben & Jerry's in Israel.

Seit Jahren steht Zinger unter Druck der US-Zentrale, die Eiscreme nicht jenseits der Waffenstillstandslinie von 1949 zu verkaufen. Diesem Druck wollte sich Zinger nicht beugen. Deshalb kündigte ihm der Vorstand von Ben & Jerry's den Lizenzvertrag zu Ende 2022.

Im Vorstand von Ben & Jerry's sitzt die Anti-Israel-Mäzenin Anuradha Mittal. Sie ist die Gründerin des Oakland Institute, das Israel in einer Artikel- und Fotoserie des Kolonialismus, der Apartheid und des Landraubs bezichtigt.

Die in Jerusalem ansässige Organisation „NGO Monitor“, deren Mission es ist, die Finanzierung von Anti-Israel-Organisationen und – so es der Fall ist – ihre Verbindungen zum Terrorismus öffentlich zu machen, schreibt auf ihrer Website, dass das Oakland Institute zwischen 2017 und 2019 124.000 US-Dollar von der Ben & Jerry's Foundation erhalten habe, wovon 3.000 Dollar zur Weiterleitung an die NGO Badil Resource Center bestimmt gewesen seien.

Badil lehnt es erklärtermaßen ab, der Europäischen Union im Gegenzug für finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe zu versichern, europäisches Geld nicht für die Unterstützung des Terrorismus zu verwenden.

Nach Informationen von NGO Monitor solidarisiert sich Badil immer wieder öffentlich mit Terroristen und Kadern der auch von der EU als Terrororganisation eingestuft „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). Zudem veröffentlicht Badil auf seiner Website antisemitische Cartoons im „Stürmer“-Stil.

Ben & Jerry's Farrakhan-Connection Ben & Jerry's stand schon 2018 in der Kritik, nachdem der Eiscremehersteller eine seiner Sorten („Pecan resist“) Linda Sarsour, der Wahlkampfrednerin von Bernie Sanders, gewidmet hatte, samt einem Bild von ihr auf der Verpackung.

Sarsour ist eine Verbündete des wohl einflussreichsten Antisemiten der USA, Louis Farrakhan („Die mächtigen Juden sind meine Feinde“; „Hitler war ein sehr großartiger Mann“), Chef der rechtsextremen Bewegung Nation of Islam. Auch Sarsour selbst macht immer wieder antisemitische Äußerungen. Über Israel sagte sie im September 2018 auf einer Konferenz der Islamic Society of North America (ISNA), man dürfe sie „nicht vernenschlichen“:

„Wenn du auf der Seite des Unterdrückers stehst oder den Unterdrückten verteidigst oder sogar versuchst, den Unterdrückten zu vernenschlichen, dann ist das ein Problem, Schwestern und Brüder, und wir müssen dazu in der Lage sein zu sagen: Das ist nicht die Positi-

on der muslimischen amerikanischen Community.“

Tötet ein amerikanischer Polizist einen Unschuldigen, dann steckt für Sarsour der lange Arm der Juden dahinter. So sagte sie sie über ein von der Anti-Defamation League (ADL) gesponserteres Programm, das amerikanischen Polizisten einen Ausbildungsaufenthalt in Israel ermöglicht:

„Wenn man daran glaubt, die Polizeibrutalität und das Fehlverhalten von Polizeibeamten überall im Land zu beenden, dann unterstützt man keine Organisation, die Polizeibeamte aus Amerika nimmt, ihnen ihre Reise bezahlt, sie nach Israel bringt, damit sie von der israelischen Polizei und dem Militär trainiert werden, und dann kommen sie zurück und machen was? Anhalten und durchsuchen, überall im Land unbewaffnete Schwarze töten.“

Sarsour behauptete auch, „Zionisten“ würden sowohl in den USA als auch in Israel Morde billigen:

„Ich weiß alles, was ich wissen muss über den Einfluss und die Organisation und den Reichtum an Ressourcen, den die zionistische Bewegung in Amerika hat. Dieselben Leute, die die Ermordung von palästinensischen Zivilisten rechtfertigen, sind dieselben, die die Morde an unbewaffneten Schwarzen durch die Polizei in den Vereinigten Staaten von Amerika rechtfertigen.“

Dieselben Leute, die dagegen sind, Flüchtlinge in dieses Land zu bringen, sind dieselben Leute, die elf Millionen Immigranten ohne Papiere abschieben wollen. Die Leute, die in der Defensive sein müssen, sind die Zionisten.“

„Eine Wende braut sich zusammen“

Dabei hat Linda Sarsour eigentlich nichts gegen Leute, die Morde billigen: 2017 trat sie gemeinsam mit der verurteilten Terroristin und Doppelmörderin Rasmia Odeh bei einer Veranstaltung der BDS-Gruppe „Jewish Voice for Peace“ auf. Ben & Jerry's war so stolz auf seine Kampagne mit Linda Sarsour, dass CEO Matthew McCarthy sie im Jahresbericht 2018 hervorhob, nebst einem Foto, das den Ben & Jerry's-Vorstand zusammen mit Linda Sarsour zeigte.

Eine neue Ben & Jerry's-Eisorte ist einer Freundin von Sarsour gewidmet: Cori Bush, seit Jahresbeginn Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus für den Bezirk St. Louis, Missouri.

Bush, die sich dafür einsetzt, die Polizei abzuschaffen, sich selbst aber von einem privaten Sicherheitsdienst bewachen lässt, der Berichten zufolge mehr als 20.000 US-Dollar pro Monat kostet, tritt als erklärte BDS-Unterstützerin offen für einen Boykott Israels und seiner – jüdischen – Bürger ein. Auch dem „St. Louis Jewish Light“, der jüdischen Zeitung in ihrem eigenen Wahlbezirk, gibt sie nach Darstellung des Blattes keine Interviews.

Wie der Name der Ben & Jerry's-Eisorte lautet, auf deren Verpackung Israelhasserin Cori Bush abgebildet ist? Change is Brewing – „eine Wende braut sich zusammen“.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Libanon und Syrien umwerben die Juden!

Positive Auswirkungen der Abraham-Abkommen auf die arabische Welt: Syrische und libanesischen Regierungsstellen und Botschaften laden erstmals offiziell jüdische Besuchergruppen ein.

Von Edy Cohen (Israel Heute)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten rund eine Million Juden in arabischen Ländern, bis die große Mehrheit gezwungen war, ihre Länder zu verlassen – meist aus Angst um ihr Leben aufgrund von Antisemitismus und Pogromen.

So leben heute nur noch etwa dreitausend Juden in Marokko und Tunesien. Das meiste Leid für die Juden in den arabischen Ländern begann nicht erst mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948, wie viele behaupten, sondern bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Araber begannen, von ihren europäischen Kolonialherren unabhängig zu werden. Die neuen unabhängigen arabischen Staaten wollten keine jüdische Präsenz in ihrem Land – obwohl Juden schon vor der Ankunft des Propheten Mohammed und dem anschließenden Aufstieg des Islam im gesamten Nahen Osten gelebt haben.

Heute geschieht etwas Neues, das wir bisher noch nicht gesehen haben. Die arabischen Länder umwerben die Juden.

Die Abraham-Abkommen, die von Israel und den Emiraten unterzeichnet wurden und denen sich dann eine Reihe von Ländern wie Bahrain, Sudan und Marokko anschlossen, haben einen Wandel im politischen Denken der Völker in unserer Region bewirkt. Zunächst einmal haben sie einen Bewusstseinswandel ausgelöst: Israel wird weniger geächtet als zuvor. Die Haltung gegenüber den Juden, sowohl der arabischen Führer als auch ihrer Bürger, ändert sich.



Eine jüdische Familie in Damaskus (Osmanisches Reich 1901)

Libanon

Am 1. November empfing der libanesischen Botschafter in Frankreich, Rami Adwan, Dutzende von libanesischen Juden in der Residenz des Botschafters in Paris.

Dies war ein höchst ungewöhnliches Treffen. Der Botschafter lobte die libanesischen jüdische Gemeinde und sprach in einer Weise über Juden, wie man sie in den letzten Jahren aus dem Munde eines hohen libanesischen Beamten nicht gehört hatte. Er sprach von Koexistenz, Religionsfreiheit und der Verantwortung des Staates für den Schutz aller seiner Bürger.

Einer der Gäste war der Historiker der libanesischen Juden, Nagi Zeidan, der eigens für die Veranstaltung aus Brüssel nach Paris gekommen war. Nagi hat bereits ein Buch über die Juden im Libanon geschrieben und ist gerade dabei, sein zweites Buch fertigzustellen. Der Botschafter beehrte die jüdischen

Gäste mit einem eigens für sie bestellten koscheren Essen. Eine solche Konferenz hätte ohne höhere libanesischen Regierungsgenehmigung nicht stattfinden können.

Der libanesischen Regierungsapparat hat den libanesischen Juden nie Schaden zugefügt. Die Synagogen im gesamten Libanon sind noch intakt und auch die Friedhöfe wurden nicht beschädigt. Die Gruppe, die den Juden im Libanon geschadet hat, ist die Hisbollah, die 11 libanesischen Juden brutal entführt und ermordet hat. Ihr Ziel war es, Druck auf Israel auszuüben und einen Deal zur Freilassung von Hisbollah-Mitgliedern zu erreichen, die von Israel und der israel-freundlichen Südlibanesischen Armee inhaftiert worden waren. Es kam jedoch keine Einigung zustande,



Jüdische Hochzeit in Aleppo (Syrien 1914)

und daraufhin ermordete die Terrororganisation die unschuldigen Juden – sie richtete sie grausam hin, nachdem sie

sie beschuldigt hatte, „Mossad-Agenten“ zu sein.

Syrien

Parallel dazu traf kürzlich eine Delegation syrischer Juden in Damaskus ein und hielt sich dort zwei Wochen lang auf. Es handelte sich um Juden syrischer Abstammung, die in den Vereinigten Staaten leben. Nachdem sie von den Behörden in Syrien gut empfangen worden waren, verließen sie Syrien unversehrt.

Diese Ereignisse sind bezeichnend für den Wandel, den das Abraham-Abkommen in der Wahrnehmung und im Bewusstsein vieler Araber in der Region bewirkt hat.

Die Juden in Syrien hatten dort Höhen und Tiefen erlebt. In den 1990er Jahren flohen sie alle wegen des Antisemitismus des Establishments, das die Juden in den 1970er und 1980er Jahren faktisch einsperrte und sie daran hinderte, sich innerhalb Syriens frei zu bewegen, geschweige denn ins Ausland zu reisen oder nach Israel zu immigrieren. Diejenigen, die im Libanon auf ihrem Weg nach Israel gefangen genommen wurden, waren viele Jahre lang inhaftiert.

Umwirbt Baschar Assad die Juden, um sich Israel anzunähern?

Der ehemalige israelische Premierminister Yitzhak Schamir fragte: „Verändert sich der Nahe Osten? Oder ist es immer noch derselbe Nahe Osten und sind die Araber immer noch dieselben Araber?“

Die Zeit wird es zeigen, aber im Moment sind viele Anzeichen positiv.

Westliches Zuckerbrot und iranische Peitsche

Das islamische Unrechtsregime kapert kurz vor der Wiederaufnahme der Atomverhandlungen einen unter vietnamesischer Flagge fahrenden Öltanker und entführt ihn in den Iran, um dem Westen seine vermeintliche Stärke zu demonstrieren. Dabei dürfte die größte iranische Stärke die westliche Schwäche einer linkslastigen, islamaffinen EU und des außenpolitisch extrem angeschlagenen Biden-Amerikas sein.



Von Stefan Frank

Eine Propaganda-Plakat in Teheran verherrlicht die „Rettung“ des Tankers durch die iranischen Revolutionsgarden.

Der Iran hat einen unter vietnamesischer Flagge fahrenden Öltanker im Golf von Oman beschlagnahmt und hält das Schiff und seine Besatzung immer noch fest. Das berichtet die Nachrichtenagentur Associated Press (AP).

Bei dem gekaperten Schiff soll es sich um die MV Southys handeln, die laut AP im Verdacht steht, am Ölhandel des Iran beteiligt zu sein, der von den USA bekämpft wird. Wegen der terroristischen Aktivitäten des Iran in der Region und des unvermindert fortgesetzten Atomraketenprogramms hatte die US-Regierung unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump Sanktionen verhängt, um den iranischen Ölhandel zum Erliegen zu bringen. Unter Trumps Nachfolger Joe Biden wurden diese Sanktionen weitergeführt.

Der Vorfall im Golf von Oman ereignete sich am 24. Oktober. Laut dem AP-Bericht wurde die MV Southys von Truppen der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) übernommen. Die IRGC werden von den USA als Terrororganisation eingestuft. Die Besatzungsmitglieder sollen mit Waffengewalt gezwungen worden sein, das Schiff in iranische Gewässer zu steuern. Ein amerikanischer Zerstörer mit Lenkraketen, die USS The Sullivans, habe den Vorfall beobachtet und Luftunterstützung angefordert, aber nicht eingegriffen, so AP.

Sehr professionelle Machart eines Films

Die IRGC setzten bei dem Angriff einen Schwarm von Rennbooten ein, die

mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Zudem setzte ein Militärhubschrauber Elitesoldaten auf dem Tanker ab. Das staatliche iranische Fernsehen hat ein mit englischsprachigem Kommentar versehenes Video veröffentlicht, das die Aktion zeigen soll.

Auffällig ist die sehr professionelle Machart des Films, der aus Aufnahmen mehrerer Kameras zusammengeschnitten wurde. Einige stammen von Drohnenkameras, andere Aufnahmen wurden offenbar von einem iranischen Kriegsschiff aus gemacht. An einer Stelle filmt die Kamera einen iranischen Soldaten, der an einem auf einem Kriegsschiff montierten Maschinengewehr steht und dieses auf die – augenscheinlich sehr nahe – USS The Sullivans richtet.

Pham Thu Hang, der stellvertretende Sprecher des vietnamesischen Außenministeriums, sagte am Donnerstag, die vietnamesische Regierung verfolge „die Entwicklungen weiterhin genau“ und arbeite „eng mit den iranischen Behörden zusammen, um dieses Problem in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu lösen und die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen der vietnamesischen Staatsangehörigen zu ergreifen“.

Der Kapitän der MV Southys habe der vietnamesischen Botschaft im Iran mitgeteilt, dass alle 26 Besatzungsmitglieder „gut behandelt“ würden und sich in „normaler Gesundheit“ befänden, sagte Hang Reportern bei einer Pressekonferenz.

Propagandacoup?

Dass die Militäraktion von Kamearas begleitet wurde, könnte ein Indiz dafür sein, dass sie von Anfang an als Propagandacoup geplant war. Das iranische Fernsehen präsentierte den Film am 3. November, dem Vorabend des 42. Jahrestags der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran.

Der Kommentar zu dem Video stellt den Vorgang so dar, dass die IRGC iranisches Öl davor bewahrt hätten, von der US Navy beschlagnahmt zu werden; dank der Entschlossenheit der iranischen Elitesoldaten hätten die amerikanischen Kriegsschiffe sich letztlich trotz ihrer waffentechnischen Übermacht zurückziehen müssen, um eine Eskalation zu vermeiden.

„Tehran Times“, das englischsprachige Sprachrohr des iranischen Regimes, schreibt:

„Wie iranische Staatsmedien berichten, haben die Seestreitkräfte des iranischen Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) eine gewagte Operation zum Schutz des iranischen Ölports gestartet, nachdem amerikanische Streitkräfte einen riesigen iranischen [sic!] Öltanker im Meer von Oman beschlagnahmt und seine Öllieferung an einen anderen Öltanker umgeladen hatten.“

Die IRGC-Truppen landeten an Bord des Öltankers mit dem beschlagnahmten Öl und lenkten es in die Hoheitsgewässer des Iran. In der Zwischenzeit schickten die US-Streitkräfte mehrere Hubschrauber und

Zerstörer, um den Öltanker zurückzuerobern, aber die IRGC-Marine hinderte sie laut iranischen Medien daran. Die USA unternahmen einen weiteren Versuch, den Iran an der Einnahme des Öltankers zu hindern, scheiterten jedoch.“

Auf die iranische Behauptung einer US-Aggression angesprochen, sagte der Pressesprecher des Pentagon, John Kirby laut AP: „Das ist eine falsche Behauptung. Die einzige Beschlagnahme, die gemacht wurde, war durch den Iran.“ Diese „stelle einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar, der die Freiheit der Schifffahrt und den freien Handelsverkehr untergräbt“, so Kirby weiter.

Wie AP berichtet, sei die MV Southys seit längerem auf dem „Radar“ von „United Against a Nuclear Iran“, einer New Yorker Gruppe, die sich für Sanktionen gegen das iranische Regime einsetzt. In einem Brief, den die Gruppe am 11. Oktober an die vietnamesische Marinebehörde geschrieben habe, heiße es, ihre Analyse von Satellitenfotos habe gezeigt, dass die MV Southys im Juni Öl von einem Öltanker namens Oman Pride von Schiff zu Schiff umgefüllt hat.

Das US-Finanzministerium hatte die Oman Pride im August als Transportmittel für iranisches Öl im Rahmen eines Schmuggelprogramms identifiziert, das dazu diene, die Quds-Expeditionsstreitkräfte der IRGC zu bereichern. Das Öl wird mutmaßlich nach Ostasien verkauft.

Welche Darstellung des Vorfalls ist richtig?

Da die US Navy in der Vergangenheit tatsächlich iranisches Erdöl beschlagnahmt hat, ist die iranische Darstellung nicht unbedingt reine Propaganda. Denkbar wäre, dass die US Navy den Kapitän der MV Southys angefunkelt hat und darum bat, an Bord kommen zu dürfen und dieser dem Ansinnen stattgab, woraufhin die IRGC die Kontrolle über das Schiff übernahm.

Dass sie darauf gut vorbereitet war – samt Kameras zur Dokumentation für die Abendnachrichten – könnte man damit erklären, dass sie einen solchen Fall vorausgesehen hatte.

Die Behauptung des iranischen Regimes, nur geschützt zu haben, was ihm gehört, ist dennoch Propaganda. Weder das Schiff noch die darauf befindliche Besatzung gehören dem Iran. Die Crew mit Waffengewalt zu zwingen, einen iranischen Hafen anzulaufen und sie dort bis zum heutigen Tag festzuhalten, ist in jedem Fall unrechtmäßig.

In diesem Zusammenhang ist relevant, dass die IRGC regelmäßig Schiffe entführen, auch solche, die mit irischem Erdöl nachweislich nichts zu tun haben.

Anfang des Jahres etwa kaperten die IRGC einen südkoreanischen Tanker, der Chemikalien geladen hatte. Sie brachten ihn in die Hafenstadt Bandar Abbas – so, wie nun auch die MV

Southys – und ließen Besatzung und Schiff erst drei Monate später wieder frei. Im Juli 2019 entführten die IRGC den britischen Tanker Stena Impera samt der Mannschaft. Die Matrosen wurden erst nach sechs Wochen freigelassen, weitere zwei Wochen später durfte dann auch das Schiff den Iran verlassen.

Terroristen zur See

Die Marine der IRGC ist eine Terrororganisation auf See. Sie wird außer für Schiffsentführungen von den USA, Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten auch für Sprengstoffdrohnenangriffe auf zahlreiche Schiffe verantwortlich gemacht und umfasst mindestens 20.000 Soldaten und über 3.000 Schnellboote.

„Die Seestreitkräfte der Revolutionären Garden verfügen über eine große Anzahl an kleinen, schnellen Angriffsbooten und sind auf asymmetrische Hit-and-run-Taktiken spezialisiert. Sie sind eher wie eine Guerillaorganisation zur See“, schreibt Michael Connell, der Direktor für Iranstudien am Center for Naval Analyses. An den meisten der Vorfälle im Persischen Golf, bei denen amerikanische Schiffe von iranischen Einheiten provoziert würden, seien die IRGC beteiligt, so Connell, die Begegnungen mit der regulären iranischen Marine verliefen hingegen nach Aussagen von Navy-

Kommandanten „professionell“.

Das Ziel der regelmäßigen Angriffe im Golf von Oman könnte es sein, die Verhandlungsposition des iranischen Regimes zu stärken – eine neue Verhandlungsrunde des Iran mit der sogenannten P5+1-Gruppe (die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland) steht wieder einmal an.

Angriffe auf Schiffe im Golf von Oman beweisen, dass die IRGC ihre immer wieder ausgesprochene Drohung, die Straße von Hormuz zu sperren und so die Welt von einem Sechstel des täglich produzierten Erdöls und einem Drittel des verflüssigten Erdgases (LNG) abzuschneiden, wahr machen kann. Wenn diese Drohung glaubwürdig ist, kann sie als Druckmittel bei etwaigen Verhandlungen eingesetzt werden.

Der Kommandeur der IRGC, Hossein Salami, ist sich sicher, dass die Vereinigten Staaten es niemals wagen werden, den Iran anzugreifen. In einer Rede, die er am 13. Mai 2019 – unmittelbar nach der ersten Welle von Angriffen auf Tanker im Golf von Oman – vor dem Parlament hielt, sagte er: „Ein Krieg zwischen den USA und dem Iran ist nicht möglich, weil die USA nicht die Fähigkeiten dazu haben und es niemals wagen werden, einen militärischen Krieg mit dem Iran zu beginnen.“

Die Entsendung von amerikanischen Kriegsschiffen in den Persischen Golf seien teils jahrzehntelange Routine, teils „psychologische Kriegsführung“. Amerikanische Flugzeugträger seien „ziemlich verwundbar“, darum könne Washington „nicht riskieren“, sie einzusetzen.

Der Vorfall vom 26. Oktober, bei dem ein Schiff buchstäblich vor den Augen der US Navy entführt wurde, dürfte ihn in seiner Ansicht bestärken.

Warum gerade jetzt?

Die Hauptseite der Website der „Tehran Times“ lieferte am Freitag, den 5. November, eine interessante Mischung von Beiträgen. Neben dem, der das Kapern der MV Southys feiert, steht einer, der verkündet, dass der Iran immer mehr hochangereichertes Uran herstelle. In einem dritten heißt es, der Iran werde am 29. November zu den Atomverhandlungen in Wien zurückkehren, um über eine Wiederbelebung des Atomvertrags JCPOA zu reden.

Früher sagte man einmal, die Verhandlungen mit dem iranischen Regime seien von der Taktik „Zuckerbrot und Peitsche“ geprägt. In Wahrheit bringen die USA und die EU wohl nur Zuckerbrot mit; Ajatollah Khamenei und die IRGC setzen allein auf die Peitsche.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Warum ist die Deutsche Welle so antisemitisch?

Der Auslandssender Deutsche Welle fällt erneut durch seine Auswahl vor allem linker und antisemitischer Mitarbeiter auf – dabei unterschlägt die sympathisierende Berichterstattung sogar noch weitgehend, dass die DW auf eine jahrelange Geschichte derartiger und ähnlich gelagerter Vorfälle zurückblickt.

Von Charles Klein

Eine anti-westliche, anti-deutsche und anti-israelische Grundhaltung ist bei Mitarbeitern deutscher Rundfunksender und deutscher Regierungsinstitutionen immer wieder zu beobachten.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU gehört zu den wenigen Medien, die antisemitische Ausfälle bei ARD, ZDF und Deutscher Welle (DW) oder Auswärtigem Amt, Goethe-Institut, Deutschem Akademischen Austausch-Dienst (DAAD), Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) sowie Deutscher Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) immer wieder kritisieren.

Im Falle der Deutschen Welle ist die Liste der antisemitischen Auffälligkeiten lang. Hier nur einige Beispiele:

In unserer Ausgabe vom Juni 2020 („Israel nicht romantisieren“: Die anti-israelische Leitlinie des „Neuen Deutschen Journalismus of Color“) berichteten wir, dass die DW den bekannten Israelfeind Malcolm Ohanwe als TV-Korrespondent beschäftigte und ihm regelmäßig auf ihren Internetseiten ein Forum bietet.

In unseren Ausgaben vom Juni 2018 und März 2021 (Goethe-Institut: antisemitisch und antideutsch) wiesen wir darauf hin, dass die DW die ehemalige Redaktionsleiterin der linksradikalen Tageszeitung „taz“, Ines Pohl, zur Chefredakteurin berufen hat, die für ihr israel-feindliches Weltbild berüchtigt ist.

In unserer Ausgabe vom Juli 2018 (Bettina Marx: Eine anti-israelische Überzeugungstäterin) berichten wir darüber, dass die Leiterin der den Grü-

nen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, Bettina Marx, in einem Gastkommentar für das Internetportal der DW den israelischen Staat dämonisiert und den „palästinensischen“ Terror als „im Völkerrecht verbrieften Widerstand gegen die Besatzung“ legitimiert.

Der Antisemitismus der DW-Araber Kürzlich kamen zudem weitere antisemitische Äußerungen arabischer Mitarbeiter und Partnerinstitutionen der Deutschen Welle ans Licht:

Der Leiter des DW-Korrespondentenbüros in Beirut, Bassel Aridi, soll im Juni 2014 auf Twitter geschrieben haben: „Jeder, der mit den Israelis zu tun hat, ist ein Kollaborateur und jeder Rekrut in den Reihen ihrer Armee ist ein Verräter und muss hingerichtet werden.“ Daoud Ibrahim, ein Trainer der DW-Akademie, soll „Der Holocaust ist eine Lüge“ und „IsraHELL“ getwittert

haben. Sein Bruder Mohamed Ibrahim, leitender Mitarbeiter der DW-Nahostredaktion in Berlin, arbeitete in den 90er-Jahren für die der faschistischen Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei (SSNP) nahestehende libanesische Zeitung „Al-Diyar“ und schrieb nach Beginn seiner Tätigkeit bei der DW für die der libanesischen Terrororganisation Hisbollah nahestehende Publikation „Al-Akhbar“. Morhaf M., ein Redakteur der Deutschen Welle, hat den Massenmord an den Juden als „künstliches Produkt“ bezeichnet. Die Leitung der DW wurde offenbar bereits 2017 auf die Äußerungen von Morhaf M. hingewiesen. Trotzdem arbeitet er weiterhin für den deutschen steuerfinanzierten Auslandsrundfunk.

Auch ein antisemitischer Partner-sender der DW ist aufgefliegen: Die DW produziert mit dem jordanischen Sender Roya TV seit langem gemein-

same Sendungen. Doch auf Roya TV wird konsequent von „Israelischer Besatzung“ statt von „Israel“ gesprochen. Darüber hinaus soll der Sender in sozialen Medien Karikaturen geteilt haben, auf denen Israel von der Landkarte gelöscht wurde. Arabische Terroristen, die im September aus dem israelischen Hochsicherheitsgefängnis Gilboa ausgebrochen sind, feierte man bei Roya TV zudem als Helden.

400 Millionen Steuergelder

Der Auslandssender und sein Antisemitismus werden jährlich mit etwa 400 Millionen Euro Steuergeldern finanziert. DW-Intendant Peter Limbourg und die „Süddeutsche Zeitung“ stellen den Antisemitismus bei der Deutschen Welle eher als überraschendes Phänomen dar und als Problem, das sich vornehmlich auf moslemische Mitarbeiter und Partner bezieht.

Dass die Bundesregierung aufgrund dieser sich wiederholenden Antisemitismus-Skandale einschreitet, ist nicht zu erwarten. Schon unter der CDU/SPD-Koalition war der deutsche Regierungsapparat von antisemitisch und anti-israelisch handelnden Personen durchsetzt. Vertreter der neuen Koalitionsparteien SPD und Grüne fallen ohnehin seit Jahren mit israel-feindlichen Äußerungen und Taten auf. Im Oktober erst wurde der Chef des staatlichen deutschen Goethe-Instituts, Johannes Ebert, mit Regierungshilfe für fünf weitere Jahre im Amt bestätigt, obwohl das US-amerikanische Simon-Wiesenthal-Center zuvor seine antisemitischen Aktivitäten anprangerte.



Der Koalitionsvertrag der Ampel – Ein Fortschritt zum Fürchten!

Je mehr man sich mit den gemeinsamen Vereinbarungen von Grünen, SPD und FDP auseinandersetzt, desto offener wird die linke und grüne Radikalität dieses Bündnisses. Derweil wird von den sympathisierenden Journalisten der Wähler hinters Licht geführt und der Einfluss der inhaltlich längst entkernten FDP künstlich hochgeschrieben. Das Ziel ist ebenso klar wie erschreckend: Vom aus allen Einigungsklauseln herausstechenden Linksradikalismus und grünem Irrsinn der neuen Regierung abzulenken.



Von Vera Lengsfeld

Lindner, Baerbock und Scholz aus Papp: Ihre linksradikalen Pläne für Deutschland sind allerdings alles andere als von Papp.

Eigentlich hatte ich gedacht, dass mich in der Politik nichts mehr überraschen würde. Ein Irrtum. Der Koalitionsvertrag der Ampelparteien ist eine Mischung aus Infantilismus, Idiotie und Größenwahn, die alle schlimmen Befürchtungen, die man nach ihrem Sondierungspapier haben musste, nicht nur bestätigt, sondern übertrifft.

Wenn, wie wir realistischere annehmen müssen, exekutiert wird, wozu unsere Gesellschaft verurteilt wurde, werden wir die „große Transformation“, die im letzten Jahr von den Haltungsvermedien und ihren Faktencheckern noch zur Verschwörungstheorie von Covidioten und anderen Rechten erklärt wurde, am eigenen Leib erleiden. Diese Transformation durchzuführen, ist das erklärte Ziel des Vertrages und es steht auch offen drin, dass alle „Hindernisse“, die es dagegen gibt, beseitigt werden sollen. Den Machern und ihren Unterstützern in den Medien ist die Brisanz ihrer Offenheit wohl bewusst. Deshalb ist selten über ein politisches Dokument so viel gelogen worden, wie über diesen Koalitionsvertrag.

Die FDP hätte sich durchgesetzt, wird behauptet, um den tatsächlichen Kniefall der einstigen Partei der Freiheit zu vertuschen. Die FDP hat nichts, aber auch gar nichts handfestes, außer der Verhinderung des Tempolimits, in diesen Vertrag eingebracht. Die Beteuerungen, keine neuen Schulden aufzunehmen und die Steuern nicht zu erhöhen, sind reine Ablenkungsmanöver. Wie man diese Verpflichtungen um-

gehen will, ist zwischen den Zeilen bereits zu entnehmen. Wer die FDP in der Hoffnung auf bürgerliche Restvernunft gewählt hat, sollte besser der Tatsache ins Auge sehen, dass die Lindner-Partei ebenso entkernt ist wie die Union. Sie ist nur noch ein Erfüllungsgehilfe der Grünen.

Codewort „Unterstützen“

Die zweite Lüge ist, dass die Grünen im Vertrag irgendwie ausgebremst worden wären. Als Beispiel dafür wird genannt, dass der vorgezogene Kohleausstieg 2030 nur noch „idealerweise“ stattfinden soll. Wahr ist, dass es sich um ein radikal grünes Programm handelt, ich würde es sogar extremistisch nennen. Um die Härte der Ansage zu verschleiern, bedient man sich einer „sanften“ Sprache. Befehlen heißt jetzt „unterstützen“. Ich habe nicht gezählt, wie häufig dieses Wort im Text vorkommt, aber sehr wohl bemerkt, dass es immer erscheint, wenn grundstürzende Änderungen angekündigt werden, bei denen die Betroffenen „unterstützt“ werden sollen.

Jahrzehntlang ist ein erheblicher Teil der Grünen der Meinung gewesen, Deutschland sei nicht mehr als „ein mieses Stück Scheiße“. Die Bürger, die dieses Land all die Jahre am Laufen gehalten und zuletzt im Ahrtal bewiesen haben, dass sie im Gegensatz zu staatlichen Institutionen noch handlungsfähig sind, haben das hingenommen, weil ihre vermeintlichen politischen Repräsentanten dazu geschwiegen haben.

Nun wird dem „mieses Stück Scheiße“ der Gnadenschuss verpasst und wir müssen sagen, wir sind dabei gewesen. Hinterher soll keiner behaupten, er hätte den Zusammenbruch, auf den mit aller Macht zugesteuert wird, nicht kommen sehen können. Das kann man schon an der Auswahl der Ministerien erkennen, die von den Grünen reklamiert wurden. Alle Ämter, die für die große Transformation unverzichtbar sind, haben die Grünen in der Hand, bis auf eins.

Fangen wir mit der Ausnahme an: Annalena Baerbock wird Außenministerin. Damit haben sich die Grünen geschickt ihres größten Problems entledigt. Das ehemals prestigeträchtige Amt hat unter Merkel bereits seine Bedeutung verloren. Die Kanzlerin war die eigentliche Außenministerin und es ist mehr als wahrscheinlich, dass Olaf Scholz es genauso handhaben wird. Baerbock darf noch in den diversen internationalen Gremien ihre Hand heben, oder auch nicht. Einfluss wird sie nicht haben. Der letzte Außenminister, der sich jahrelang auf diesen Posten vorbereitet hat, war Joschka Fischer. Als er es dann tatsächlich wurde, hatte er wahrscheinlich alle wichtigen Bücher für dieses Amt gelesen. Das Pendant von ihm wäre Jürgen Trittin, der sich als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO seit 2014 in die Außenpolitik eingearbeitet hat. Aber was in der Politik nicht mehr zählt, ist Fachwissen.

Das zeigt sich auch bei der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums. Statt des lange dafür gehandelten Anton Hofreiter beschloss die Parteispitze einstimmig Cem Özdemir für dieses Amt zu nominieren. Das war das Ergebnis eines innerparteilichen Machtkampfes, bei dem Fachwissen erneut keine Rolle gespielt hat. Aber vielleicht ist es in der beabsichtigten großen Transformation der Landwirtschaft besser, einen Minister zu haben, der nichts von der Materie versteht. Was auf die Bauern zukommt, steht im Koalitionsvertrag. Weder Feldbau noch Tierhaltung werden bestehen bleiben. Im Augenblick könnten die deutschen Bauern die Bevölkerung unseres Landes problemlos ernähren, ob das nach der Transformation der Landwirtschaft noch der Fall sein wird, ist mehr als ungewiss.

Robert Habeck wird Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, sowie Vizekanzler. Damit ist er der wichtigste Mann im Kabinett, denn die Grünen haben im Koalitionsvertrag verfügt, dass alle Gesetzesvorhaben auf „Klimaverträglichkeit“ überprüft werden müssen. Damit sind ihm alle Vorhaben untergeordnet. Er wird derjenige sein, der dafür sorgen wird, dass alle störenden „Hindernisse“ bei der Durchsetzung der „Energiewende“ ausgehebelt werden. Er nimmt das so ernst, dass er schon, bevor er sein Amt antritt, angekündigt hat, die in Bayern geltenden großen Mindestabstände von Windrädern zu Wohnhäusern kippen zu wollen. Habeck verwies in der „Neuen Os-

nabrücker Zeitung“ auf die Festlegung im Koalitionsvertrag, wonach erneuerbare Energien künftig „im öffentlichen Interesse“ sein sollen. Damit seien sie privilegiert. Das könne in Bayern dazu führen, dass die vorgeschriebenen Abstände von Windrädern zu Wohngebieten unwirksam werden. Klimaschutz geht vor Menschenwohl.

Aushöhlung der Familie

Für das Familienministerium wurde die bundesweit weithin unbekanntere Rheinland-Pfälzerin Anne Spiegel nominiert. Auch diesem Ministerium kommt eine Schlüsselrolle zu. Es geht um die Abschaffung der Familie. Das war bisher ein Projekt der Diktaturen, deswegen findet man im Koalitionsvertrag ein Lippenbekenntnis zur Familie, ohne dies näher zu definieren. Der Pferdefuß kommt mit dem Wort „Verantwortungsgemeinschaft“ mehrerer erwachsener Personen, die wie eine Familie behandelt werden soll. Da kann man auch gut die muslimische Mehre unterbringen, die bei uns noch aus guten Gründen verboten ist.

Bliebt Umweltministerin Steffi Lemke, die für das Landwirtschaftsministerium qualifiziert gewesen wäre. Sie ist die einzige Ostdeutsche und erfüllt somit die Quote, so dass das einzige Argument für Kathrin Göring-Eckardt wegfiel. Wenigstens die ist uns erspart geblieben. Aber das ist ein allzu schwacher Trost.

Bliebt noch die neue Kulturstatsministerin Claudia Roth, die hinter einem Banner „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ hinterherlief und mit Mullahs High Fives wechselt. Zu der fällt mir kein Kommentar mehr ein. Ob mit dieser Frau die Grünen die notwendige Rückendeckung bei den Kulturschaffenden gewinnen, ist fraglich. Was sie aber mit dieser Wahl unmissverständlich demonstriert haben, ist, dass sie vor Vergleichen mit einem Gruselkabinett nicht zurückschrecken. Leider ist der Koalitionsvertrag noch gruseliger als diese Figuren.

Im Grunde stand es schon im viel kürzeren Strategiepapier, das vor Beginn der Koalitionsverhandlungen herausgegeben wurde und jetzt steht es, verkleidet in beruhigendes Wortgeklänge in der Präambel des Koalitionsvertrages von SPD, Grüne und FDP: Deutschland, ein in der Vergangenheit wegen seiner Effizienz, seiner Wirtschaftskraft, seiner Innovationsfähigkeit, seines Bildungsniveaus, seiner Rechtsstaatlichkeit und seines sozialen Netzes in der Welt viel bewundertes Land, soll total umgekrempelt werden.

„Hindernisse“ müssen weg

Angeblich sei das notwendig, um in einer sich rapide verändernden Welt bestehen zu können. Es geht aber nicht um Anpassungen, sondern um Abbruch und Neuaufbau gemäß ideologischer Vorgaben. Dies soll so schnell wie möglich geschehen, indem alle „Hindernisse“, sprich rechtsstaatliche Verfahren, beseitigt werden. Das Vorhaben der Ampelkoalitionäre ähnelt Maos großem Sprung, wird auch im Vertrag ähnlich genannt: „Transformation“ oder „große Transformation“.

Im Neusprech der Koalitionäre: „Es gilt, die soziale Marktwirtschaft als eine sozial-ökologische Marktwirtschaft neu zu begründen. Wir schaffen ein Regelwerk, das den Weg frei macht für Innovationen und Maßnahmen, um Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir bringen neues Tempo in die Energiewende, indem wir Hürden für den Ausbau der Erneuerbaren Ener-

gien aus dem Weg räumen. Schritt für Schritt beenden wir das fossile Zeitalter, auch, indem wir den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen und die Technologie des Verbrennungsmotors hinter uns lassen“.

Ein neues Land braucht neue Menschen

Ein neues Land braucht offenbar auch neue Menschen. So wollen die Koalitionäre dafür sorgen:

„Die nötigen Fachkräfte wollen wir durch bessere Bildungschancen, gezielte Weiterbildung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch eine Modernisierung des Einwanderungsrechts gewinnen“. Deutschland sei eine „vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Um der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung zu tragen, ermöglichen wir gleichberechtigte Teilhabe und modernisieren die Rechtsnormen – vom Familienrecht bis hin zum Staatsbürgerschaftsrecht. Jeglicher Diskriminierung wirken wir entgegen“. (6)

Die Koalition macht sich stark, damit die Neubürger schnell und unbürokratisch ins Land kommen können: „Wir bekennen uns zu unserer humanitären Schutzverantwortung und wollen die Verfahren zu Flucht und Migration ordnen“. Neuordnung heißt, das hat Kathrin Göring-Eckardt schon früher mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, für legale Fluchtwege zu sorgen. In Weißrussland hat Alexander Lukaschenko das bereits vorgemacht, indem er Flüge für Migranten nach Minsk organisierte, von wo aus sie dann an die EU-Grenzen geschickt wurden, um „Asyl“ beantragen zu können. Leider spielten die Polen und die Litauer da nicht mit, selbst einigen EU-Kommissaren dämmerte es, dass einen neues 2015 kontraproduktiv werden könnte. Die Ampelkoalitionäre scheinen weit von dieser Erkenntnis entfernt zu sein. Ihnen liegt die Erschließung neuer Wählerschichten näher.

Wie soll der neue Staat aussehen? Es soll ein totaler Fürsorgestaat werden, der seine Bürger von der Wiege bis zur Bahre „unterstützt“, wie es im Koalitionssprech heißt. Wer geglaubt hat, das mit dem Zusammenbruch des Sozialismus die staatliche Bevormundung der Vergangenheit angehören würde, muss zur Kenntnis nehmen, dass sie im Ampel-Koalitionsvertrag fröhliche Urständ feiert. Mit freundlicher Hilfe der FDP, die damit ihre Grundprinzipien über Bord wirft.

Im Koalitionssprech:

„Deutschland muss handlungs- und leistungsfähig sein, insbesondere in Krisenzeiten. Der Staat muss vorausschauend für seine Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Dazu wollen wir ihn modernisieren, so dass er Chancen ermöglicht und Sicherheit gibt. Ein Staat, der die Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft sucht, mehr Transparenz und Teilhabe in seinen Entscheidungen bietet und mit einer unkomplizierten, schnellen und digitalen Verwaltung das Leben der Menschen einfacher macht.“

Für die vor uns liegenden Aufgaben braucht es Tempo beim Infrastrukturausbau. Die Verfahren, Entscheidungen und Umsetzungen müssen deutlich schneller werden. Wir werden deshalb Planungs- und Genehmigungsverfahren modernisieren, entbürokratisieren und digitalisieren sowie die Personalkapazitäten verbessern. Indem wir Bürgerinnen und Bürger früher beteiligen, machen wir die Planungen schneller und effektiver“. (S.8)

Wie die Bürgerbeteiligung nach Abschaffung rechtsstaatlicher „Hindernisse“ aussehen soll, lässt der Vertrag offen.

Die Grünen, die selbst sich zu Meistern entwickelt haben, durch wiederholte rechtliche Einsprüche Vorhaben zu verzögern oder ganz zu verhindern, wissen genau, was sie beseitigen müssen, um die große Transformation effektiv durchziehen zu können.

„Wir haben Lust auf Neues und werden technologische, digitale, soziale und nachhaltige Innovationskraft befördern. Durch bessere Rahmenbedingungen für Hochschule, Wissenschaft und Forschung wollen wir den Wissenschaftsstandort kreativer und wettbewerbsfähiger machen. Wissenschafts- und Forschungsfreiheit sind der Schlüssel für kreative Ideen, die dazu beitragen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen“. (S.9)

Der Staat setzt nicht mehr nur die Rahmenbedingungen und sorgt dafür, dass sich seine Bürger ungestört betätigen können, nein, er ist nach den Vorstellungen (auch der FDP!) nun auch der Ideengeber und Treiber der Innovationskraft. Wohin diese Idee im Sozialismus geführt hat, war 1989/90 in allen sozialistischen Ländern zu besichtigen, ist aber offenbar vergessen. Wer der schönen neuen Welt der Koalitionäre widerspricht, muss sich auf etwas gefasst machen. Unter modernem Staat und Demokratie verstehen die Ampelmacher vor allem Ausschluss von Andersdenkenden:

„Wir wollen einen grundlegenden Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat, Wir wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit etablieren, die auch aus der Kraft der Zivilgesellschaft heraus gespeist wird [...] Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller aus dem Dienst entfernt werden können“. (S.9)

Wenn sie ihr Vorhaben ernstnehmen würden, müssten sie sich selbst schnellstens „entfernen“, denn der Koalitionsvertrag ist ein einziger Angriff auf das Grundgesetz.

In der „modernen Demokratie“ soll es nach dem Vorbild der Regierung Merkel, die fachfremde „Ethikkommission“ eingesetzt hat, um dem Atom- und Kohleausstieg ohne Einspruch von Fachkräften zu ermöglichen, „Bürgerräte“ geben:

„Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten“. Gleichberechtigte Teilhabe, statt Fachwissen. Diese Bürgerräte sollen helfen, die „Hindernisse“ zu beseitigen, aber für eine demokratische Camouflage sorgen. (S.10)

Entlarvend auch, was die Koalitionäre unter „Schutz der Integrität des politischen Wettbewerbs“ verstehen: Sie wollen gegen „Beeinträchtigung durch verdeckte Wahlkampffinanzierung mittels so genannter Parallelaktionen“ vorgehen. „Dies soll unter Einbeziehung möglichst aller demokratischen Fraktionen geschehen“ (S.10)

Regeln gekippt

Das heißt ganz klar, dass demokratisch gewählte, aber missliebige Parteien per Dekret für immer ausgeschlossen werden. Das war schon vorher Praxis, indem der AfD in den Parlamenten ihnen zustehende Sitze einfach verweigert wurden, was bisher aber immer mit einem undemokratischen Geschmäckle

versehen war. Nun wird des zur modernen demokratischen Norm, denn der Koalitionsvertrag steht nach Ansicht seiner Macher über dem Gesetz. Nicht anders kann man die jüngste Einlassung von Robert Habeck verstehen, der die bayrischen Abstandsregeln für Windräder mit dem Hinweis kippen will, dass in dieser Vereinbarung zwischen drei Parteien, mehr ist es ja nicht, steht, dass die Erneuerbaren künftig „im öffentlichen Interesse“ und damit privilegiert seien.

Die Opposition soll nicht nur ausgegrenzt, sie soll auch finanziell austrocknet werden. Dafür soll die Parteienfinanzierung „modernisiert“ werden. „Die Arbeit und Finanzierung der politischen Stiftungen wollen wir rechtlich besser absichern. Dies soll aus der Mitte des Parlaments geschehen unter Einbeziehung möglichst aller demokratischen Fraktionen“. (S.11)

Heißt im Klartext, dass die als undemokratisch bezeichnete Fraktion nicht beteiligt wird.

Wenn es um den Erhalt von Privilegien geht, halten die Koalitionäre an überlebten Gesetzen fest: „Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Hierzu wird der Bund mit der Region Bonn sowie den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung abschließen“. (S.11)

Gibt es gar nichts Gutes im Koalitionsvertrag? Doch. Ein Lichtblick:

„Wir werden die ‚Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit‘ erneut einsetzen. Die Kommission wird sich mit dem Ziel einer paritätischen Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament befassen und die rechtlichen Rahmenbedingungen erörtern. Die Kommission wird zudem Vorschläge zur Bündelung von Wahlterminen, zur Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre sowie zur Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin prüfen.“

Die Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers wäre ein echter Fortschritt und könnte sogar gelingen, weil Olaf Scholz aus Altersgründen keine dritte Amtszeit anstreben dürfte.

Warum bin ich so sicher, dass die Koalition bis dahin durchhält?

Die 16-Jährigen müssen wählen

Ganz einfach. Sie wird sich zur Macht-sicherung radikal neue Wählerschichten erschließen. Wir werden das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken. „Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken. Wir wollen die Ausübung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche erleichtern.“ (S.12)

Während im Jugendstrafrecht die Altersgrenze immer weiter nach oben verschoben wird, weil junge Menschen noch nicht in der Lage wären, ihre Taten richtig einzuschätzen, sollen die gleichen Jugendlichen imstande sein, weitreichende politische Entscheidungen zu treffen. Dass die Befürworter der Absenkung des Wahlalters identisch sind mit jenen, die für eine Erhöhung der Altersgrenze im Jugendstrafrecht streiten und sich diese Klientel nicht genötigt sieht, zu diesem Widerspruch Stellung zu nehmen, spricht für die Arroganz der Macht, die sich anschickt, uns zu beherrschen.

Niemand sollte sich damit trösten, dass es schon nicht so schlimm kommen wird, alle geschichtliche Erfahrung spricht dagegen.

Wer schweigt, stimmt zu!

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Jahr 2021 weiter zugenommen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere den Gegebenheiten der Zeit entsprechenden, keinerlei Fakten ausblenden, nicht selten kritischen und unbequemen Beiträge nicht nur von unseren jüdischen, sondern auch von unseren nicht-jüdischen Lesern immer häufiger als unverzichtbare authentische Alternative, Informationsquelle und Korrektiv der vielfach gleichsinnig-einseitigen, verzerrten und Fakten-filternden Israel-aversen Darstellung der regierungsnahen öffentlich-rechtlichen und anderer Mainstreammedien angenommen werden.

Eine kleine Wasserstelle der Freiheit

„Die Jüdische Rundschau ist eine kleine Wasserstelle der Freiheit in der Steppe der hiesigen Presse“ ist nur eines von vielen Zitaten aus den Reihen unserer Lesergemeinde, das uns mit Stolz und großer Genugtuung erfüllt. Ihr Zuspruch ist für uns vor allem Motivation und Verpflichtung, dem hohen Anspruch an unsere Inhalte als unabhängige jüdische Zeitung auch künftig gerecht zu werden und auch weiterhin konsequent, unbestechlich und kompromisslos gegen Antisemitismus und gegen die Delegitimierung des demokratischen jüdischen Staates für die jüdische Sache, für Israel und für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.

Das bevorstehende Jahresende ist auch Anlass einen Dank an unseren Chefredakteur und unsere vielen engagierten Autoren auszusprechen. Genugtuung über die positiven Entwicklungen der zurückliegenden Monate.

Trotz aller Anfeindung besonders von linker Seite und Ungerecht-Behandlung durch Biden-Amerika, die EU und unsere Steinmeiers und Maase: Israel ist dank seiner hervorragenden wissenschaftlichen Potentials und des hohen Bildungsstandes seiner Menschen zu einer weltweit unumstrittenen und anerkannten technologischen Hochburg und Großmacht des neuen IT-Zeitalters geworden und erlebt eine nie dagewesene wirtschaftliche Blüte als unverzichtbarer Pionier, Schrittmacher und Exportland der voranschreitenden digitalen Revolution in nahezu allen Lebensbereichen. Dies hat den kleinen Staat Israel zu einem



Die FDP ist Steigbügelhalter des rot-grünen Gesellschafts-Umbaus.

immer gewichtigeren, unverzichtbaren globalen Technologie-Partner gemacht.

Unterstützt durch die fähige und umsichtige Politik und Diplomatie genießt der kleine demokratische Staat Israel zunehmende diplomatische Anerkennung einer weltweit wachsenden Zahl von Völkern vor allem auch aus den Aufbruchstaaten Asiens, trotz massiver Anfeindung durch islamische Unrechtsstaaten und Boykottaufrufen der westeuropäischen Islam-Anbieterer sowie der vorsätzlichen und ständigen Delegitimierung durch die UN. Dabei leben gerade in Israel nahezu die einzigen wirklich freien und gleichberechtigten Muslime, von Andersgläubigen gar nicht zu reden.

Als Andersdenkender unangefochten neben dem Islam zu leben, ist – wenn überhaupt – dann nur dort möglich, wo

der Islam noch nicht prävalent ist. Da, wo der Islam dominiert, gibt es keine Rechte und keinen Schutz für Andersdenkende. Das belegt die Minderheiten-Situation in quasi ausnahmslos allen islamischen Regimen. Sich der aggressiven Ausbreitung des Islam und seiner Anhänger entgegenzustellen, ist ein Vernunft-gebotes Grundlegendes Anliegen simpelster Selbsterhaltung und somit ein legitimer Akt fundamentaler Notwehr.

Da, wo der Islam zu Hause ist, gibt es weder Freiheit noch Toleranz – schon gar nicht für Juden. Die Geschichte der Judenvertreibungen aus dem zwischenzeitlich nahezu vollständigen islamischen Mittleren Osten gibt beredtes Beispiel dafür.

Juden müssen nicht mehr abgewiesen in der Welt herumirren

Dank der Existenz des demokrati-

schen Staates Israel werden die Juden dieses Mal – auch und gerade wenn das sich zusehends islamisierende Deutschland und Westeuropa aber auch das Biden'sche BLM-Amerika und andere Länder freies und offenes jüdisches Leben immer mehr verunmöglichen – nicht abgewiesen von Land zu Land herumirren müssen.

Allen nicht-jüdischen Freunden eine schöne Adventszeit und ein frohes Weihnachtsfest.

Dem Staat Israel, dem gesamten jüdischen Volk und uns allen einen glücklichen und gesunden, nicht allzu Coronaeingeschränkten Jahreswechsel in das neue Jahr 2022.

Am Israel Chai!

Ihr

Dr. Rafael Korenzecher

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Trotz Terrornähe: EU und Bundesregierung überschütten die dubiose Organisation „Islamic Relief“ mit sehr viel Geld

Während die Bundesregierung und die „Aktion Deutschland Hilft“ vergangenes Jahr die Geldzuwendungen an „Islamic Relief Deutschland“ vor allem aufgrund von Berichten in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU über kaum zu verhehlende Terrorverbindungen und antisemitische Vorfälle dieser Organisation weitgehend eingestellt haben, wurde der Dachverband „Islamic Relief Worldwide“ weiterhin in Millionenhöhe von der EU unterstützt.

Von Collin McMahon

Die Organisation „Islamic Relief Worldwide“ (IR-W) ist die älteste und größte islamische Hilfsorganisation der Welt (1984 in Birmingham, UK, gegründet). Kritiker werfen ihr jedoch vor, eine Vorfeldorganisation der Muslimbruderschaft zu sein und Spenden aus Deutschland und Europa an Hamas und Hisbollah abzugeben.

Im September 2020 berichtete die Jüdische Rundschau über die Vorwürfe gegen „Islamic Relief“, die in Zusammenarbeit mit der „Aktion Deutschland Hilft“, ARD und ZDF auch in Deutschland Millionen an Spenden sammelte. Im Oktober 2020 stellte die „Aktion Deutschland Hilft“ die Zusammenarbeit ein, im November 2020 kündigte das Bundesinnenministerium an, alle Projekte mit „Islamic Relief“ aufgrund deren Verbindungen zur Muslimbruderschaft beenden zu haben. IR-W ist seit 2014 aufgrund ihrer angeblichen Verbindungen zur Hamas in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten verboten.

„Affen und Schweine“

Im Juli 2020 musste der Chef von IR-W Heshmat Khalifa zurücktreten, nachdem die London Times berichtete, dass er Juden als „Enkel von Affen und Schweinen“ und den Präsidenten Ägyptens als „zionistischen Zuhälter“ bezeichnet hatte. Im August 2020 trat der gesamte Vorstand zurück, nachdem bekannt wurde, dass der neue Vorsitzende Almutaz Tayara 2014 auf seiner Facebook-Seite Israel den „zionistischen Feind“ genannt hatte und die Hamas-Führung als „große Männer“ lobte, die „dem göttlichen Ruf der Muslimbruderschaft folgen“. Im November 2020 musste IR-W „Netzwerk- und Ressourcenentwicklungsleiter“ Tayed Abdoun ebenfalls aufgrund antisemitischer Tweets zurücktreten.

Die EU hat jedoch laut Finanztransparenzportal „Islamic Relief Worldwide“ seit dem 22.7. 2020 mit 1,25 Mio. Euro über das „Instrument für Stabili-



Warben alle für „Islamic Relief“: Frank-Walter Steinmeier, Aydan Özoguz, Hannelore Kraft, Dieter Reiter und Henriette Reker.

tät und Frieden“ unterstützt, von denen 0,94 Mio. Euro bisher abgerufen wurden.

Seit 2007 hat die EU laut dem Finanztransparenzportal „Islamic Relief Worldwide“ mit 33,77 Mio. Euro finanziert. „Islamic Relief Deutschland“ erhielt zusätzlich 2008-2009 730.000 Euro und 2018-2019 890.000 Euro von der EU für „Humanitäre Hilfe“. „Islamic Relief Jemen“ erhielt 2008-2010

von der EU 500.000 Euro über das „Instrument für Stabilität“.

Wie die Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall auf ihrem Blog schreibt, distanzieren sich seit der Enthüllungen von Herrmann-Marschall und der Jüdischen Rundschau die meisten Politiker von „Islamic Relief Deutschland“. So beendete das Auswärtige Amt bereits im Frühjahr 2020 die Förderung von IRD-Projekten. „Auch die CDU-Politikerin Serap Güler ist seit 2019 nicht mehr bereit, für Projekte von IRD zu werben,“ so Herrmann-Marschall.

Prominente SPD-Politiker wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz, Hannelore Kraft (ehemalige NRW-Ministerpräsidentin) und Dieter Reiter (Oberbürgermeister von München) sowie Henriette Reker, die parteilose Oberbürgermeisterin von Köln, die 2020 noch mit ihrem Namen für IRD warben, sind inzwischen von der Webseite verschwunden. Am 21. Oktober „war die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) die letzte Politikerin und auch die letzte nicht-muslimische Prominente, die noch unverdrossen mit ihrem Namen

für ‚Speisen für Waisen‘ geworben hat“, so Herrmann-Marschall.

GIZ gibt Geld an Islamic Relief

Dennoch bezeichnet Islamic Relief Deutschland 2020 als „erfolgreichstes Jahr seiner Geschichte“. Die Bilanzsumme konnte um fast eine Million Euro gesteigert werden, die Spenden weisen ein Plus von fast fünf Millionen Euro aus, schreibt Herrmann-Marschall. So gab die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) der Bundesregierung mit 120.227,08 Euro 2020 mehr Geld als im Vorjahr an IR-D. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin gab 135.000 Euro für das „Muslimische Seelsorgetelefon“ des IRD.

„Die Tatsache, dass die EU ausgerechnet direkt nach Bekanntwerden des Skandals um Heshmat Khalifa und dessen Rücktritt ein neues Millionenpaket für ‚Islamic Relief Worldwide‘ aufgelegt hat, lässt befürchten, dass man in Brüssel leider immer noch nicht verstanden hat, mit wem man es hier zu tun hat,“ so Joachim Kuhs, Mitglied im EU-Haushaltsausschuss. „Es ist höchste Zeit, dass sämtliche Finanzierung von ‚Islamic Relief‘ durch den Steuerzahler beendet wird.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die neue Koalition: Ein Glücksfall für Deutschlands anti-israelische NGOs

Zahlreiche linksradikale Organisationen mitsamt ihrer anti-israelischen Agenda dürfen wie bereits jetzt erkennbar unter der neuen Ampel-Regierung auf noch mehr Fördergelder für ihre jüdenfeindlichen Aktivitäten hoffen.

Von Paul Möllers

Liest man den Koalitionsvertrag der Ampel mit Blick auf Themen wie Islamismus, Nuklearverhandlungen mit dem Iran, Asylverfahren, Antisemitismus, Erinnerungskultur oder Antirassismus, so stößt man auf beunruhigend lasche Formulierungen und auch auf beunruhigende Förder- und Reformpläne – dabei ist „Sicherheit“ in 135 Kombinationen einer der meistgenannten Begriffe in dem 177 Seiten starken Dokument.

Am augenfälligsten wird das bei der Absicht, das umstrittene UN-Hilfswerk für „Palästinenser“, UNRWA, weiter zu fördern. Seit Jahren ist es in der Kritik, etwa weil in UNRWA-Schulen Lehrbücher verwendet werden, die Terroristen als Vorbild für die Schüler präsentieren, oder weil Mitarbeiter der UNRWA online Aufrufe zu Gewalt und antisemitische Propaganda teilen.

Diese schwerwiegenden Vorwürfe werden im Koalitionsvertrag verarmlos zu „Fehlentwicklungen“:

„Wir werden das VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) weiter finanziell unterstützen und dabei einen unabhängigen Monitoringprozess unterstützen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.“

Geschickt wird dabei übergangen, dass es sich um tatsächlich strukturelle Probleme und nicht nur um „Fehlentwicklungen“ handelt. Und wer den „unabhängigen Monitoringsprozess“ begleiten wird, ist auch eine interessante Frage, denkt man etwa an den Skandal um die Prüfung von „palästinensischen“ Schulbüchern zurück: Wie der „Tagesspiegel“ berichtete, war an der Studie, die den verwendeten Schulbüchern Unbedenklichkeit attestierte, die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus vom Georg-Eckert-Institut Braunschweig beteiligt. Um Spielhaus wird es auch noch an anderer Stelle gehen.

„Rassismusmonitor“ und „Afrozensus“

Die im Koalitionsvertrag z.B. unter „Rassismus bekämpfen“ namentlich berücksichtigten Organisationen werden die Herzen der im Bereich Antidiskriminierung Schaffenden höher schlagen lassen:

„Wir treiben die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft voran (z. B. durch entsprechende Begabtenförderung und Unterstützung eines bundesweiten Community-Zentrums), bauen Forschung aus, stärken z. B. das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) dauerhaft und verstetigen seinen Rassismusmonitor.“

Ausgerechnet das „DeZIM“, könnte man nun fragen. Die Jüdische Rundschau berichtete im Dezember 2020 ausführlich über dieses Institut mit ebenso zweifelhaften Forschungen wie Personal. Zuständig für den „Rassismusmonitor“ ist z.B. Cihan Sinanoglu, ehemaliger Sprecher der Türkischen Gemeinde in Deutsch-



Die linksradikalen Ideen von der Straße haben es ins Kanzleramt geschafft.

land (TGD). Er vertritt linksradikale Thesen zu Migrationspolitik, Grenzsicherung, zu Polizei: „Antifa im Kiez schützt mehr als Polizei“. Sein Rassismusbegriff ist besonders weit gefasst: Er spricht von „rassistischen Grenzregimen“ und davon, dass Europa ein „zutiefst rassistischer Kontinent“ sei. Die Kritik an der mit antisemitischen Beiträgen aufgefallenen Nemi El-Hassan nennt Sinanoglu ebenfalls „rassistisch“. „Auf den Rassismus ist Verlass in diesem Land“ kommentiert er die Ankündigung des WDR, El-Hassan nicht vor der Kamera arbeiten zu lassen, und seine Chefin Naika Foroutan postet den Artikel der „Berliner Zeitung“, „Nemi El-Hassan: ‚Ich bin Palästinenserin – deal with it!‘“, mit dem Kommentar: „Wenn ich Pro7 wäre, ich würde spätestens jetzt zugreifen! Wer guckt schon heute noch WDR?“.

„DeZIM“-Leiterin Naika Foroutan und Noa K. Ha, wissenschaftliche Geschäftsführerin von DeZIM und Expertin für „rassismuskritische, postkoloniale und dekoloniale Forschung und Praxis“ solidarisieren sich überdies mit Farid Hafez, dem „Islamophobie-Forscher“, der die Ermittlungen gegen sich mit der „Kristallnacht“ verglich; die österreichischen Behörden ermitteln zur Zeit wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft gegen Hafez. Er ist mit der oben erwähnten Riem Spielhaus an „CLAIM“ beteiligt, einer „starken Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ – zu den Unterstützern von „CLAIM“ gehören grüne Politiker wie Claudia Roth, Lamy

Kador, Omid Nouripour und Filiz Polat sowie Helge Lindh und Sawsan Cehbli von der SPD und Christine Buchholz, DIE LINKE.

Yasemin Shooman, vom „Jüdischen Museum Berlin“ gewechselt zu „DeZIM“, empfiehlt auf Veranstaltungen wie den „Muslimischen Kulturtagen“, auf denen auch Farid Hafez auftritt, CAIR wegen der „intersektionalen Arbeit“, CAIR ist eine amerikanische muslimische Vereinigung mit Muslimbruderschafts-Verbindungen.

Daniel Bax, „Leiter Stabsstelle Kommunikation & Wissenstransfer“ bei DeZIM, ist bekannt als „Israelkritiker“, der z.B. gegen Seyran Ates, Volker Beck und auch Ahmad Mansour agitiert. Auch Sinanoglus Beiträge richteten sich schon gegen Ahmad Mansour, einem pointierten Kritiker der Auswüchse der Identitätspolitik und des verwendeten Rassebegriffs und auch Kritiker der Kooperationen der Politik mit reaktionären muslimischen Verbänden.

„Islamische Feministin“ Saboura Naqshband und das „Drecksnaziland“ Deutschland

Saboura Naqshband, ebenfalls bei DeZIM, „Fachgruppe ‚Demokratie, Transfer und Politikberatung‘“, pöbelt in Kommentaren unter den Facebook-Beiträgen von Mehdi Chahrouh: Deutschland sei ein „Drecksnaziland“. Und sie stimmt zu, wenn es auch hier gegen Ahmad Mansour geht. Mehdi Chahrouh von der Moschee Al Irschad, laut Verfassungsschutz ein Treffpunkt von Hisbollah-Anhängern, und Unterstützer der religiösen Vertretung

des Irans in Hamburg, IZH, gründete MAHDI e.V. mit. Bei den Veranstaltungen dieses muslimisch-identitären Vereines sprachen auch schon Mohamed Amjahid, Jürgen Todenhöfer und Aydan Özoguz' Freund Karamba Diaby, MdB, SPD. Diabys Mitarbeiterin ist Karen Taylor, SPD, und Vorstand von ENAR – einer „NGO“ gegen Rassismus, bei der auch personelle Verbindungen zur Muslimbruderschaft bestehen.

Neben Naika Foroutans „DeZIM“ werden auch noch das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR), die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und die Initiative „Minority SafePack“ im Koalitionsvertrag genannt.

Diese Organisationen verbindet allerdings Einiges: Die Kooperation mit Daniel Bax' und Ferda Atamans „Neue Deutsche Medienmacher“ bzw. „neue deutsche organisationen“, der Fokus auf „Islamfeindlichkeit“, der dabei die erwähnten Verbindungen zu Akteuren, die der Ideologie der Muslimbruderschaft nahestehen, einschließt, auch Kübra Gümüşay gehört dazu. Die Jüdische Rundschau berichtete über das Ehepaar Gümüşay und das muslimische Studienwerk Avicenna im Juli 2021, dessen Funktionäre teilweise Nähe zur Ideologie der Muslimbruderschaft haben. Im Kuratorium von Avicenna sitzt u.a. der Grünen-Politiker Cem Özdemir. Das Ehepaar Gümüşay ist den Grünen sehr verbunden, sie beraten die Grünen in Hamburg. Kübra Gümüşay, die übrigens ihre Beiträge, die sie als Fan der „Gaza Flotilla“ im

Jahr 2010 verfasste, löschte, nimmt teil an Sitzungen der Böll-Stiftung. Wie Mitglieder der Grünen berichten, herrscht seit einiger Zeit eine andere Kultur des Umgangs in der Stiftung, so stand z.B. bislang die Leitungsetage in den oberen Stockwerken den Mitgliedern offen, nun ist der Zutritt überwacht. Gümüşay ist ebenfalls Teil des „Center for Intersectional Justice“, dem auch in Frankreich unter Druck geratene Sympathisantinnen der BDS-Bewegung und von Tariq Ramadan angehören. Das CIJ Berlin ist Kooperationspartner der Böll-Stiftung.

„Die jüngsten Provokationen auf israelischer Seite“

Wie das wohl mit der Ankündigung im Koalitionsvertrag, „Wir machen uns stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN“, zusammengehen wird?

Ob sich auch Lamya Kaddor, als neues Mitglied der Grünen überraschend schnell in den Bundestag eingezogen, nach ihren Äußerungen zu „den jüngsten Provokationen auf israelischer Seite“, so nannte sie die Räumungen von Häusern in Jerusalem im Mai dieses Jahres, starkmachen wird?

Zwischen Gümüşay und der oben erwähnten Karen Taylor besteht ebenfalls eine herzliche Verbindung, auch an Veranstaltungen der bpb nahm man gemeinsam teil. Taylor ist zudem bei EOTO aktiv, einem Verein der „schwarzen Community“, der die Einführung von „Black Studies“ an Hochschulen fordert, und kürzlich den „Afrozensus“ durchführte, mit Beteiligung der „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“. Im Beirat der ADS ist Ferda Ataman, die dort ihr Netzwerk „neue deutsche organisationen e. V.“ (ndo) vertritt. Wie bei den von DeZIM durchgeführten Forschungsunternehmungen stellen sich Fragen zu Objektivität, Erhebung und Methodik, wenn die eigene „Community“ gezielt angesprochen wird. Gegenstand von DeZIM-Studien sind z.B. „Fridays for Future“ oder die von Ferda Ataman und den „ndo“ mitorganisierten „Unteilbar“-Demos (die Jüdische Rundschau berichtete über die wie zufällige Beteiligung auch von Hamas-nahen Gruppen wie der „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (PGD)). Aminata Touré von den Grünen, die über ihre Partei klagt, es sei eine „weiße Partei“, unterstützt ebenfalls EOTOs „Afrozensus“, ebenso wie Jeff Kwasi Klein, Grünenpolitiker, der von „robusten Communitys“ träumt mit „schwarzen Geschäften“.

„Schwarze Haare“ und eine „weiße Partei“ – „Afrozensus“

In einem wohlwollenden Beitrag vom Sender Arte hört man Daniel Gyamerah: Der „Afrozensus“ richte sich an „alle Menschen, die in Deutschland leben und aus der schwarzen, afrikanischen oder aus der afro-diasporischen „Community“ stammen. Zu den Unterstützern gehört auch Aminata Belli, Journalistin und Übersetzerin eines Buches über die Haarprobleme eines schwarzen Mädchens: „Hair Love“. Als es um die Frage geht, wie man Teilnehmer für die Umfrage finden kann, hört man sie im Arte-Beitrag zuversichtlich: „Wir kriegen unsere Leute schon“. Im Bericht dankt EOTO dann den „Outreachpartner*innen aus den Communities, die sich bereit erklärt haben den Aufruf zur Teilnahme zu teilen, ohne die nicht so viele Menschen teilgenommen hätten“, darunter „Black Lives Matter“ aus verschiede-

nen Städten, Malcolm Ohanwe, der schon erwähnte Karamba Diaby, das „Center for Intersectional Justice“ (CIJ Berlin, siehe unten) und Tahir Dellas „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“.

Laut Gyamerah geht es in der Befragung u.a. um die Fragen: „Wer wird wie oft von der Polizei angehalten, auf wie vielen Quadratmetern leben die Menschen?“, auch „Schwarze Haare“ sind ein großes Thema, siehe den Bericht von EOTO dazu. An „Afrozensus“ ist auch „Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership“ beteiligt, ein Projekt, in dem Gyamerah ebenfalls aktiv ist, und das auch von Naika Foroutan Unterstützung erfuhrt.

„Polizei in einer pluralisierten Gesellschaft“ - Studien zu Rassismus, Antidiskriminierung, Polizeiarbeit

Studien sollen laut Koalitionsvertrag auch „die innere Verfasstheit von Einrichtungen und ihren Beschäftigten“ untersuchen, so liest man im Unterpunkt „Antidiskriminierung“. Nun ist es keine Frage, die Institutionen des Staates zu beobachten, wenn es um Verfassungstreue, extremistische Bestrebungen oder Rassismus geht. Ob sich aber diese Art von Aktivisten für diese Aufgabe eignen, ist fraglich. Aktivisten, die zudem der Muslimbruderschaft nahestehende Vereine einbeziehen, auch Jeff Kwasi Klein traf mehrfach auf eine Funktionärin der „Muslimische Jugend in Deutschland“ (MJD), Justizsenator Dirk Behrendt lässt sich von Fereshta Ludin beraten, ebenfalls der MJD verbunden, Aktivisten, die ein angebliches „Racial Profiling“ bei der Polizei bekämpfen und davon sprechen, dass sie „die gesamte Führung fast aller Berliner Sicherheitsbehörden ausgetauscht“ haben, „bei der Feuerwehr, der Polizei, der Generalstaatsanwaltschaft und auch beim Verfassungsschutz“ (so Benedikt Lux, grüner Innenexperte in Berlin).

Auf ein besonderes Forschungsprojekt soll noch hingewiesen werden, weil es einige der schon genannten problematischen Akteure einschließt: „ZuRecht – Die Polizei in der offenen Gesellschaft“, ein Projekt von Mer-

cator-Stiftung, Deutsche Hochschule der Polizei und der Uni Freiburg, „geht der Fragestellung nach, wie die Polizei den gesellschaftlichen Wandel und die Vielfalt von Kulturen, Religionen, Wertvorstellungen und Verhaltenskodizes in ihrer Ausbildungs- und Personalpolitik abbilden kann“.

Ehemaliger Pressesprecher des Zentralrats der Muslime (ZMD) gründet Arbeitskreis „Grüne Muslime“

Im Beirat finden sich allerdings neben Naika Foroutan und Karim Fereidooni, dem Co-Autor von Farid Hafez, auch die Juristin Prof. Anna Katharina Mangold von CIJ Berlin und vom „Deutschen Juristinnenbund“, der ausgerechnet Kübra Gümüşay zu Veranstaltungen zu „Digitale Gewalt an Frauen/Hate Speech“ oder „100 Jahre Frauenwahlrecht“ einlädt. Außerdem im Beirat ist Mariam Ahmed, die bei Bosch-Stiftung und Mercator-Stiftung schon viele Projekte mit Beteiligung problematischer Akteure förderte. Auch sie agitiert gegen Ahmad Mansour, solidarisiert sich wie auch Mangold mit Nemi El-Hassan und wirbt für „CLAIM“, Fereidooni und Gümüşay, z.B. wenn beide im Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung auftreten. Ansprechpartner des Projekts ist Mounir Azzaoui, nun bei der Mercator-Stiftung, der mit Funktionen in Aiman Mazyeks Zentralrat der Muslime in Deutschland, in Cheblis und Mohamed Matars „JUMA“ und als ehemaliger Geschäftsführer von „Avicenna“ vielfältige Kontakte zu Akteuren mit Verbindungen zur Muslimbruderschaft hat. Die Mercator-Stiftung unterstützt auch „CLAIM“ und übernahm die Arbeitsdefinition für „antimuslimischen Rassismus“ von Farid Hafez, u.a. für das Projekt „I Report“, bei dem entsprechende „Hasskriminalität“ gemeldet werden soll. Azzaoui gründete den Arbeitskreis „Grüne Muslime“.

Koalitionsvertrag: „Koloniale Kontinuitäten überwinden“ – „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“

Vor dem Hintergrund der Beteiligungen grüner Politiker an diesen „antirassistischen“ Initiativen darf man

gespannt sein, mit welchen Zielen und mit welchen Akteuren die im Koalitionsvertrag noch genannten Punkte wie „Koloniale Erbe“, Einsetzung von „Polizeibeauftragten“, „Antiziganismus“- und „Anti-Rassismus-Beauftragten“ bearbeitet werden.

Assoziiert mit dem CIJ Berlin ist z.B. neben Kübra Gümüşay auch Isidora Randjelovic von „RomaniPhen“. Bei „RomaniPhen“, auch vernetzt mit EOTO, engagiert sich ebenfalls Prof. Iman Attia vom CIJ Berlin, die mit Ouassima Laabich von der „Muslimischen Jugend in Deutschland“ und Ozan Keskinilic, Stipendiat von Avicenna, an Projekten zu „antimuslimischem Rassismus“ arbeitet. Auf den Demonstrationen und in den Publikationen von „RomaniPhen“ geht es auch um den „palästinensischen Befreiungskampf“, man sieht Bilder von Frauen mit „Palästinenser“-Tuch und Steinschleuder.

Und wenn „die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte“ mit Akteuren wie Tahir Della, dem Multifunktionär von der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“ (ISD), „Glokal e.V.“, dem Bündnis „Decolonize Berlin“ und Vorstand von den „neue deutsche organisationen“ erledigt werden sollte, könnten sich unter dem Punkt „Erinnerungskultur“ ganz neue Perspektiven eröffnen – denn auch auf den von Della organisierten „Black Lives Matter“-Demos läuft die PGD mit und treten BDS-Unterstützer auf. Zu Dellas Bündnissen gehört u.a. „Berlin Postkolonial“, die ihre Projekte auch schon einmal „Breaking the Silence“ nennen, in Anlehnung wohl an die umstrittene gleichnamige Organisation, die Israel Kriegsverbrechen vorwirft. Della spricht jetzt überdies auf Führungen in Kooperation mit dem Erinnerungsort „Topographie des Terrors“ zur deutschen Kolonialgeschichte. Zu den Fürsprechern von Dellas „NGOs“ zählt auch Helge Lindh.

Ob mit diesem Koalitionsvertrag die Ampel für „Israelkritiker“ und Akteure mit Bezug zum politischen Islam wohl endgültig auf Grün gestellt werden wird?

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITE.DE



Der letzte Rest der alten CDU verschwindet: Ex-Fraktionsvize Vaatz rechnet mit Merkel und CDU ab

Der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Vaatz analysiert ungeschminkt den unter der alten Kanzlerin vollzogenen hoffnungslosen Linksruck der CDU, der die Partei bereits den Wahlerfolg gekostet hat und sie, wenn keine Abkehr von der Merkel-Ära stattfindet, mittelfristig ruinieren wird.

Von Vera Lengsfeld

DDR-Bürgerrechtler und Bundestagsabgeordneter Arnold Vaatz wurde schon kurz nach der Wende CDU-Mitglied. 2021 trat er nicht mehr für den Deutschen Bundestag an, dem er seit 1998 jeweils mit Direktmandat angehört hatte.

Auf dem Stadtparteitag der CDU in Dresden wollte Arnold Vaatz eine Rede halten, aber dann wurde er trotz Impfung Corona-positiv getestet und befand sich anschließend noch in Quarantäne. Als also klar war, dass er auf dem Stadtparteitag nicht auftreten kann, setzte er sich hin, wie er am Telefon auf Nachfrage erzählt, und begann zu schreiben.

Was dabei herauskam, ist eine bemerkenswert umfangreiche Kritik an der Ära Merkel und ein Abbild der aktuellen Verfassung der CDU direkt aus ihrem Inneren aufgeschrieben.

Arnold Vaatz geht nicht großlos. Und was er seiner Partei ins Stammbuch schreibt, müsste eigentlich für jeden Christdemokraten oder wer zukünftig noch einer werden will, Pflichtlektüre sein.

**Arnold Vaatz, MdB a.D.,
Dresden 29.10.2021**

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich möchte mich bei Ihnen und bei allen, die in den letzten 31 Jahren an diesen Stadtparteitagen teilgenommen und mich mit so vielen Vertrauensvoten ausgestattet haben, bedanken, ebenso für die uneigennützig Unterstützung meiner Arbeit und die großartige Unterstützung in insgesamt acht Wahlkämpfen, die alle zu unseren Gunsten entschieden werden konnten.

Heute muss ich mich bei Ihnen jedoch dafür entschuldigen, dass ich, jedenfalls nach meinen Maßstäben, mich Ihres Vertrauens nur selten würdig erwiesen habe.

Als wir unsere ersten Schritte in die Demokratie unternahmen, 1990, hatten wir als CDU eine öffentliche Zustimmung von über 50 % und konnten dieses Niveau lange halten – auf Bundes-, Landes- und Stadtebene. Heute haben wir mehr als die Hälfte, in manchen Regionen zwei Drittel unserer Wähler verloren. An Zweitstimmen sind wir in einem Dresdner Wahlkreis auf Platz 3, im anderen auf Platz 4 gelandet.

Jünger und weiblicher als Lösung?

Was ist angesichts dieser Lage zu tun? Landauf, landab hört man die gleichen Zauberformeln: Die CDU müsse halt jünger und weiblicher werden.

Ich sage: Die CDU kann jünger und weiblicher werden, wie sie will – wenn sie die für unsere Demokratie zum Teil existenzgefährdenden Gefahren weiter ignoriert, wenn sie keine Antworten gibt, wie diese Probleme zu lösen sind, ist unsere Partei am Ende. Welche Gefahren sind das? Auf jede einzelne von ihnen habe ich vor dem Bundesvorstand meiner Partei und vor unserer Fraktion im Deutschen Bundestag immer wieder hingewiesen und für ihre Abwendung in der Presse geschrieben:

1. Die EU zerstört ihre Autorität und erodiert weiter

Mit dem Brexit ist fast 20 % der EU-



Arnold Vaatz, einer der letzten rationalen Denker bei der CDU

Wirtschaftsleistung weg. Die höhnische Überheblichkeit, mit der wir frohlockend auf ein wirtschaftliches Desaster im Vereinigten Königreich hoffen, ist unwürdig. Wir sollten lieber fragen, welchen Beitrag wir dafür geleistet haben, dass die Briten allen wirtschaftlichen Unwägbarkeiten zum Trotz sich von der EU getrennt haben.

Jetzt haben wir in den EU-Institutionen eine griechisch-lateineuropäische Mehrheit. Die früheren Stabilitätsvorstellungen der Nordeuropäer sind nicht mehr durchsetzbar. Die neue Mehrheit kann sich ungehindert verschulden. Der Gegenwert für uns werden wertlose Forderungen an Schuldnerländer sein. Die Nonchalance, mit der wir über die drastischen Unterschiede der Vermögensmediane zwischen Deutschland und unseren griechisch-lateineuropäischen Partnern hinwegsehen, wird langfristig einen dramatischen Vertrauensverlust in unsere politische Klasse verursachen. Die Arroganz, mit der wir Polen und Ungarn unsere Maßstäbe von Demokratie – denen wir selber kaum genügen (dazu komme ich noch) – aufzwingen wollen, wird langfristig zu deren Abwendung von der EU führen, sobald dies wirtschaftlich verkraftbar erscheint.

2. Die Politik der europäischen Zentralbank führt zur

Geldentwertung in ganz Europa

Die ungeheuren Geldsummen, mit denen die EZB den Euroraum flutet, werden zu einer dramatischen Geldentwertung führen, was sich jetzt all-

mählich beginnt, in immer höheren Preisen niederschlagen. Zwar glaube ich nicht, dass man in fünf Jahren – wie im Jahr 1923 – für ein durchschnittliches in einem Arbeitsleben akkumuliertes Bankguthaben gerade noch eine Schachtel Streichhölzer bekommt. Aber auch die Entwertung auf ein Viertel des bisherigen Wertes der Barvermögen ist genug für einen demokratiegefährdenden Vertrauensverlust in die politische Klasse.

3. Die deutsche Außenpolitik und Bundeswehr werden international bedeutungslos

Die Bundeswehr ist unter der Ägide des Ministers zu Guttenberg ihres Rückgrats – der allgemeinen Wehrpflicht – beraubt worden und unter der Ägide der Ministerinnen von der Leyen und Kramp-Karrenbauer zu einer Art Unterabteilung eines unsichtbaren Gleichstellungsministeriums degeneriert.

Sie ist technisch veraltet und verchlissen, personell kopflastig (immer mehr Generäle und Offiziere, immer weniger Soldaten) und allmählich bedeutungslos und abschaffungsreif. Ihre Prognosen taugen nichts, wie sich das in Afghanistan auf dramatische Weise gezeigt hat. Ein Kriegsfall in Europa scheint uns zwar nicht zu drohen (gäbe es ihn, dann wäre das Land mit den jungen Leuten von heute, zum Beispiel den Bewohnern unserer großstädtischen Kieze und unseren grün- und linksbewegten Studenten, die dieses Land meist sowieso nur hassen, nicht zu verteidigen und lediglich zur

kampflosen Unterwerfung fähig).

Aber unsere Nachbarn (die Polen und die Balten) könnten angegriffen werden. In diesem Fall würden hunderttausende Demonstranten vor dem Reichstagsgebäude dafür sorgen, dass Deutschland seinen NATO-Verpflichtungen nicht nachkommt und diese Länder genauso verrät, wie dies die Briten und die Franzosen im Zweiten Weltkrieg getan haben. Die Folge der militärischen Bedeutungslosigkeit Deutschlands und seiner Unfähigkeit, überhaupt eigene Interessen zu definieren und zu verfolgen, ist die außenpolitische Bedeutungslosigkeit und ein Anreiz für einen potentiellen Aggressor, diese Schwäche zu nutzen, solange sie existiert.

Aber ein Land – das zeigt die Vergangenheit – das sich danach sehnt, von der Landkarte zu verschwinden und sich von anderen Mächten dominieren zu lassen, dem tut die Geschichte gewöhnlich diesen Gefallen.

4. Die deutsche Energiepolitik scheitert und Deutschland wird als Wirtschaftsstandort dauerhaft beschädigt

Vor ihrer Regierungsübernahme und noch im Wahlkampf 2005 beschrieb Merkel den Gedanken eines gleichzeitigen Kohle- und Kernkraftausstieges als Absurdität. Genau diese Absurdität verwirklichte sie in ihrer zweiten, dritten und vierten Amtsperiode.

Aber die Vorstellung, dass sogenannte „erneuerbare Energien“ (schon dieser Begriff ist physikalisch unsinnig) als Stromemittenten die regelbaren Emittenten aus fossiler und Kern-Primärenergie ersetzen könnten, ist eine gigantische intellektuelle Fehlleistung. Sie wird in eine desaströse Preisexplosion und Verfügbarkeitsfalle führen, die wir – sofern wir uns einer Rückkehr zur Kernenergie verweigern – mit einem Wohlstandsverlust und einem Rückfall in der Rangliste der Wirtschaftsnationen bezahlen werden. Den wieder aufzuholen wird eine Generationenaufgabe sein.

5. Die Infrastrukturpolitik in Deutschland führt zu Stagnation und infrastrukturellem Zerfall

Keiner auf der Welt will glauben, dass in Deutschland der Bau einer Autobahn über 30 Jahre dauert. Dass ein Bahnhof ein halbes Menschenalter geplant und der Bau dann mit einem Volksentscheid erzwungen und mit Wasserwerfern durchgesetzt werden muss. Erst die 14-jährige Bauzeit des Berliner Flughafens und die Verschiebung der geplanten Eröffnung – nachdem schon die Einladungen gedruckt

waren – um 9 Jahre zeigten der ganzen Welt den Zustand Deutschlands, das unter einer Zusammenwirkung von überzogenen Standards, überbordenden Einspruchsrechten völlig Außenstehender und einer ans Groteske grenzenden administrativen Inkompetenz von einer respektierten Wirtschaftsmacht zu einer Spottfigur und zum Weltmeister in der Kunst der Selbstfesselung geworden ist.

Die Stagnation beim Neubau von Infrastruktur wird noch ergänzt durch einen ständig gefährlicher werdenden Stau im Bereich der Instandhaltung und Sanierung.

6. Die Zerstörung der Familie führt tiefer in die demografische Krise und die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft wird dauerhaft beeinträchtigt

Ich ziehe heute den Hut vor jedem jungen Paar, das es auf sich nimmt, eine herkömmliche Familie zu gründen. Das Gesellschaftsklima ist nachwuchsfreudig wie noch nie in der Geschichte dieses Landes. Der ausschließliche mediale Fokus liegt auf der Propagierung einer Sexualität, die Nachwuchs als lästig empfindet. Die Familie steht unter ständigem Generalverdacht, ein Nest der Kriminalität gegen Frauen und Kinder zu sein.

Um den Wunsch auf eigenen Nachwuchs nach Möglichkeit aus den Köpfen zu treiben, wird das Feindbild des biologischen Geschlechts installiert. Nach dem Willen der Grünen sollen Kinder sich – beraten von Psychologen – durch von der Krankenkasse bezahlte Geschlechtsumwandlungen verstümmeln lassen können, ohne dass die Eltern darauf Einfluss nehmen können.

Dies wird zu einer immer geringeren Anzahl von Kindern in unserer Gesellschaft führen – und gemeinsam mit dem folgenden Punkt zu einer langfristigen Beschädigung des Kerns unserer Leistungsfähigkeit. Länder, die das herkömmliche Familienmodell fördern, werden stigmatisiert und dämonisiert, wie z.B. Ungarn. Die eigene Bevölkerung wird mit neuen Gesslerhüten dressiert, die zu großen sind: Wie früher zu Staatsfeiertagen das Pionierhalstuch und das FDJ-Hemd zu tragen waren, gilt heute als Beweis, ein vollwertiger Bürger zu sein, die Gendersprache zu verwenden.

7. Die Bildungspolitik hindert die Menschen an der Entfaltung ihrer Fähigkeit und bedroht die mittelständische Wirtschaft

Mit den wenigen Kindern, die in Deutschland unter diesen Bedingungen überhaupt das Licht der Welt erblicken, gehen wir auch noch miserabel um. Die Bildungspolitik in Deutschland hat dazu geführt, dass unter den Schulabgängern eines Jahrganges jetzt fast oder teilweise schon über 50 % Abiturienten sind – während es früher unter 20 % waren.

Allerdings ist der Median des IQ in der Bevölkerung seit Jahrzehnten unverändert – wenn nicht leicht rückläufig. Das heißt: Die Abiturqualität sinkt. Die Studienberechtigung bedeutet nicht notwendig Studienbefähigung. Es müssen nun Studienfächer mit geringeren Anforderungen gefunden werden, um die Heerscharen von Studenten mit akademischen Perspektiven auszustatten, die über geringere Voraussetzungen verfügen als die Abiturienten vor 30 Jahren.

Diese Fächer – Genderforschung zum Beispiel – braucht kein Mensch. Zugleich werden diese Kinder und Ju-

gendlichen daran gehindert, Fähigkeiten, die sie durchaus hätten, zu entfalten und aus Ihrem Leben das optimal diesen Fähigkeiten Entsprechende zu machen. Das ist für die Betroffenen selbst nicht befriedigend.

Noch schlimmer ist es aber für die arbeitsteilige Gesellschaft: Die in diesen Disziplinen lebenslang für den Papierkorb Arbeitenden gehen der Wirtschaft als tüchtige Facharbeiter, Handwerker, Dienstleister und Pflegekräfte verloren; mit der Konsequenz, dass die Nachwuchsknappheit in diesen Bereichen zu Problemlagen führen wird, wie wir sie infolge des Versagens der Planwirtschaft aus der DDR kennen. Mit den bekannten Folgen für die DDR.

8. Die Forschungspolitik hat in Deutschland ihre Technologieoffenheit weitgehend aufgegeben

Erforscht wird, was die herrschende Ideologie verlangt. Wenn man auf eine von der Mehrheit der Wissenschaftler geteilten Hypothese gestützt, (die allerdings nur auf Prognoserechnungen beruht, welche die ohne Einwirkung von CO₂-Konzentrationsschwankungen entstandenen damaligen Klimaveränderungen nicht abbilden), eine derart tiefgreifende Zäsur wie die Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft in Gang setzen will, dann muss die Politik die Falsifikationsversuche der herrschenden Hypothesen besonders fördern. Schon weil jeder fehlschlagende Widerlegungsversuch die herrschende Hypothese festigt und eine einzige gelungene Widerlegung Anlass ist, einen falschen Weg frühzeitig zu verlassen.

Allerdings investiert die Forschung in Deutschland lieber in die 10.000ste Bestätigung der gängigen Klimahypothesen und bekämpft alle zu dieser Hypothese kritischen Forschungsansätze. Aber nicht nur das. Gleichzeitig verbietet die Politik in Deutschland faktisch die anwendungsorientierte Kernforschung. Und der Erfolg der Firma BioNTech beruht auf dem Mut der dortigen Forscher, die grüne Ächtung der roten Gentechnik zu ignorieren.

Die Selbstfesselung der deutschen Forschungspolitik wird jedoch mittelfristig zum Ausscheiden Deutschlands aus der Entwicklung von Schlüsseltechnologien führen – wie das im Bereich der Kernforschung schon geschehen ist und sich aufgrund ideologischer Einwirkungen noch in vielen anderen Sparten – der Chemie, der Physik, der Medizin und weiterer – fortsetzen wird.

9. Die Landwirtschaftspolitik lähmt die Bauern, demütigt und demoralisiert sie und bedroht damit die Ernährungsgrundlage des Landes

Ein immer komplizierter und unentwirrbarer werdendes Dickicht von bürokratischer Gängelung, angeblich ökologisch notwendige Zusatzleistungen bei gleichzeitiger Reduzierung ihrer technologischen Möglichkeiten – dass die Bauern sich das nicht mehr allzu lange bieten lassen werden, hat sich bei den großen Traktorendemos in Berlin oder Dresden gezeigt.

Hart arbeitende Bauern sind es auch leid, als die ökologischen Drecksäcke und Tierquälerei der Nation in die Ecke gestellt zu werden von denen, die sie ernähren.

10. Die Einwanderungspolitik und Asylpolitik werden miteinander vermischt, die Gesellschaft polarisiert

Vor ihrer Regierungsübernahme ging

Merkel davon aus, dass man den inneren Frieden in Deutschland nicht durch eine ungebremste Zuwanderung gefährden dürfe. Ich halte das Asylrecht in Deutschland für eine unserer humanitären, historischen und zivilisatorischen Kernverpflichtungen. Wer politisch verfolgt wird, muss auch weiter bei uns Schutz finden, solange ihm die Bedingungen in seinem Herkunftsland keine Rückkehr erlauben.

Allerdings ist es nicht zuletzt zum Schutz dieses Asylrechtes erforderlich, streng zwischen Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen einerseits und dem Anspruch auf Asyl andererseits zu unterscheiden. Über ersteres muss das Land, das Zuwanderung benötigt oder nicht benötigt, frei entscheiden können, ebenso wie der Hausherr entscheidet, ob er einen Klempner kommen lassen will, und nicht der Klempner.

Die gesamte Fehlleistung in der Zuwanderungspolitik besteht darin, dass keine Partei – auch nicht die unsere – mit der erforderlichen Deutlichkeit dieser Unterscheidung zwischen Zuwanderung und Asyl Nachdruck verschaffte, sondern gar noch einen Migrationspakt ratifizierte, der genau die Souveränität des Zuwanderungsziellandes über die Definition seiner Zuwanderungsbedingungen untergräbt.

11. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein Motor der Fluchtbewegungen

Die deutsche Entwicklungspolitik ist längst zu einem Industriezweig zur Existenzsicherung einer immer unübersehbarer werdenden Zahl von Entwicklungshilfeorganisationen geworden ist, über deren Operationen keinerlei Kontrolle existiert und die unkoordiniert aneinander vorbeioperieren. Abgesehen davon führt unsere Entwicklungszusammenarbeit dazu, dass die enormen Geldmittel sich, statt dem Aufholen von Entwicklungsnachteilen in den Empfängerländern zu dienen, entweder in den Budgets von Regierungen sammeln, die nicht selten die Entwicklungsnachteile ihrer Ländern verschuldet haben und fortschreiben oder aber angespart werden, um die stärksten und leistungsfähigsten der jungen Leute dieser Länder mit Reisegeld nach Europa auszustatten, so dass sie von den hier erhaltenen Einkünften ihre Familien im Herkunftsland unterstützen können.

Dieses Geschäftsmodell verstärkt jedoch die Ursachen von wirtschaftlich bedingten Fluchtbewegungen, weil es den Braindrain aus diesen Ländern forciert und den dortigen Gesellschaften die einzige Perspektive nimmt, die sie haben, nämlich die Arbeits- und Gestaltungskraft der Leistungsträger.

12. Die Überforderung der Solidarsysteme führt zu ihrer Zerstörung oder zur Zerstörung der öffentlichen Haushalte

Jedes Jahr erhöht sich in Deutschland prozentual die Anzahl der Anspruchsberechtigten aus den Solidarsystemen. Gleichzeitig verringert sich die Anzahl der Einzahler in dieselben. Allein der jährliche Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Rentenkasse hat die 100-Mrd.-Marke überschritten. Hinzu kommen Sozialausgaben infolge der Zuwanderung und neuerdings auch – um die real erhebungsbedürftigen Kosten für die EEG-Umlage zu verschleiern – Haushaltsmittel als Zuschüsse zu den Energiekosten.

Keiner dieser zwölf Punkte hat im Wahlkampf 2021 irgendeine wahr-

nehmbare, seiner Bedeutung angemessene Rolle gespielt. Stattdessen hatte man den Eindruck, dass alle Ministerien lediglich nur noch Unterabteilungen der Energiepolitik, der Frauenpolitik und des Kampfes gegen rechts sind. All dies ging einher mit einer immer infantiler werdenden Argumentationskultur, in der der von der Bundeskanzlerin selbst gelobte und geförderte Rechtsbruch – nämlich der Verstoß gegen die Schulpflicht durch Fridays For Future eine hervorgehobene Rolle spielte.

Liebe Freundinnen und Freunde, rechts neben uns existiert eine rechte Partei, die uns bei den Zweitstimmen in ganz Sachsen um Längen geschlagen hat. Diese Partei hat Positionen aufgesammelt, die einmal die unseren waren: ja zur Kernkraft, nein zu unbegrenzter Zuwanderung, ja zur Stabilitätspolitik.

Wir unterstellen ihr, die Demokratie abschaffen zu wollen. Ob das auf die Dauer die Wähler überzeugt, weiß ich nicht. Ich fürchte, immer mehr Leute werden uns einen Spiegel vorhalten, in dem man unser eigenes Verhältnis zur Demokratie sieht:

- eine Kanzlerin, die demokratische Landtagsentscheidungen mal kurz rückgängig machen lässt;
- ein Bundesverfassungsgericht, das ein demokratisches Landtagsvotum zu Rundfunkbeiträgen annulliert;
- eine Wahlleitung in Berlin, die Bürgern die Stimmabgabe verwehrt, Stimmen nicht wahlberechtigter Minderjähriger mitzählt und Endergebnisse schätzen lässt;
- einen Bundestag, der mal kurz die Geschäftsordnung ändern lässt, damit ihn nicht der falsche Alterspräsident eröffnet (als die Linkspartei, eine erwiesene antidemokratische Partei, die 28 Jahre lang 17 Millionen Menschen ihrer Freiheit beraubt und sie als Geiseln gehalten hat, den Alterspräsidenten – damals Stefan Heym – stellte, gab es dergleichen Bedenken nicht).

Und man sieht eine politische und journalistische Klasse, die mit einer im 21. Jahrhundert nicht mehr für möglich gehaltenen Aggressivität über das demokratische Polen und das demokratische Ungarn herfällt – einer Aggressivität, derer sie sich niemals befleißigt hat, als die Demokratie, die Gewaltenteilung und die Menschenrechte in diesen Ländern noch suspendiert und die Gefängnisse voll von politischen Gefangenen waren.

Damals machte man Shakehands mit den Diktatoren Gierk und Kadar. Kritik an ihnen war verpönt. Heute gewinnt man den Eindruck, ein neuer Einmarsch in Polen stünde bevor.

Mit meinem Verständnis von Demokratie und Gleichberechtigung sind diese Sachverhalte nicht vereinbar. Ich habe mich über die Jahre in jedem dieser Fälle nach Kräften gegen den Kurs gewehrt, den unsere Partei schließlich eingeschlagen hat, aber nicht genug und ohne Erfolg.

Für diesen Mangel an Engagement und diese Erfolglosigkeit bitte ich Sie alle um Entschuldigung. Ich wünsche meinem Nachfolger ein besseres Rückgrat, als ich es hatte.

Ich fürchte nur, die Erkenntnis wird uns nicht erspart werden, dass dieses Land weder eine zweite grüne noch eine zweite sozialdemokratische, noch eine zweite linke, noch eine zweite rechte Partei braucht; und dass die Mitte, die zu sein wir für uns reklamieren, erst dann die wirkliche Mitte ist, wenn sie den Radius null hat.

Arnold Vaatz

Warum sind die traumatisierten Juden nach der Schoah nicht Amok gelaufen?

Die in Deutschland und anderen westlichen Ländern beliebte Rechtfertigungs-Mär vom traumatisierten islamischen Gewalttäter und Mörder tut allen wirklich Traumatisierten erheblich Unrecht. Nach der falschen Legende, dass Gewaltopfer vermehrt zu Gewalttätern werden, müsste dies doch erst recht auf jüdische Überlebende des schrecklichen Holocaust zutreffen – das allerdings war nie der Fall.

Von Miriam-Therese Sofin

Vor fünf Monaten wurden drei Frauen von einem aus Somalia stammenden Asylbewerber in einem Würzburger Kaufhaus brutal getötet: Die 49-jährige Christiane Hartmann, die ihr Leben gab, um das ihrer Tochter Agnes zu schützen, die 82-jährige Johanna, die ebenfalls der 11-jährigen Agnes zur Hilfe eilte und die 24-jährige Steffi Wagner, die gerade ein Kleid für die Hochzeit ihrer besten Freundin kaufen wollte. Sie alle kannten ihren Mörder nicht und wurden von ihm offenbar deshalb als Opfer auserkoren, weil sie Frauen waren. Vermutlich ist es kein Zufall, dass unter den angegriffenen Mädchen und Frauen keine einzige Kopftuch-tragende Moslemin war, obwohl es diese im Stadtbild Würzburgs zu Genüge gibt.

Offenbar hatte der moslemische Täter es bewusst auf autochthone nicht-muslimische Europäerinnen abgesehen. Und obgleich mehrere Zeugen angaben, er habe während seines Mordanschlages mehrfach „Allahu Akbar“ gerufen und laut Polizeibericht danach ausdrücklich von „seinem Dschihad“ sprach, behauptete unmittelbar danach ein Großteil der deutschen Presselandschaft, sein Motiv sei „völlig unklar“ und leugnete ein islamisches Motiv. Außerdem berichteten mehrere Zeitungen damals, der 24-jährige Mann, der 2015 im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ nach Deutschland kam, sei durch „rassistische Hetzjagden“ in Chemnitz im Jahr 2018 „traumatisiert worden“. Mittlerweile wurde seine Schuldunfähigkeit gerichtlich bestätigt und sein Verbrechen offiziell als Tat eines „psychisch kranken Einzeltäters“ zu den Akten gelegt.

In Österreich sahen wir kurz darauf ein ähnlich verstörendes Bild: Nur einen Tag nach dem Attentat von Würzburg wurde dort die erst 13-jährige Leonie tot von Passanten in der Wiener Innenstadt aufgefunden. Heute weiß man, dass sie von drei Afghanen – vorgeblich 16, 18 und 22 Jahre alt – zuerst unter Drogen gesetzt, mehrfach in der Gruppe vergewaltigt und anschließend brutal erstickt worden ist. Auch hier waren die Täter allesamt Asylbewerber aus dem islamischen Kulturkreis.

Traumatisierte Gruppenvergewaltiger

Ein namenloser ORF-Journalist erdreistete sich damals allen Ernstes während einer Pressekonferenz Leonies Vergewaltiger und Mörder vor laufenden Kameras als „traumatisiert“ zu bezeichnen und fragte den österreichischen Innenminister Karl Nehammer, ob man sich denn „um die jungen Afghanen ausreichend gekümmert habe“.

Doch Nehammer reagierte vorbildlich auf die absurde Frage, und wies die dadurch implizierte Rechtfertigung für die Schändung und den bestialischen Mord an einem unschuldigen



1945 befreite Gefangene im KZ Auschwitz

Kind entschieden zurück. Auch der damalige Bundeskanzler Kurz sprach von einer „unfassbar barbarischen Tat, die ihn wütend mache“ und betonte, dass er eine (angebliche) Traumatisierung „Schutzsuchender“ als Grund für Verbrechen gegen Leib und Leben nicht gelten lasse.

Nur einmal zum Vergleich: Unser Bundesinnenminister Horst Seehofer bezeichnete das Blutbad von Würzburg öffentlich als ein „Zeichen gescheiterter Integration“, während sich unsere scheidende Bundeskanzlerin Angela

Flashbacks, Alpträume, Schlaflosigkeit, Depressionen und Angstzustände gehören, fühle ich mich persönlich angegriffen, wenn Vergewaltigern und Mördern reflexartig eine Traumatisierung zugeschrieben wird und ihre Taten damit begründet werden. Tatsächlich Traumatisierte und andere psychisch Erkrankte erleiden durch diese falsche und boshafte Berichterstattung nicht nur jedes Mal aufs Neue einen metaphorischen Faustschlag in die Magengrube, sondern werden auch einer gesellschaftlichen Stigma-

„Tatsächlich Traumatisierte und andere psychisch Erkrankte erleiden durch diese falsche und boshafte Berichterstattung jedes Mal aufs Neue einen metaphorischen Faustschlag in die Magengrube und eine gesellschaftliche Stigmatisierung.“

Merkel bis heute überhaupt noch nicht dazu geäußert hat. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ein solches Verhalten wäre – zu Recht – nach dem Attentat in Hanau letzten Jahres medial in der Luft zerrissen worden. Doch nach islamisch motivierten Anschlägen und Gewalttaten, verübt durch Zuwanderer, hüllen sich Politik und Medien gern in Schweigen und gespielte Ahnungslosigkeit. „Say their names“ gilt inoffiziell nur für die Opfer rechtsextremen Terrors. Das ist beschämend und unerträglich.

Als Frau, die selbst schon u.a. Opfer sexueller Gewalt geworden ist, und dadurch seit Jahren unter einer komplexen posttraumatischen Belastungsstörung leidet, zu deren Symptomen

tisierung ausgesetzt, die untragbar und noch dazu völlig unbegründet ist.

Ich habe mit messerschwingenden Männern, die sich durch eine Ideologie dazu berufen fühlen, Frauen und Kinder zu vergewaltigen und „Ungläubige“ auf offener Straße abzuschlachten, nicht das Geringste gemeinsam. Wir tatsächlich Traumatisierten sind stattdessen tagtäglich aufs Neue damit beschäftigt, irgendwie unseren Alltag zu bewältigen. Wir sind weder unzurechnungsfähig, noch mordlüstern. Wir sind keine Täter. Wir sind die Opfer eben jener Täter, die Unschuldige psychisch und physisch verletzen – auch im Namen ihrer Religion.

Hätte die kleine Leonie, deren Eltern ich an dieser Stelle mein aufrichtiges

Beileid aussprechen möchte, ihr Martyrium überlebt, so hätte sie im Laufe ihres Lebens mit beinahe 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) entwickelt, genauso wie ich. Auch die Überlebenden von spontanen Messerattacken, wie wir sie kürzlich erst wieder durch einen 27-jährigen syrischen „Flüchtling“ erleben mussten, der in einem ICE in Bayern wahllos auf mehrere Reisende einstach, haben häufig mit diesem schweren Krankheitsbild zu kämpfen. Ihnen allein gilt meine uneingeschränkte Solidarität. Sie gilt nicht erwachsenen Männern, die sich unter dem Deckmantel des Asylrechts in unsere Länder begeben haben, um hier „ihrem persönlichen Dschihad“ und sexuellen Perversionen zu frönen.

„Schuldunfähig“

Muss ich noch erwähnen, dass auch der ICE-Attentäter als „schuldunfähig“ gilt? Und das, obwohl mittlerweile IS-Propaganda-Material bei ihm sichergestellt werden konnte! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Würden traumatisierte Menschen tatsächlich vergewaltigend und mordend durch die Gegend ziehen, so wäre Israel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wo unzählige jüdische Holocaust-Überlebende, die zweifelsohne zutiefst traumatisiert waren, ihre neue und wohlverdiente Heimat fanden, ein einziges Schlachtfeld gewesen. Es gibt jedoch keine historischen Belege für die Hypothese, Gewalttaten würden vermehrt von durch Traumata geprägten Personen verübt.

Die naive und gefährliche Idee, der vor allem Linke anhängen, nennt sich übrigens „Magic Dirt“: Der Mensch als Festplatte, die jederzeit neu formatiert und mit beliebig vielen großartigen Ideen bespielt werden kann. Diese Vorstellung hat jedoch weder soziologisch, noch psychologisch Hand und Fuß. Sie ist schlicht gefährlicher Unsinn. Männer, die – auf der Suche nach einem besseren Leben – aus den homophobsten, misogynsten, antisemitischsten und anti-freiheitlichsten Ländern dieser Welt nach Westeuropa strömen, verwandeln sich nach Grenzübertritt nun einmal nicht in tolerante, liberale Demokraten. Der Kinderglaube – anders kann man das nicht nennen – die aufnehmende Gesellschaft müsse solche Leute nur fest genug knuddeln, ist an Naivität und Realitätsverlust nicht zu überbieten. Und er kostet Leben. Immer wieder.

Die Wahrheit ist, dass die Sozialisation der meisten Menschen im Alter von ca. 20 Jahren weitestgehend abgeschlossen ist. Dieser Realität wird sich Westeuropa eines Tages stellen müssen, wenn es sich nicht bis zur Unkenntlichkeit kulturell und sozial verändern möchte. Die unzähligen ermordeten Europäer sowie die zunehmenden Übergriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen sind hier nur die Spitze des Eisberges.

Erol Ünal: Der Abtrünnige

Der türkische Aussteiger Erol Ünal berichtet aus seinen 15 Jahren in Moscheegemeinden in Deutschland und welche Rolle dort der Antisemitismus spielt. Seine Einblicke in eine Welt von Fundamentalisten und türkischen Rechtsextremen sind nun als Buch erschienen.

Von Filip Gaspar

Erol Ünal hat es geschafft, sich von einem Hinterhofmoschee-Gänger zum Agnostiker zu wandeln. Der in Baden-Württemberg aufgewachsene Türke beschreibt in seinem Buch „Der Abtrünnige. 15 Jahre in Moscheegemeinden.“ wie es zu seinem Sinneswandel kam. Dem Leser wird nicht nur Einblick in eine, sondern gleich mehrere Parallelgesellschaften geboten, denn die Moscheegemeinden in Deutschland sind bunt und vielfältig. „Der Eintritt in die Parallelgesellschaft“ ist deswegen auch ein treffender Titel für das erste Kapitel des Buches, in dem der Initiationsritus der Beschneidung beschrieben wird, der ihn erst zu einem vollwertigen Mitglied der „türkisch-muslimischen Community“ macht, und in einer Esslinger Hinterhofmoschee der Milli Görüş durchgeführt wurde. Auf diese einleitende Anekdote folgen zehn Kapitel, in denen Ünal seinen religiösen Werde- und Abgang vom Islam nachzeichnet.

Doch er lässt nicht nur eigene Erfahrungen mit einfließen, sondern auch die Erlebnisse seines Bruders Ömer und die von Verwandten und Freunden, anhand derer die volle Bandbreite der unterschiedlichen Strömungen der türkisch-muslimischen Gemeinden in Deutschland aufgezeigt wird. Es wird deutlich, dass eine Moschee mitnichten bloß ein Ort zum Beten ist, sondern darüber hinaus Einkaufsmöglichkeiten, ein Friseur, etwas zum Essen angeboten wird. Eine selbsterrichtete Parallelgesellschaft, mitten in Deutschland, die alles „Notwendige eines Zusammenlebens“ zu bieten hat. Den Moscheeverbänden wird jeweils ein Kapitel gewidmet und die jeweilige Geschichte und politisch-religiöse Ideologie aufgezeigt. Unterschiedlich sind diese in Äußerlichkeiten, der Autor verwendet gar den Ausdruck „Uniformen“, um dies zu beschreiben. Damit meint er zum einen die Art der Kleidung, aber auch die Form der Bärte und der Begrüßungen. Ein Engagement in der Gemeinde kann auch förderlich für die eigene berufliche Karriere sein, oder umgekehrt, diese auch zerstören.

Die türkischen Nazis von den „Grauen Wölfen“

Das erste Kapitel zu den Moscheegemeinden widmet sich den nationalistischen „Grauen Wölfen“. Ünals Vater ist ein glühender Anhänger dieser türkischen Nazis. Er war es auch, der seinen siebenjährigen Sohn in einen Korankurs steckte, und den ersten Schritt zur „Indoktrinierung“ einleitete. Weil ihn der Kurs langweilte, fing er an diesen zu schwänzen und fand über einen Schulfreund zu einem anderen Korankurs, der in einer Gemeinde vom Islamverband Milli Görüş, der seit Jahren im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird, stattfand. Das darauffolgende Kapitel widmet sich eben jener Milli Görüş. Mit einer Abspaltung von Milli Görüş, der mittlerweile in Deutschland verbotenen Kaplan-Gemeinde, befasst sich ein kürzeres Kapitel. Hierzulan-



de ist einigen vielleicht noch Metin Kaplan, der Kalif von Köln, bekannt. Als nächstes werden die Sekten der „Süleymançilar“ und der „Menzil“ thematisiert. Ersterer führen „Jahrtausende alte Praktiken [...], die im Geheimen“ praktiziert und weitergegeben werden. Dazu zählt auch das sogenannte „Dhikr“, ein mystisches Element, das „bei Gott vereinfacht ausgedrückt ein gutes Wort für den Betenden“ einlegen, bedeutet.

Das Kapitel über „Menzil“ führt in eine Derwisch-Tekke (Türkisch: Orden). Der größte Ableger in Deutschland sitzt in Castrop-Rauxel. Ünal bekommt jedoch keine Erleuchtung, sondern ist durch nicht ausreichenden Platz im Gebetsraum auf seinen Allerwertesten konzentriert. Eine lustige Episode, in dem sonst eher trockenen geschriebenen Buch.

Danach wird es wieder ernster. Es geht um den mit ca. 900 Gemeinden in Deutschland vertretenen Moscheen-Dachverband DITIB, der seinen Sitz in Köln hat. Dieser ist direkt

dem türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten und damit der türkischen Regierung unterstellt. Von einem „Ort, der oft von liberalen Muslimen, Aleviten oder Muslimen, die keiner Gemeinde oder Sekte angehören, besucht wurde“ zeichnet Ünal dessen Weg zum Sprachrohr der konservativen bzw. der Islamisten nach. Man muss wissen, dass Kemal Atatürk, der laizistische Staatsgründer türkischen Republik, dieses Ministerium einst ins Leben rief, und es bis dato die Freitagspredigten der deutschen Ditib-Moscheen herausgibt.

Die „letzte Station in meinem (Ünals) Marathon“ handelt von der Gülen-Gemeinde. Diese ist nach ihrem in den USA lebenden Oberhaupt Fethullah Gülen benannt. Dessen politischer Ziehsohn war lange Recep Tayyip Erdoğan, bis es zu deren Bruch kam. Das Symbolbild für deren gescheiterte Beziehung ist der gescheiterte Putschversuch vom 15. Juli 2016. Die Gülen-Anhänger befürchteten, nachdem sie den Marsch durch

die Institutionen vollbracht und Erdogan zur Macht geholt hatten, ihre Macht einzubüßen und suchten Rettung in einem dilettantischen Putschversuch. Damit ist die These, hinter dem Putsch stünden die letzten Verteidiger des Laizismus, und keine konservativen Muslime, obsolet. Seitdem gelten Gülen und seine Anhänger als Staatsfeinde.

Das dubiose „House of One“

Ünal nahm jahrelang an Gesprächszirkeln in der Gülen-Gemeinde teil und ist mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass diese „eine Agenda vorantreibt, die weder etwas mit freiheitlichen noch demokratischen Werten gemein hat.“ Über Gülen meint er, dass dieser nicht der „in der westlichen Welt oft als liberale, friedliche muslimische Prediger“ sei. Für Ünal ist es mehr als befremdlich, dass die Bundesregierung das interreligiöse „House of One“ mit mehreren Millionen Euro fördere, obwohl die Gülen-Bewegung involviert sei. Bei dem „House of One“ handelt es sich um ein interreligiöses Projekt. Unter einem Dach sollen eine Kirche, Synagoge und eine Moschee Platz finden. Der Grundstein ist Ende Mai auf dem Petriplatz im Zentrum von Berlin gelegt worden.

Das eher unbekanntes Theaterstück von Erdoğan, das er zwischen 1975 und 1980, also während seiner Zeit als Jugendvorsitzender der MSP, der Vorgängerpartei der AKP, schrieb und den Titel „Mas-Kom-Yah“ trägt, wird erwähnt. Die Kürzel „Mas-Kom-Yah“ stehen für „Mason, Kümünist, Yahudi“ und bedeuten „Freimaurer, Kommunist und Jude“ und „strotzt nur so von antisemitischen, antikommunistischen und islamistischen Vorstellungen“.

Im letzten Teil geht es um die Partei des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, die AKP. Diese hat es geschafft, konservative Muslime und Nationalisten an einen Tisch zu bringen, um den türkischen Staat schrittweise von seinen laizistischen Grundpfeilern zu entfernen.

Günel beschreibt auch, wie er seine gelebte Identität, die auf dem Islam und dem türkischen Nationalismus basierte, verlor und schließlich den Absprung schaffte. Er vermeidet eine Pauschalisierung von Moscheebesuchern und weist auf die Gefahren einer Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen durch die Vermischung von islamistischer und nationalistischer Ideologie hin.

Erol Ünal: Der Abtrünnige. 15 Jahre in Moscheegemeinden. Meine Einblicke in eine Welt von Fundamentalisten und Rechtsextremen über Radikale bis zu Sufis. Angelika-Lenz-Verlag, Neu-Isenburg 2021, 256 Seiten, 19,90 Euro

In bester antisemitischer Gesellschaft

In Deutschland stempeln seit langer Zeit linke Journalisten vorsätzlich und zunehmend die Kritik an antisemitischen Entgleisungen islamischer Zuwanderer zu „antimuslimischem Rassismus“ und zu einer „Kampagne von rechts“.

Von Anabel Schunke

Wer in Deutschland einen Eindruck davon bekommen möchte, wie groß das Problem des Antisemitismus ist, sollte sich einmal – am besten während einer erneuten Eskalation des Konflikts zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas – öffentlich mit Israel solidarisieren. Für mich endete das Posten einer Israelflagge im Mai mit hunderten Nachrichten aufgebraucher Muslime, die mich entweder massiv beleidigten oder mir gleich mit Mord drohten. Zwei davon waren so konkret, dass ich sie zur Anzeige brachte.

Nun kann es dem Zufall geschuldet sein, dass sich unter die „Kritiker“ meiner Postings keine strammen Neonazis gemischt haben. Vielleicht lag das aber auch daran, dass der Antisemitismus heute vor allem dort salonfähig ist, wo er auf wenig gesellschaftlichen Gegenwind stößt. Insbesondere Muslime scheinen hier eine Art Sonderstellung einzunehmen, wie nicht zuletzt der Fall der Moderatorin Nemi El-Hassan belegt. Die Folgen des Wegschauens und der Relativierung für die jüdische Bevölkerung in Deutschland lassen sich mittlerweile täglich beobachten.

„Wir tun das Menschenmögliche, um unsere Bevölkerung zu schützen. Nie wieder dürfen Jüdinnen und Juden in unserem Land in Angst leben“, verlautbarte Innenminister Seehofer nach dem vereitelten Anschlag auf eine Synagoge in Hagen zum Jom-Kippur-Fest durch einen erst 16-jährigen Syrer. Bundesjustizministerin Lambrecht erklärte derweil in Berlin, es sei unerträglich, dass Jüdinnen und Juden erneut einer so schrecklichen Bedrohungslage ausgesetzt seien. Kurz darauf wurde in Hamburg ein 60-jähriger jüdischer Mann bei einer Mahnwache für Israel ins Krankenhaus geprügelt. Nach dem „südländischen“ Täter wird gefahndet.

Nicht der Hans und die Erika

Man muss nicht einmal auf den alljährlichen Al-Quds-Marsch schauen, um zu wissen, welcher Teil der Bevölkerung vor allem durch Judenhass und Israelfeindlichkeit auffällt. Es sind nicht Hans und Erika, die vor der Brandenburger Tor Israelflaggen angezündet haben und nicht Paul und Heike, die vor einer Gelsenkirchener Synagoge im Mai antisemitische Drohungen skandierten. Die Taten jetzt sind lediglich die nächste Stufe eines offenen Angriffs auf jüdisches Leben in Deutschland durch muslimische Zuwanderer verschiedener Generationen, dem keinerlei Einhalt geboten wird, weil man in diesem Land mehr Angst vor dem Vorwurf des angeblichen antimuslimischen Rassismus hat als davor, dass Juden wieder durch die Straßen gejagt werden.

Und genau deshalb findet sich exakt dieses Narrativ in der Solidaritätsbekundung für Nemi El-Hassan wieder. Indem die Kritik an El-Hassans antisemitischen Entgleisungen zum antimuslimischen Rassismus und einer „Kampagne von Rechts“ verklärt wird, versucht man den Spieß umzudrehen und den muslimisch geprägten Antisemitismus salonfähig zu ma-

chen. Schaut man sich die Unterzeichner genauer an, wird klar, dass dies nur ein weiterer Versuch ist, den Diskurs in Richtung „Israelkritik“ zu verschieben.

Wenig überraschend finden sich unter den Unterzeichnern der Bekundung für Nemi El-Hassan auch Personen, die immer wieder durch antisemitische Äußerungen aufgefallen sind. Etwa Malcolm Ohanwe, der erst in diesem Jahr die Raketenangriffe der Hamas damit rechtfertigte, dass sonst „niemand weiter über das ewig andauernde nie endende Leid der palästinensischen Menschen“ gesprochen hätte.

Der Mann, der erstmals als Kandidat bei „Deutschland sucht den Superstar“ im deutschen Fernsehen in Erscheinung trat und später als „Kulturjournalist“ beim Bayrischen Rundfunk anheuerte, bevor er für ARD und ZDF tätig wurde, spricht öffentlich auch gerne einmal von „Pseudo-Juden“ und unterstellt regelmäßig eine Unterrepräsentation pro-„palästinensischer“ Stimmen in der deutschen Öffentlichkeit.

Ein Who-is-Who der antisemitischen Szene

Zu den Unterzeichnern gehören selbstredend auch Stimmen wie Leila El-Amaire und Younes Al-Amiry, die den anti-israelischen Poetry Slam organisiert haben, an dem Nemi El-Hassan damals kurz nach dem Al-Quds-Marsch teilnahm. Ihr Poetry-Slam-Verein „iSlam“ unterstützt seit Jahren die Organisation „Islamic Relief“, die laut Bundesregierung Verbindungen zur islamistischen Muslimbruderschaft pflegt. „Islamic Relief“ soll auch die Hamas unterstützen.

Zu ihnen gesellen sich weitere Personen: Tilo Jung, Jakob Augstein und Nasir Ahmad von der Ahmadiyya-Gemeinde. Ein Who-is-Who der linken und islamischen Antisemitismus-Szene in Deutschland plus die übliche linke Bourgeoisie aus Film und Fernsehen.

Wie tief der antisemitische Morast der deutschen Medien-Politikszene tatsächlich ist, offenbart sich jedoch erst, wenn man sich die weiteren Namen auf der Unterzeichnerliste anschaut. Neben einigen jüdischen Stimmen, die nur erahnen lassen, wie selektiv auch innerhalb der jüdischen Gemeinde mit dem Thema Antisemitismus umgegangen wird, finden sich auch solche wie die von Thomas Krüger, des ehemaligen Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, sowie der ein oder andere namhafte Professor.

Die Frage, die sich daraus resultierend stellt, ist, ob diesen Protagonisten zum einen bewusst war, mit wem sie sich da ins Bett legen und zum anderen, ob sie auch nach den neuerlichen Enthüllungen der „Bild“ an ih-



Thomas Krüger und Jakob Augstein

rer Solidaritätsbekundung für Nemi El-Hassan festhalten. „Bild“ hatte nämlich kürzlich einen Artikel veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass El-Hassan noch im Sommer 2021 Parolen zur Auslöschung Israels, Boykottaufrufe und Gefängnisausbrüche von Terroristen mit einem Like versehen. Von „Jugendsünden“, die sie heute bereut, kann nun endgültig keine Rede mehr sein.

Erst als der Job auf der Kippe stand

Ich habe in meinem Leben oft mit Muslimen über Juden und Israel gesprochen. Nach meiner Erfahrung ist der Antisemitismus nirgendwo sonst so sehr Gemeinplatz wie in der islamischen Community. Er wird nicht nur toleriert und akzeptiert, er ist selbstverständliche Voraussetzung. Wann immer ich mit Muslimen über das Thema Israel sprach, herrschte nichts als blankes Entsetzen, wenn ich mich pro-israelisch äußerte. Dass man eine andere Einstellung zu diesem Thema als eine pro-„palästinensische“ haben könnte, lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft.

Die Sicherheit Israels mag deutsche Staatsräson sein, das bedeutet jedoch nicht, dass dies auch nur annähernd irgendeine Bedeutung für einen Großteil dieser Menschen hat, die einen immer größeren Anteil innerhalb der deutschen Gesellschaft ausmachen. Integration ist eben doch mehr als das Beherrschen einer Sprache und ein Job. Niemand verdeutlicht das mehr als die Ärztin Nemi El-Hassan, die sich erst von ihren antisemitischen Entgleisungen distanzierte, als es öffentlichen Gegenwind gab und ihr neuer Job beim WDR auf der Kippe stand. Wer das für glaubwürdig hält, versteht bis heute nicht, wie tief der Judenhass in der islamischen Kultur verankert ist.

Das eigentlich Entsetzliche an der ganzen Sache ist jedoch, dass es für die Initiatoren der Kampagne nicht einmal nötig war, Erklärungen zu fin-

den. Dass das Diskussionsniveau in Deutschland mittlerweile von solch geistiger Armut und grotesker Doppelmoral geprägt ist, dass es ausreicht, den Kritikern von El-Hassan Rassismus und „rechte Hetze“ zu unterstellen, um den Ball aus dem eigenen Spielfeld zu schaffen.

Die Ignoranz der Deutschen

Es ist jene Duldung und Relativierung von Islamismus und Antisemitismus, die einem bestimmten Milieu das Gefühl gibt, gegen jedwede Kritik immun zu sein und sich niemals selbst reflektieren zu müssen. Viele Muslime sehen sich genau aus diesem Grund grundsätzlich als Opfer und nie als Täter. Es ist diese Haltung und die Ignoranz der Deutschen, die dafür sorgen, dass die Situation für Juden in Deutschland zunehmend bedrohlicher wird. Da helfen auch keine noch so frommen Worte aus der Politik.

Der Psychologe und Integrationsexperte Ahmad Mansour warnt daher zu Recht vor französischen Verhältnissen. Seit Jahren wandern zehntausende Juden aufgrund der massiven Bedrohung ihrer Sicherheit durch muslimische Zuwanderer aus Frankreich aus. Er ist der Meinung, dass die nächste Regierung die letzte sein könnte, die imstande wäre, diese Zustände auch bei uns mit demokratischen Mitteln aufzulösen.

Umso bedauerlicher ist es da, dass das Thema Zuwanderung nur dann eine Rolle im Wahlkampf spielte, als es darum ging, wer die meisten Afghanen nach Deutschland holen will. Die Themen innere Sicherheit und Antisemitismus tauchten indes gar nicht auf. Es ist in der Tat seltsam, schreibt der Publizist Alexander Kissler auf Twitter, „dass es bei manchen Themen immer fünf vor zwölf ist und bei anderen nie“.

Wer sich die lange Liste der Unterstützer für Nemi El-Hassan anschaut, braucht sich darüber nicht zu wundern.

Chanukka: Das Beispiel der Makkabäer

Im Zuge des Chanukka-Festes sollten wir uns vor allem an diejenigen erinnern, die für den jüdischen Tempel gekämpft haben und mit dem gefundenen Öl unseren Weg erleuchtet haben. Gerade für die Juden in der Diaspora ist der Mut der Makkabäer bewundernswert!

Von Gary Schiff

Obwohl Juden über diesen und andere Feiertage gerne Witze machen wie: „Sie haben versucht uns zu töten, wir haben gewonnen, lasst uns essen“, ist die wahre Chanukka-Geschichte eine Geschichte von unglaublicher Tapferkeit, Engagement, Entschlossenheit und göttlicher Führung, um das Land von der Präsenz der mächtigsten Armee der Welt zu befreien. Der Nachhall all dessen ist auch heute noch präsent.

Der Krieg der Makkabäer dauerte 25 Jahre; er war kein Disney-Film. Juden kämpften tapfer, und viele wurden getötet.

Dies ist der Hintergrund: Nach der Zerstörung des ursprünglichen Tempels war dies der zweite Versuch, einen unabhängigen jüdischen Staat im Land Israel zu gründen. Im Jahr 198 v. Chr. besiegten die syrischen Griechen die ägyptischen Griechen (beides Zerfalls-Produkte des Reiches Alexanders des Großen) und entrissen ihnen die Kontrolle über das Heilige Land.

Für die Juden in Israel war alles in Ordnung, bis 167 v. Chr. der syrisch-griechische König Antiochus IV. Epiphanes an die Macht kam und beschloss, dass die Juden keine andere Wahl haben würden, als die griechische Lebensweise anzunehmen.

Er verbot die Beschneidung, das Thorastudium, die Einhaltung der Speisevorschriften und des Schabbats. Ein Götzenbild – die Nachbildung eines nackten Dionysos, des griechischen Gottes des Weinbaus und der religiösen Ekstase – wurde im Tempel aufgestellt, damit die Juden es anbeten sollten.

Frauen wurden in der griechischen Gesellschaft wie Eigentum behandelt. Griechische Väter hofften, dass ihre Söhne keine der Elitehochschulen besuchen, sondern wollten, dass ihre Jungen von einem älteren Onkel adoptiert werden und eine körperliche Beziehung zu ihm haben.

Erschwerend kam hinzu, dass viele Juden die Griechen aktiv bei ihren Bemühungen unterstützten, alle Spuren des Judentums zu beseitigen und einen griechischen Lebensstil zu führen. Dem Judentum drohte die Auslöschung.

Vor diesem Hintergrund begann Mattathias (Matityahu) den Makkabäer-Aufstand. In den ersten sechs Jahren des Krieges kam es zu acht großen Schlachten. Juda der Makkabäer führte seine Guerillakrieger gegen die Griechen an, als diese von Lod nach Jerusalem zogen.

Die Autobahn 443, eine der beiden heutigen Hauptverbindungen zwischen Tel Aviv und Jerusalem, ist eigentlich der berühmte Aufstieg von Beit Horon, wo Juda und seine Männer die griechischen Truppen erfolgreich in einen Hinterhalt lockten und zum Rückzug an die Küste zwangen.

Ein Jahr später, im Jahr 165 v. Chr., fand eine Schlacht statt, die noch heute an den Kriegsschulen studiert wird. Während der Schlacht von Emmaus verließen die Griechen ihr Lager in Emmaus (in der Nähe von Latrun), um die Juden in Mitzpe (nordwestlich von Jerusalem) anzugreifen, und zwar auf



Kinder beim Entzünden der Chanukka-Kerzen in Jerusalem

demselben Weg, dem Aufstieg zum Beit Horon, der heutigen Autobahn 443.

Vorräte des Feindes zerstört

Der damalige jüdische „Mossad“ bekam Wind von dem geplanten Überfall. Die makkabäischen Truppen verließen heimlich Mitzpe und nahmen eine al-

terner Route (die heutige Autobahn 1), die hinunter zum griechischen Heerlager in Emmaus führte. Die Makkabäer zerstörten das Lager und alle seine Vorräte vollständig.

Um einen 25 Jahre währenden Krieg zu gewinnen, sind Engagement und Entschlossenheit erforderlich. Erst 142 v. Chr. wurde das letzte Überbleibsel der griechischen Präsenz in Israel – die Festung Acra in Jerusalem – beseitigt. Die Überreste können auf dem Parkplatz der Davidstadt besichtigt werden. (Von diesen Schlachten und der anschließenden Herrschaft der Hasmonäer-Könige gibt es noch zahlreiche Zeugnisse: 65 Kilometer überdachte Aquädukte, die Jerusalem 2.000 Jahre lang bis in die Neuzeit mit Wasser versorgten; Schutzmauern in der Altstadt; Überreste einer Mikwe [rituelles Bad] und einer Synagoge in ihrer Heimatstadt Modi'in; zerstörte griechische Lager; Festungen, Münzen und mehr).

Der Sieg der Makkabäer über Griechenland, die größte Militärmacht der damaligen Zeit, war ein Wunder. Vielleicht noch wundersamer war der dritte große erfolgreiche Versuch, einen unabhängigen jüdischen Staat wieder zu errichten.

Die heutigen griechischen Nationen waren zunächst das Osmanische Reich und dann das Britische Reich, über dem

die „Sonne nie unterging“, d. h. bis die Briten Israel verließen.

Kürzlich wurden wir Zeuge der Ermordung von Eliyahu David Kay. Er war als Teenager allein nach Israel eingewandert, diente mit Auszeichnung in einer angesehenen Fallschirmjägerinheit, studierte in einer Jeschiwa, arbeitete als Reiseleiter in der Altstadt und war verlobt. Ein frischgebackener Fallschirmjäger der Israelischen Verteidigungstreitkräfte, der an seiner dichtgedrängten Beerdigung teilnahm, sagte, man könne die Stimmung mit einem Wort zusammenfassen: „Entschlossenheit“.

Mit anderen Worten: Wenn Sie glauben, dass Terroristen oder ihre Sympathisanten auch nur einen Hauch von Einfluss auf unseren Willen haben werden, dann irren Sie sich gewaltig. Das stärkt nur unsere Entschlossenheit. Wir sind die Makkabäer. Mit Gottes Hilfe haben wir die größten Reiche der Welt besiegt. Es kommen noch mehr von uns, und wir bauen unsere Familien und unsere jüdische Zukunft genau hier im Land Israel auf.

Wenn wir in diesem Jahr die Freude von Chanukka feiern, müssen wir mehr als nur eine oberflächliche Anstrengung unternehmen. Erinnern wir uns an diejenigen, die gekämpft und das Öl gefunden haben, um unseren Weg zu erleuchten.

Danken Sie Gott für das Wunder Israels damals und heute. Verpflichten Sie sich, die Mission der Makkabäer von heute zu unterstützen. Unterstützen Sie unser Volk und helfen Sie beim Aufbau des Staates Israel.

Gary Schiff ist ein lizenziertes Reiseleiter und Berater für Naturressourcen. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.



„Der Triumph des Judas Maccabäus“ von Rubens

65 Jahre Suez-Krieg – der vergessene Konflikt

Israel, der neugegründete Staat der Juden, war gerade acht Jahre jung, da musste er 1956 am Suezkanal an der Seite der damaligen Noch-Supermächte Frankreich und England gegen Ägypten an einer der wichtigsten Wasserstraßen für die internationale Offenhaltung des Welthandels kämpfen.



Von Godel Rosenberg

4. Dezember 1956: Israelische Truppen passieren zerstörte ägyptische Fahrzeuge auf ihrem Rückweg nach Israel.

1956 beschloss Ägypten Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser den Kanal zu nationalisieren, was nichts anderes bedeutet als die Wasserstraße zu besetzen und die jährlichen Millionen-Gebühren zu kassieren. London und Paris, bis dahin die offiziellen Besitzer des Kanals, waren „not amused“. Für Israel bedeutete die ägyptische Kontrolle des Kanals, der südlich im Roten Meer beginnt, höchste Gefahr für den wirtschaftlich lebenswichtigen Hafen von Eilat. England, Frankreich und Israel bildeten eine militärische Liaison gegen Ägypten mit unterschiedlichen Motivationen und Kriegszielen. Israelische Truppen waren die ersten am Kanal und kämpften die ersten beiden Tage im Oktober 1956 allein gegen Nassers Truppen, da sich die Ankunft der Forces Armées Françaises verzögerte.

Nassers aggressiver Akt war weitreichend. Die Finanzierung des geplanten Assuan-Staudamms am Nil, lebenswichtig für Ägyptens Landwirtschaft, war zusammengebrochen. Die USA hielten sich nicht an ihre Zusagen, für den Staudamm Dollars zu schicken. Es drohte eine Pleite, die Nasser politisch-militärisch nutzen wollte, um England und Frankreich als Kolonialmächte loszuwerden und gleichzeitig Israel wirtschaftlich zu ruinieren. Drei Monate später mussten sich die Dreier-Liaison endgültig

zurückziehen, denn der Krieg drohte außer Kontrolle zu geraten. Washington war zutiefst verärgert, weil London ohne seinen engsten Partner zu informieren am Suezkanal militärisch eingriff. Die USA drohte mit wirtschaftlichen Sanktionen und Truppen zu entsenden. Das brachte Moskau auf den Plan: Nikita Chruschtschow, Moskaus damaliger starker Mann, der Ägypten mit Waffen versorgte, drohte mit der A-Bombe, sollte US-Präsident Eisenhower seine Ankündigung wahrnehmen.

Der Westen hatte sich kräftig blamiert, Ägypten kassiert seither die Kanalgebühren, konnte ab 1960 den Assuan-Damm bauen und Nasser wurde zum arabischen Nationalhelden.

Damit wurden auch die politischen Voraussetzungen für den Sechstage-Krieg zehn Jahre später geschaffen. Nasser glaubte den Suez-Erfolg gemeinsam mit Syrien und anderen arabischen Staaten wiederholen zu können. Er hatte sich kräftig verrechnet. Israel nutze die Lehren aus dem Suez-Krieg: wir können uns nur auf uns selbst verlassen. In sechs Tagen eroberte die Israel Defence Forces die ägyptische Sinai-Halbinsel, den Großteil von Syriens Golanhöhen sowie Judäa und Samaria, besser bekannt als Westjordanland inklusive des Ostteils Jerusalems, die seither wiedervereinigte Hauptstadt.

Schon die Pharaonen planten den Kanal

Eigentlich begann Mitte des 19. Jahrhunderts alles ganz friedlich. Die Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Mittelmeer planten schon die Pharaonen 1850 v.d.Z., also vor fast 4000 Jahren. Der Überlieferung zufolge soll Cleopatra auf den ersten Metern des Kanals geschippert sein. Aber aus einem Durchbruch zum Mittelmeer wurde nichts. 1798 schickte Napoleon Bonaparte ein Erkundungstrupp in die Region, die mit einem Rechenfehler nach Hause kamen: der Plan sei undurchführbar, berichteten sie dem Feldherrn in Paris, da das Rote Meer 10 Meter höher liege als das Mittelmeer. Aus der Traum – vorläufig.

Ein halbes Jahrhundert später grub der französische Diplomat Ferdinand de Lesseps die alte Idee wieder aus, entwickelte ein Geschäftsmodell mit Ägypten und begann zu bauen. Für eine zügige Beendigung bedurfte noch einer technischen Innovation, die wegen des CO₂-Ausstoßes heute vermutlich nicht mehr durchsetzbar wäre: eine Kohle-betriebene Dampfschaukel, mit der Dreiviertel der Millionen-Kubikmeter Sand aus dem Roten Meer gebaggert wurden. England war zuerst strikt gegen den Kanal, kaufte dann aber 1875 44 Prozent der Kanal-Anteile von der Regierung in Kairo, die dringend Bares benötigte.

Freiheitsstatue

Und was hat der 1869 fertiggestellte Suezkanal mit der Freiheitsstatue im Hafen von New York zu tun? Der französische Bildhauer Frédéric-Auguste Bartholdi wollte sich – inspiriert durch den Koloss von Rhodos – am Eingang des Kanals mit einer 30-Meter hohen Statue verewigen. Einen Namen hatte er bereits für seine weibliche Figur in ägyptische Bauernkleider gehüllt: „Ägypten bringt Licht nach Asien“. Aus dem Kunstwerk am Kanaleingang wurde vorerst nichts. Frankreich beauftragte ihn Jahre später mit einer ähnlichen Frauen-Skulptur mit einer steinernen Fackel in der rechten Hand, die seit 1886 in der Hafeneinfahrt New Yorks steht: der Statue of Liberty.

Dieses Symbol des Friedens brauchte zwei weitere Kriege 1967 und 1973 bis der Suez-Kanal auch zum Zusammenleben zwischen Israel und Ägypten beitragen konnte. Isaac Herzog, der am Dienstag ein Kranz zum Gedenken an die gefallenen Soldaten im Suez-Krieg niederlegte, fand die richtige Worte: „Die damals feindlichen Soldaten Ägyptens beteten nicht für die Beziehungen, die wir heute haben. Aber ihr Mut und ihre Zielsetzung legten den Grundstein für den lange erwarteten Frieden, der schließlich kam.“

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Israel: Im Wilden Süden

Schüsse im Krankenhaus von Be'er Scheva stellen einen neuen Höhepunkt arabischer Bandenkriminalität in der Negev-Wüste dar. Die beduinischen Täter stehlen ihre Waffen nicht selten bei Einbrüchen in Kasernen von der israelischen Armee. Die Regierung sieht sich gezwungen diesem gefährlichen Treiben entschieden gegenzusteuern.

Von Chaim Noll

Arabische Banden-Kriminalität hat auch in Israel neue Höhepunkte erreicht. Nach langer Vernachlässigung des Problems beginnt sich die neue Regierung von Naftali Bennett nun aber ernsthaft darum zu kümmern. Lange hat der israelische Staat den auf seinem Gebiet ansässigen oder nomadisierenden arabischen Stämmen so weit wie möglich ihre Autonomie belassen, beispielsweise ihre eigene Scharia-Gerichtsbarkeit in zivilrechtlichen Angelegenheiten wie Erb-, Familien- und Eherecht. Man hat sie damit auch sich selbst überlassen, ihren Problemen und anachronistischen Strukturen. Inzwischen kollidiert die starre, patriarchalische Ordnung innerhalb der Stämme mit den Intentionen vieler junger Araber, sich nach den Parametern der extrem beweglichen israelischen Mehrheitsgesellschaft zu orientieren. Daraus entstehen neue Konflikte.

Eingegriffen wurde bisher nur in strafrechtlichen Fällen, etwa bei Rauschgift-Delikten, Raub oder Gewalt gegen Menschen wie „Ehrenmorden“. Diese Delikte haben jedoch in den letzten Jahren derart zugenommen, dass eine Revision der bisherigen Politik notwendig geworden ist.

Vor allem im Süden Israels, in der Negev-Wüste, wo bis heute zahlreiche wandernde Beduinestämme unterwegs sind, nehmen die traditionellen Fehden zwischen den einzelnen Clans erschreckende Ausmaße an. Hinzu kommen blutige Auseinandersetzungen innerhalb der Familien, etwa Gewalt gegenüber Frauen. Die Negev-Wüste ist Israels Landreserve, ein dünn besiedeltes Areal von 13.000 Quadratkilometern, das zwei Drittel des israelischen Staatsgebietes ausmacht und von weniger als fünfzehn Prozent der israelischen Bevölkerung bewohnt wird.

Neue Beduinen-Städte

Erbitterte Stammeskriege sind das traditionelle Problem der hier lebenden arabischen Minderheit, einer überwiegend nomadischen Wüstenpopulation, die seit Jahrhunderten um Wasser- und Weidestellen, um Familienehre und Blutrache ihre schwer zu beruhigenden Kämpfe ausficht.

Der israelische Staat hat erfolgreich begonnen, die größeren Stämme an festen Orten anzusiedeln, so entstanden florierende Beduinen-Städte und -siedlungen wie Chura, Rahat, Lakyia oder Tel Sheva, in denen es Gymnasien, Einkaufszentren, Sportanlagen und Polikliniken gibt. Es ist gelungen, zehntausende junge Beduinen durch Schulpflicht, Berufsausbildung, College- und Universitätsabschlüsse in die israelische Gesellschaft zu integrieren. Nicht wenige von ihnen, auch Frauen, arbeiten heute als Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Ingenieure,



Beduinin zwischen 1898 und 1914 in Jerusalem

High-Tech-Spezialisten oder in der boomenden israelischen Bauwirtschaft. Für Mädchen wurden spezielle Colleges eingerichtet, um ihnen eine ungestörte Berufsausbildung zu ermöglichen. Stark im Anwachsen ist auch die Zahl der jungen Beduinen, die sich freiwillig zum Wehrdienst in der israelischen Armee melden oder, falls ein so weitgehendes Engagement für den Staat auf den Widerstand ihrer Stammesältesten stößt, zu Ersatzdiensten in Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen etc.

Dennoch bleibt ein Teil dieser schwer zu überblickenden Bevölkerungsgruppe alten Gewohnheiten treu, zu denen seit Jahrhunderten alle Arten von Schmuggel, Menschenhandel und organisierten Raubzügen gehören. Auch in der Gebietshauptstadt der Negev-Wüste, Be'er Scheva, einer durch rasantes Wachstum gezeichneten, aus dem Wüstensand wachsenden Hightech-Metropole, deren Bevölkerung sich innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte verdreifacht hat (von rund 70.000 auf etwa 220.000 Einwohner), brechen in letzter Zeit immer wieder Schießereien und Bandenkämpfe aus, die eine Politik des Wegschauens durch Polizei

und municipale Behörden in Zukunft unmöglich machen.

So kam es in der Nacht vom 14. zum 15. November zwischen Angehörigen der Großfamilien Talalka und Alexasi zu einem gewalttätigen Zusammenstoß ausgerechnet auf dem Gelände der Universitätsklinik, dem Soroka Medical Center, unweit vom Gebäude der Stadtverwaltung. Schüsse aus automatischen Waffen waren zu hören, mehrere Menschen wurden durch Messerstiche und Steinwürfe verletzt und in die Notaufnahme des Krankenhauses eingeliefert. Die israelische Polizei brauchte eine Stunde, um die Lage zu beruhigen, die toben Menge zu zerstreuen und 19 Personen wegen Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes zu verhaften.

Der Vize-Bürgermeister von Be'er Scheva, Shimon Tuval, erklärte am Morgen darauf der Tageszeitung „Jerusalem Post“ (15.11.2021): „Was sich hier abspielt, ist Wahnsinn. Wir sind im Begriff, Be'er Scheva zu verlieren, und werden, wenn es so weitergeht, das ganze Land verlieren. Schüsse im Krankenhaus – das ist eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf.“ Deutlicher an die Adresse der politischen Klasse in Jerusalem

wurde Pini Badash, langjähriger Bürgermeister von Omer, einem wohlhabenden Villen-Vorort von Be'er Scheva, der seit Jahren unter beduinischen Raub- und Diebstahlsdelikten zu leiden hat: „Schüsse im Krankenhaus – das muss der Höhepunkt gewesen sein. Wir leiden unter einem Mangel an staatlicher Präsenz und Regierung im Negev. Darüber müssen wir schnellstens hinwegkommen.“

Beduinen brechen in israelische Kasernen der Negev-Wüste ein, um Waffen zu stehlen

Die Waffenbestände der Banden stammen überwiegend aus Einbrüchen in den zahlreichen über die Negev-Wüste verstreuten Armee-Basen. Seit Jahren ist es offenes Geheimnis, dass junge Beduinen immer wieder Wege finden, in militärische Objekte einzudringen und Pistolen, Maschinengewehre und Munition zu stehlen. Die israelische Armee hat daher am 15.11.2021 ihre „Regeln für den Waffengebrauch“ (rules of engagement) geändert. Von nun an ist es den Soldaten erlaubt, mit scharfer Munition auf vermutliche Diebe und Schmuggler zu schießen, nicht mehr nur, wie bisher, in Fällen von Notwehr oder Verteidigung von Menschenleben.

Unter den neuen Regulierungen, berichtete die Zeitung „Times of Israel“ am 15.11.2021, sollen die Truppen in Fällen von Waffendiebstahl gezielt und „tödlich“ schießen („use deadly fire“), auch bei versuchtem Eindringen in Armee-Basen, Stützpunkte, Schießstände und Waffenschmuggel an der Grenze zum ägyptischen Sinai. Auf

diese Weise hofft die Militärführung einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der gefährlich anwachsenden Banden-Kriminalität zu leisten. Glücklicherweise ist niemand angesichts dieser Maßnahme, die das Potenzial zu weiterem Blutvergießen enthält, andererseits kann die zunehmende Bewaffnung der Clan-Kriminellen nicht untätig hingelassen werden. Die arabische Bevölkerung in Israel (insgesamt etwa 1,2 Millionen Menschen) weist bereits jetzt eine ungewöhnlich hohe Todesrate durch Gewalttaten auf, überwiegend durch Kämpfe rivalisierender Familien und organisiertes Verbrechen.

Zugleich sichert ein neues Förderprogramm der Regierung den integrationswilligen arabischen Gemeinden stärkere finanzielle Unterstützung zu, vor allem den stärkeren Ausbau der Infrastruktur wie Straßen, Buslinien, Elektrizitätsnetz und Anschluss ans staatliche Wasserversorgungssystem mekrot. Mit dieser Kombination von rigider Kriminalitätsbekämpfung und gleichzeitiger Ermutigung zur Bildung moderner Strukturen hofft die Regierung, eine nachhaltige Integration der arabischen Minderheit in die israelische Gesellschaft zu sichern.

Biden bedroht die Einheit Jerusalems

Kaum im Amt versucht US-Präsident Biden die vernünftige pro-israelische Politik seines Vorgängers Trump zu unterminieren und konsularisch die Spaltung Jerusalems zu provozieren. Ministerpräsident Bennett betont den Widerstand seiner Regierung gegen die anti-israelische Wiedereröffnung eines US-Konsulats in Jerusalem und das spalterische Treiben der Biden-Regierung. Lapid schlägt stattdessen richtigerweise vor, dieses Konsulat nach Ramallah zu verlegen. Obwohl immer mehr arabische Staaten längst nicht mehr die ungerechtfertigten Ansprüche der „Palästinenser“ unterstützen, stellt sich die „Palästinensische Autonomiebehörde“, die nach der Amtsübernahme Bidens wieder Morgenluft für ihre Vereinnahmungspläne für Jerusalem wittert, vehement dagegen.



(Israelnetz) Premierminister Naftali Bennett (Jamina) hat bekräftigt, dass Israel ein US-Konsulat für „palästinensische“ Belange in Jerusalem ablehnt. Am Samstagabend trat er mit Außenminister Jair Lapid (Blau-Weiß) und Finanzminister Avigdor Lieberman (Israel Beiteinu) vor die Presse. Anlass war die Verabschiedung des Staatshaushaltes für 2021 und 2022.

Auf der Pressekonferenz demonstrierten die drei Politiker Einheit. Lieberman betonte, er habe noch nie in einer Regierung gearbeitet, die sich

Naftali Bennett, Jair Lapid und Avigdor Lieberman demonstrieren Einigkeit.

so einig gewesen sei. Bennett bekannte sich zur für August 2023 geplanten Rotation mit Lapid.

Auf die Frage, wie er zur geplanten Wiedereröffnung des Konsulates stehe, antwortete der Regierungschef: „Es gibt keinen Platz für ein weiteres amerikanisches Konsulat in Jerusalem. Jerusalem ist die Hauptstadt eines einzigen Staates, und das ist der Staat Israel.“ Das hätten er und Lapid gegenüber der US-Regierung kom-

muniziert. Der Außenminister pflichtete ihm bei: „Wenn die Amerikaner ein Konsulat in Ramallah eröffnen wollen, haben wir kein Problem damit.“ Dies lehnen die „Palästinenser“ ab, weil es ihre Ansprüche auf Jerusalem untergraben würde.

Lapid ergänzte: „Das ist keine Frage der Politik. Es ist eine grundsätzliche israelische Ablehnung der Eröffnung eines Konsulates in Jerusalem. Es gibt dort eine amerikanische Botschaft.“

hieß es laut der Onlinezeitung „Times of Israel“.

Das Konsulat wurde 2019 vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump geschlossen. Das Personal wechselte zur Botschaft, die im Jahr zuvor von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt worden war.

Konsulat eröffnen – aber nicht ohne israelische Zustimmung

Trumps Nachfolger Joe Biden hat versprochen, das Konsulat wieder zu eröffnen. US-Außenminister Antony Blinken bestätigte dies Mitte Oktober bei einer Pressekonferenz mit Lapid in Washington: „Wie ich im Mai sagte, werden wir den Prozess zur Eröffnung des Konsulates als Teil der Vertiefung der Beziehungen zu den Palästinensern vorantreiben.“ Ein Datum wurde nicht genannt.

Ende Oktober erklärte der stellvertretende US-Außenminister Brian McKeon vor Senatoren, es werde keine Wiedereröffnung ohne israelische Zustimmung geben. Er sprach im Komitee für Außenbeziehungen. Der republikanische Senator Bill Hagerty aus Tennessee fragte, ob die israelische Regierung zustimmen müsste. McKeon antwortete: „Das ist mein Verständnis – dass wir die Zustimmung der Gastgeberregierung benötigen, um eine diplomatische Vertretung zu eröffnen.“

Kritik von der PA

Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) kritisierte am Sonntag die israelische Regierung wegen der Äußerungen. Das PA-Außenministerium bezeichnete die Wiedereröffnung als Teil der Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft, die Besetzung von Gebieten zu beenden, die die „Palästinenser“ für ihren zukünftigen Staat beanspruchen. „Ostjerusalem ist ein untrennbarer Teil des besetzten palästinensischen Gebietes und die Hauptstadt des Staates Palästina. Israel als Besatzungsmacht hat nicht das Recht, ein Veto gegen die Entscheidung der US-Regierung einzulegen“,

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Trotz Lobhudelei durch Steinmeier und Maas: Der Iran plant auch weiterhin Anschläge gegen israelische Bürger – wie dieses Mal in Afrika

Der Mossad vereitelt iranische Anschläge gegen Israelis im ostafrikanischen Tansania – afrikanische Sicherheitskräfte verhaften fünf von den iranischen Revolutionsgarden rekrutierte Terror-Verdächtige.



Blick über Tansanias größte Stadt Daressalam

(JNS) Der israelische Geheimdienst Mossad hat eine Reihe geplanter iranischer Anschläge auf Israelis in Afrika vereitelt, berichteten israelische Medien am Sonntag. Nach dem Erhalt „detaillierter Informationen“ von „westlichen Geheimdienstquellen“ nahmen die Sicherheitskräfte von Tansania, Ghana und Senegal fünf Verdächtige fest, wie Channel 12 News berichtet.

Die fünf Personen mit afrikanischen

Pässen waren von der iranischen Quds Force, der für Auslandseinsätze zuständigen Abteilung des Korps der Islamischen Revolutionsgarden, rekrutiert und in den Libanon geschickt worden, um dort eine spezielle Ausbildung für die Mission zu erhalten.

Vom Libanon aus kehrten die Verdächtigen nach Afrika zurück, wobei

zur Tarnung die Teilnahme an religiösen Studien nutzten, zugleich aber das Ziel verfolgten, potenzielle Ziele zu identifizieren.

Die vorrangigen Ziele waren laut Channel 12 israelische Touristen in Tansania und Geschäftsleute in Ghana und Senegal. Teheran hat die Anschuldigungen erwartungsgemäß zurückgewiesen und

sie als „unbegründet und bloß von den bösartigen Medien des zionistischen Regimes verbreitet“ bezeichnet, so der Bericht.

(Der Artikel „Report: Mossad thwarts Iranian attacks against Israelis in Africa“ ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Organspenden: Israel und Tschechien schreiben Geschichte

Das traditionell israel-freundliche Tschechien arbeitet nun mit dem jüdischen Staat bei einem wegweisenden computer-gestützten Programm zusammen, das in Zukunft den lebensrettenden Austausch von Spenderorganen erleichtern wird.

(Evrejskaja Panorama) Es ist bekannt, dass es für die Transplantation eines jeden Organs notwendig ist, die medizinischen Parameter von Spender und Empfänger abzustimmen. Daher kann sich das Warten auf ein Spenderorgan von einem Verstorbenen jahrelang hinziehen. Die Niere ist eines der wenigen Organe, die noch zu Lebzeiten gespendet werden können, und oft sind Verwandte und Freunde von Patienten zur Spende bereit, jedoch stimmen selbst die medizinischen Parameter bei nächsten Verwandten oft nicht überein.

Ein spezielles Computerprogramm, in das die Daten von Patienten und potentiellen Spendern eingegeben werden, sucht nach Parameterübereinstimmungen und wählt Spender-Empfänger-Paare aus. Es kommt jedoch vor, dass es im ganzen Land keinen Patienten gibt, dem ein gespendetes Organ transplantiert werden kann. Daher hat Israel internationale Abkommen über den gegenseitigen Austausch von Organen geschlossen, und das erste Partnerland wurde Tschechien, das den israelischen Ärzten ermöglichte, bereits mehrere gegenseitige Transplantati-



Die Fracht, die Leben rettet, am Flughafen

onen durchzuführen. Am 5. Oktober 2021 wurden gleich zwei Spendernieren aus Israel nach Tschechien und zwei

aus Tschechien nach Israel geliefert. Als Ergebnis wurden sechs Patienten – vier Israelis und zwei Tschechen – Nieren transplantiert. In Israel wurden Nieren von Spendern in den Krankenhäusern Rambam und Scheba entnommen, und die aus der Tschechischen Republik mitgebrachten Organe wurden israelischen Empfängern im Krankenhaus Rambam transplantiert.

Um 4 Uhr morgens begann im Rambam-Krankenhaus die erste Operation, bei der einem Spender eine Niere entnommen wurde, um 5 Uhr die gleiche Operation im Scheba Krankenhaus. Um 8 Uhr begannen gleichzeitig zwei Operationen zur Entnahme einer Niere. Um 8:30 Uhr startete ein Privatjet mit zwei Nieren an Bord in Richtung Prag, und zur selben Uhrzeit begannen in Tschechien zwei Operationen gleichzeitig zur Entnahme der Nieren. Um 12:30 Uhr fand am Flughafen in Tschechien ein Austausch von Spendernieren zwischen tschechischen und israelischen Ärzten statt. Um 18 Uhr landete das Flugzeug mit den Nieren in Israel.

Um 20 Uhr wurden zwei Nieren in das Rambam-Krankenhaus eingeliefert und zwei Patienten in zwei Sälen gleichzeitig operiert. Alle sechs Transplantationen waren erfolgreich.

„Die Methode des Nierenaustauschs mit dem Ausland wird bereits zur Routine, die Ergebnisse bestätigen den Erfolg von Transplantationen, insbesondere wenn die Übereinstimmung für Patienten mit hohen Antikörperspiegeln besteht, die in Israel aufgrund ethnischer Unterschiede, die auch immunologische Unterschiede betreffen, weniger Chancen haben, ein Spenderorgan zu erhalten“, erklärt Professor Rafi Biar. Und Tamar Aschkenasi, Direktorin des Nationalen Zentrums für Transplantation, fügt hinzu: „Altruistische Spender schließen sich der Kreuztransplantationsdatenbank an, um Nierentransplantationsketten zu erstellen.“

In Israel sind Vitaltransplantationen der Nieren weit verbreitet, und zwar nicht nur von Angehörigen von Patienten, sondern auch aufopfernd, von fremden Spendern. Das sind Menschen, die Leben schenken wollen, und es ist ihnen gleich, wem.

Chanukka 2021: Israels Präsident Herzog betont jüdische Verbindung zu Hebron

Hebron ist die Stadt der jüdischen Stammväter Abraham, Jitzak und Jakob. An deren Grab entzündete Staatspräsident Herzog in diesem Jahr das erste Chanukka-Licht. Hebrons unbestreitbare Bedeutung als Stadt der Juden reicht mehrere Jahrtausende bis zur Gründung der jüdischen Religion zurück.



Menahem KAHANA / AFP

(Israelnetz) Der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog hat den Auftakt des jüdischen Chanukkafestes in Hebron begangen. Am Sonntagabend entzündete er in der Machpela-Höhle die erste Kerze einer Chanukkia. Dort liegen die biblischen Erzväter Abraham, Isaak und Jakob sowie die Erzmütter Sara, Rebekka und Lea begraben. Die Stätte ist in eine Synagoge und eine Moschee aufgeteilt. Die beiden Bereiche sind streng voneinander getrennt. Nur wer weder Jude noch Muslim ist, erhält Zutritt zu beiden Gebetsstätten.

Bei der Zeremonie in der Synagoge betonte Herzog die jüdische Beziehung zu der Stadt: „Die historische Verbindung der Juden zu Hebron, zum Grab der Patriarchen, zum Erbe der Erzväter und Erzmütter steht außer Frage. Die

Israels Präsident Herzog entzündet die erste Chanukka-Kerze in Hebron am Grab der Patriarchen.

Anerkennung dieser Verbindung muss jenseits aller Auseinandersetzung sein“, zitiert ihn die Onlinezeitung „Times of Israel“. Linksgerichtete Israelis protestierten in der Nähe gegen den Besuch des Präsidenten.

Herzog betonte aber auch das gemeinsame Erbe von Juden und Muslimen, das trotz der Spannungen in der geteilten Stadt eine Tatsache sei. „Wir werden nicht in allem übereinstimmen, aber wir müssen daran denken, dass ‚wir alle eines Menschen Söhne sind‘.“ Damit verwendete der Präsident ein Zitat aus 1. Mose 42,11. Dort geht es um die Söhne Jakobs, die in Ägypten vor Josef stehen und sich gegen den Verdacht wehren, Kundschafter zu sein.

Arabische Kritik: Provokation gegenüber muslimischen Gefühlen

Die Arabische Liga verurteilte Herzogs Besuch in Hebron am Sonntag. Hintergrund sei die „Judaisierung islamischer und christlicher heiliger Stätten durch die Besatzungsbehörden“. Es handele sich um eine Missachtung und Provokation gegenüber Gefühlen von Muslimen. Die internationale Gemeinschaft müsse das Vorgehen gegen islamische und christliche Heiligtümer zurückweisen. In der Mitteilung war laut der „palästinensischen“ Nachrichtenagentur Wafa auch von einer „Fortdauer des offiziellen und organisierten Terrors gegen die Palästinenser, ihre Rechte und heiligen Stätten“ die Rede.

Wafa selbst schrieb, Herzog habe „mit strengen Militärvorkehrungen die Abrahams-Moschee gestürmt“. „Der israelische Präsident entzündete die erste Kerze des jüdischen Chanukka-Festes in der Ibrahim-Moschee, begleitet von Siedlerführern und Knesset-Abgeordneten.“

Lichtzündungen an der Klagemauer

In Jerusalem entzündeten Regierungschef Naftali Bennett (Jamina) und Verteidigungsminister Benny Gantz (Blau-Weiß) Lichter an der Klagemauer. Aus der Stiftung für das Erbe der Klagemauer hieß es, die Zeremonien fänden zu Ehren von Eli Kay statt. Der 26-jährige Jude war am 21. November in der Altstadt von einem „palästinensischen“ Terroristen ermordet worden. Er arbeitete als Touristenführer im Be-

reich der Klagemauer.

Bennett hielt die Zeremonie im Tunnelsystem der Klagemauer ab. Gantz sagte laut einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums beim Lichtzünden: „Wir sind sehr nah an dem Ort, wo sich das Wunder ereignete. Man kann es als Wunder betrachten, dass sie den Ölkrug fanden. Und man kann es auch als Wunder betrachten, dass es jemanden gab, der hinging und danach suchte.“ Chanukka erinnert an den Sieg der Makkabäer gegen die Hellenisten im 2. vorchristlichen Jahrhundert. Danach wurde der Tempel neu eingeweiht. Ein Krug mit heiligem Öl für einen Tag reichte nach jüdischer Überlieferung auf wundersame Weise für acht Tage.

Gantz bezog sich auch auf die Heldentaten der Makkabäer. Diese seien nur durch Einheit möglich geworden. Auch heute sei diese Einheit nötig. Verwundete Veteranen der israelischen Armee und Hinterbliebene von gefallenen Soldaten nahmen an der Feier teil.

Jüdischer Kinderchor in Dubai

Auch auf der Expo in Dubai gab es eine Feier zum Auftakt des Festes. Der Oberrabbiner der Vereinigten Arabischen Emirate, Levi Duchman, entzündete im israelischen Pavillon der Weltausstellung das erste Licht. Dabei waren unter anderen Geschäftsleute, in dem Golfstaat lebende Juden und Touristen zu Gast. Der Kinderchor der örtlichen jüdischen Gemeinde sang Chanukka-Lieder.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Erste deutsche Nach-Corona-Reisegruppe in Israel kommt aus Sachsen

Seit Anfang November ist die Einreise nach Israel für Corona-geimpfte Touristen wieder möglich. Nach einer Woche mit vielen Begegnungen und intensiven Erlebnissen flog die erste deutsche Gruppe wieder zurück. Die Teilnehmer sind sich einig: „Der Aufwand hat sich gelohnt.“

(Israelnetz) Eine Touristengruppe aus Sachsen flog kürzlich wieder zurück nach Deutschland. Nachdem die Einreise knapp 20 Monate für Nicht-Israelis unmöglich war, hat Israel seinen Flughafen Anfang November für Touristen wieder geöffnet. Diese müssen allerdings eine Zweitimpfung, die nicht länger als sechs Monate zurückliegt, oder eine Auffrischungsimpfung nachweisen können.

Die erste Gruppe war am vergangenen Mittwoch am Ben-Gurion-Flughafen gelandet, Reiseleiter Maik Förster spricht über bürokratische Hürden: „Bis zuletzt wussten wir nicht, ob die Reise stattfinden kann. Und als wir uns 24 Stunden vor dem Flug auf der Seite des israelischen Gesundheitsministeriums anmelden wollte, brach die Seite zusammen. Es war ein großes Chaos.“ Schließlich sorgte der israelische Partner, die Reiseagentur Diesenhaus, dafür, dass die Formulare doch noch an die richtige Stelle gelangten und die Gruppe einreisen konnte.

Trotz der Bürokratie habe sich der Aufwand gelohnt: „Dass wir so sorglos im Land unterwegs sein und die Freundlichkeit der Menschen genießen konnten, fand ich toll“, erzählt Gudrun Krause. Für die Gemeindepädagogin aus der Uckermark war es der dritte Besuch im Land. Über die Veränderungen seit ihrer ersten Reise 1992 erzählt sie begeistert: „Es ist Wahnsinn, wieviel die Israelis überall bauen.“

Gut erschlossene Nationalparks und offene Arme

Kathrin Barthels aus Kamenz ist eine der sechs Teilnehmer, die zum ersten Mal im Land ist. Sie war vor allem von den



Der Ausblick vom Ölberg auf die Jerusalemer Altstadt ist immer wieder faszinierend

vielen gut erschlossenen Naturparks angetan. „So etwas kenne ich aus Deutschland nicht.“ Auch die vielen israelischen Schülergruppen zu sehen, die ihr Land erkunden, sei eine besondere Erfahrung gewesen.

Förster ist selbst zum 91. Mal in Israel. „So leer habe ich das Land und die Heiligen Stätten noch nie erlebt. In der Aufstehungskirche mussten wir überhaupt nicht anstehen, sondern hatten direkten Zugang zum Grab.“ Auch im Rest des Landes sei es leer gewesen, abgesehen davon hätten sie aber von Corona recht wenig gespürt. „Nach dieser langen Pause ist es so schön, wieder hier zu sein und die offenen Menschen zu erleben. Es war wie ein Nachhausekommen“, schwärmt Förster. „Ob in Galiläa, Jericho oder Bethlehem – von den Einheimischen wurden wir überall mit offenen Armen

empfangen. Die Leute sind froh, dass wir wieder da sind“, erzählt er begeistert.

Das wird sogar an einem Ort sichtbar, der traditionell weniger touristisch erschlossen ist: Überraschend wird die Gruppe 72 Stunden vor dem Abflug aufgefordert, einen PCR-Test an einer Jerusalemer Tankstelle zu machen. Der gläubige Jude, der zum Testen gekommen ist, wartet geduldig, bis die arabische Testerin Tamara fröhlich mit der Gruppe für ein Foto posiert hat. Lächelnd sagt auch er: „So lange haben wir drauf gewartet, dass die Touristen wieder zu uns kommen.“

Die 14 Personen und der israelische Fremdenführer galten als „geschlossene Kapsel“ und blieben stets zusammen. Ursprünglich hatte Förster mit noch zwei weiteren Teilnehmern gerechnet, doch diese mussten aufgrund

einer, beim vor dem Flug üblichen PCR-Test festgestellten, Corona-Infektion zu Hause bleiben.

Veränderte Reisepläne

In der zweiten Märzwoche 2020 hatte Förster seine bis dahin letzte Gruppenreise einen Tag vorher abbrechen müssen, um die letzte El Al-Maschine von Israel nach Deutschland zu besteigen. Nach dem Auftreten der ersten Corona-Infektionen in Israel wurde die Einreise seit dem 6. März für Nicht-Israelis nur noch in Ausnahmefällen gestattet, für Touristen waren die Grenzen gar nicht mehr passierbar und verbliebene Touristen sollten so schnell wie möglich aus dem Land befördert werden. Nach und nach stellten die Fluglinien ihre Flüge ein, doch dass der Himmel – mit wenigen Ausnahmen – für 20 Monate geschlossen blieb, wie die Israelis es ausdrücken, hatte damals niemand für möglich gehalten.

Zwar hatte es im Juni bereits ein Pilotprojekt des israelischen Staates gegeben, Reisegruppen wieder ins Land zu lassen, darunter war auch eine deutsche Gruppe – doch nach der Ausbreitung der Delta-Variante wurde die Einreise für Reisegruppen wieder gestoppt und die Pläne zur Öffnung für Individualtouristen immer wieder verschoben.

Nun ist der Himmel wieder offen und die israelische Tourismusindustrie hofft, dass die Öffnung diesmal hält und Reisen wieder planbar werden. Förster ist indessen überzeugt: „So wie die Schwalben den Frühling ankündigen, war unsere Gruppe ein Zeichen dafür, dass die Touristen bald wiederkommen.“

Ramallah: Für Juden verboten

Zwei religiöse Juden wurden von Arabern fast zu Tode gelyncht, weil sie versehentlich das im Sinne der Nazis „judenfreie“ Ramallah betreten haben. Die westlichen Medien aber schweigen weitgehend dazu. Was wäre, wenn die Rollen vertauscht gewesen wären, und Araber in Tel Aviv von Juden angegriffen würden?

Von Ryan Jones

Es ist genau das, wovon sich viele Israelis am meisten fürchten. Kürzlich verirren sich zwei jüdische Männer auf den dunklen Straßen von Samaria und fanden sich plötzlich im Herzen der De-facto-Hauptstadt der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Ramallah, wieder.

Vor Jahren besuchten Israelis regelmäßig Ramallah und andere „palästinensische“ Städte. Doch der Friedensprozess, der die

Koexistenz fördern sollte, hat das Gegenteil bewirkt, und nun ist es für israelische Juden geradezu lebensgefährlich, diese Städte zu betreten.

Die beiden jüdischen Männer lernten dies auf die harte Art und Weise, als sich ein Mob „palästinensischer“ Araber auf ihr Fahrzeug stürzte, mit Steinen und Ziegelsteinen warf und versuchte, die beiden unglücklichen Seelen in die Menge zu zerren.

Glücklicherweise wurden die Opfer, beides ultra-orthodoxe jüdische Män-

ner, von Polizeibeamten der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gerettet, bevor sie ernsthaft verletzt wurden. Anschließend wurden sie israelischen Sicherheitskräften am Rande der Stadt übergeben.

Ihrem Fahrzeug erging es nicht so gut, es wurde demoliert und von der rasenden Horde in Brand gesteckt.

Der Vorfall zeigt erneut die Doppeltzungigkeit der Mainstream-Medienberichterstattung über den israelisch-

„palästinensischen“ Konflikt auf.

Wären die Rollen vertauscht und zwei „palästinensische“ Araber, die versehentlich eine jüdische Stadt betreten hatten, von einem jüdischen Mob in ähnlicher Weise angegriffen worden, wäre es schwer vorstellbar, dass dies nicht für internationale Schlagzeilen gesorgt hätte.

Und doch wurde der schwere Vorfall vom Mittwoch in Ramallah von allen außer den israelischen Medien nahezu ignoriert.

Katholischer Priester aus Israel in Polen als Jude beerdigt

Pater Pawlowski floh einst vor den Nazis und ließ sich mit 13 Jahren katholisch taufen. Entsprechend seines Wunsches wird er als Jude neben seiner Mutter und seiner Schwester, die von den Nazis ermordet wurden, beigesetzt.

(Israelnetz) Der in einem religiösen jüdischen Haushalt aufgewachsene Pater Gregor Pawlowski wurde während des Holocaust durch Papiere gerettet, die ihn als Katholiken auswiesen. Der 1931 als Jakob Zvi Griner geborene Jude ließ sich taufen und 1958 zum Priester weihen. 1966 erzählte er einer katholischen Zeitung in Krakau seine Geschichte und fasste den Plan, nach Israel zu gehen.

Zuvor errichtete er jedoch ein Denk-

mal an der Stelle, wo seine Mutter und Schwestern zusammen mit etwa 1.000 Juden aus dem ostpolnischen Zamość am Rande von vorbereiteten Gruben aufgereiht und erschossen worden sind. An der Stelle des Massengrabs legte er eine Grabstätte für sich selbst an mit der Inschrift: „Ich verließ meine Familie / Um mein Leben zu retten zur Zeit der Scho'ah / Sie kamen, um uns zur Vernichtung zu holen / Mein Leben habe ich gerettet und habe es geweiht

/ Zum Dienst an Gott und der Menschheit.“

Umzug nach Israel

1970 zog Pawlowski dann nach Israel. Er gab an, dass er zwar Teil des polnischen Volkes, zuvorderst aber Teil des jüdischen Volkes sei. Letzterem fühlte er sich nachhaltig verbunden; entsprechend hegte er den Wunsch, unter Juden zu leben.

In den folgenden 38 Jahren diente er als Priester in Jaffa. Im Jahr 2014

entdeckte Rabbiner Schalom Malul, Dekan der Jeschiva Amit Aschdod in Israel, bei einer Reise nach Polen den Grabstein, den Pawlowski für sich selbst an dem Massengrab aufgestellt hatte. Malul wird diese Woche nach Polen fliegen, um Pawlowski an dieser Stätte ein jüdisches Begräbnis zu geben und das Totengebet Kaddisch zu rezitieren. Damit entspricht er dem Wunsch des Priesters, als Jude begraben zu werden.

Beweise für Chanukka-Erzählung entdeckt

Archäologen graben ein antikes Festungsgebäude aus der Zeit der jüdischen Hasmonäer aus. Für die Forscher ist der Fund ein Beweis für deren erfolgreichen Aufstand gegen die griechischen Seleukiden.



Foto: Israelische Altertumsbehörde

APP

(Israelnetz) Im Wald von Lachisch südwestlich von Jerusalem haben israelische Archäologen bei Ausgrabungen eine historische Festungsanlage entdeckt. In den Überresten des hellenistischen Bauwerks fanden sich Waffen, verbrannte Holzbalken und dutzende Münzen. Nach Angaben der Israelischen Altertumsbehörde (IAA) belegt die historische Stätte eine Schlacht zwischen den griechischen Seleukiden und den Hasmonäern vor rund 2.100 Jahren. Diese sind auch als Makkabäer bekannt.

In einer Erklärung der Behörde heißt es: „Die Ausgrabungsstätte liefert greifbare Beweise für die Chanukka-Geschichten. Es scheint, dass wir ein

Eine der gefundenen Waffen der Seleukiden

Gebäude entdeckt haben, das Teil einer befestigten Linie war, die von den hellenistischen Heerführern errichtet wurde, um die große hellenistische Stadt Marescha vor einer hasmonäischen Offensive zu schützen.“ Die Funde würden zudem zeigen, dass die seleukidische Verteidigung erfolglos war.

„Geschichte wird lebendig“

Die Festungsanlage bestand aus einem 15 mal 15 Meter großen Gebäude, das 112 vor Christus errichtet wurde. Die Mauern waren 3 Meter dick. Im Inneren des Gebäudes befanden sich sieben Räume und ein

Treppenhaus, das in eine zweite Etage führte. Die Archäologen schätzen die ursprüngliche Höhe der Anlage auf fünf Meter.

Anhand der außerdem gefundenen Münzen und Keramiken gehen die Experten der IAA davon aus, dass die Zerstörung des Gebäudes auf die Eroberung der Region Idumea zurückzuführen sei. Diese führte der Hohepriester und Anführer der Hasmonäer, Johannes Hyrkanos, an.

Der Direktor der Altertumsbehörde, Eli Eskosido, erklärte: „Die Geschichten der Makkabäer werden vor unseren Augen lebendig.“

Ungeöffnete Zisterne entdeckt

Eine weitere Ausgrabung in der Siedlung Itamar bei Nablus brachte ebenfalls Funde aus der Zeit der Hasmonäer zutage. Das wichtigste Fundstück ist eine Silbermünze. Bei den Ausgrabungen wurden auch eine Steinstruktur aus der Zeit des Zweiten Tempels und eine 2.000 Jahre alte versiegelte Zisterne, die nie geöffnet wurde, entdeckt. Sie enthält Werkzeuge und Gefäße wie beispielsweise Kochtöpfe. Außerdem fanden die Archäologen eine Olivenpresse, eine Mikwe und eine römische Bronzemünze, die Mitte des 3. Jahrhunderts nach Christus in Nablus geprägt wurde. Auf der Münze ist ein Bild des Berges Garizim eingepreßt, der bis heute den Samaritanern für ihren Kult dient.

Durchgeführt hat die Ausgrabung ein Team des Instituts für Archäologie der Bar-Ilan-Universität und vom Herzog-College. Unterstützt wurden sie von einem Team aus Freiwilligen. Den Forschern zufolge weisen die Funde auf die frühere Existenz einer ländlichen Gemeinde hin, die ihren Höhepunkt zwischen dem Ende des Zweiten Tempels und der Römerzeit erreichte.

Der Leiter des Regionalrats von Samaria, Jossi Dagan, sagte: „Das Land spricht. Die archäologischen Artefakte, die in Samaria entdeckt werden, untermauern die derzeitige jüdische Siedlung. Wenn irgendjemand Zweifel daran hatte, wer diese Hügel einst bewohnte, so beweist es das Land.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

See Genezareth: Rettung vom Himmel

Eine neue, im Lande entwickelte Rettungsdrohne soll die Zahl der jährlichen Ertrinkungsunfälle in Israels beliebtem und biblisch weltweit bekanntem See senken. Die neue Technologie aus der Luft hilft nun, Ertrinkende vor dem Tode zu retten.

(Israel Heute) In diesem Sommer erhielt die Ortsgruppe Tiberias der Rettungsorganisation Vereinigte Hatzalah ein besonderes lebensrettendes Hilfsmittel – eine Wasserrettungsdrohne. Die neue Drohne ist leistungsfähig genug, um einen Rettungsring zu tragen und sicher abzuwerfen, um ertrinkende Schwimmer überall auf dem See Genezareth (dem Kinneret) zu retten. Die Drohne ist das neueste Hilfsmittel in dem Bemühen, die Zahl der jährlichen Todesfälle durch Ertrinken auf dem See einzudämmen.

Während der heißen Sommermonate strömen in Israel Tausende von Menschen an den See Genezareth. Viele halten sich in oder in der Nähe der Stadt Tiberias auf. Aufgrund der überfüllten Strände und des Unwissens über die Gefahren des Windes am Nachmittag und des Soges, der die Schwimmer in die Mitte des Sees treibt, kommt es jedes Jahr zu zahlreichen Ertrinkungsunfällen. Mit einem Rettungsboot und mehreren Jetskis unterstützen die Freiwilligen von United Hatzalah die Seepolizei bei Patrouillen auf dem See während der Badesaison von April bis Oktober.

Jetzt wurde das Arsenal der Lebensretter um ein neues Hilfsmittel erweitert. Die neue Drohne kann eine Nutzlast von 2 Kilogramm tragen und ist damit in der Lage, einen Rettungsring oder eine Rettungsweste zu transportieren. Sie kann bis zur Mitte des Sees und zurück fliegen. Der See Genezareth ist 13 km breit und 21 km lang.

Eine weitere Besonderheit dieser Drohne ist, dass sie wasserdicht ist. Im Gegensatz zu den meisten Drohnen kann diese Drohne mithilfe spezieller Schwimmvorrichtungen, die sie über Wasser halten, im Wasser landen und anschließend wieder abheben, ohne



Badespaß im See Genezareth

dass ihre Systeme Schaden erleiden. So kann die Ausrüstung auch dann sicher zu einem Ertrinkenden gebracht werden, auch, wenn die Verbindung zur Drohne unterbrochen ist und die Drohne ins Wasser stürzt.

Ortung von in Not geratenen Schwimmern bei Dunkelheit

Die erste Wasserrettungsdrohne, die den See Genezareth überfliegt, ist mit einer Spezialkamera ausgestattet, die den See abtastet und ertrinkende

Schwimmer orten kann. Diese Technologie ist vor allem nachts nützlich, wenn die Drohne eine Wärmebildkamera einsetzt, um Menschen in Not auf dem See zu orten, die sonst mit bloßem Auge kaum zu erkennen wären.

„Die allererste Kinneret-Drohne wurde unserer Ortsgruppe anonym gespendet“, sagte Ortsgruppenleiter Yossi Oknin. „Wir haben bereits begonnen, mit der Drohne zu üben. Ich bin sehr optimistisch, dass dieses fliegende Rettungsgerät eine bedeutende

Veränderung bewirken und dazu beitragen wird, die Zahl der jährlichen Ertrinkungsunfälle auf dem See zu senken. Der beste Weg, um Ertrinken zu verhindern, ist eine gute Ausbildung und das Befolgen von Protokollen. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, werden die Freiwilligen der United Hatzalah Ortsgruppe Tiberias immer auf Abruf bereitstehen, um zu helfen.“

(Aus einer Pressemitteilung von United Hatzalah)

Einwanderung nach Israel nimmt im Jahr 2021 trotz Corona deutlich zu

Nach Angaben des israelischen Aliyah-Ministeriums und der Jewish Agency sind 2021 über 20.000 Menschen nach Israel eingewandert – das sind ca. 31 % mehr als im Vorjahr! Der Trend ist ungebrochen, denn zwischenzeitlich fliehen immer mehr Juden vor der Islam-bedingten Zunahme des Antisemitismus in Westeuropa.

(JNS) Nach Angaben des israelischen Ministeriums für Aliyah und Integration sowie der Jewish Agency for Israel ist die Einwanderung nach Israel in diesem Jahr bisher um 31 Prozent gestiegen.

Die Daten, die im Vorfeld des Yom HaAliyah (Aliyah-Tag), der heuer auf den 13. Oktober fiel, veröffentlicht wurden, zeigen, dass in diesem Jahr bisher 20.360 Menschen nach Israel eingewandert sind, verglichen mit 15.598 im entsprechenden Zeitraum des letzten Jahres.

Signifikanter Anstieg

Den Angaben zufolge stellten Russen mit 5.075 Personen den größten Anteil der diesjährigen Einwanderer (ein Rückgang um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr), während 3.104 Personen aus den Vereinigten Staaten kamen (ein Anstieg um 41 Prozent in den ersten neun Monaten des Jahres 2020).

Die Zuwanderung aus Frankreich stieg um 20 Prozent auf 2.819 Einwanderer, während die Ukraine mit 2.123 Einwan-

derern einen Anstieg von 4 Prozent verzeichnete. Auch Weißrussland (780 / 69 Prozent), Argentinien (633 / 46 Prozent), Großbritannien (490 / 20 Prozent), Brasilien (438 / 4 Prozent) und Südafrika (373 / 56 Prozent) verzeichneten einen Anstieg.

Dank der „Operation Tzur Israel“, die vom Ministerium und der Jewish Agency geleitet wurde, gab es des Weiteren 1.589 Einwanderer aus Äthiopien, verglichen mit 285 Einwanderern im Vorjahr.

Mehr als die Hälfte der diesjährigen Olim (Neueinwanderer) sind unter 35 Jahre alt, wobei 23,4 Prozent in die Altersgruppe 0-17 Jahre fallen, 33,4 Prozent sind zwischen 18-35 Jahre alt, 16,3 Prozent zwischen 36-50 Jahre, 13 Prozent zwischen 51-64 und 13,9 Prozent über 65 Jahre.

Die meisten der Olim sind im Dienstleistungs- und Handelssektor beschäftigt, während 5,2 Prozent in Technik und Ingenieurwesen und 4,2 Prozent im medizinischen Bereich arbeiten, so die Daten.

Das bevorzugte Ziel der Neueinwanderer war in diesem Jahr Jerusalem, wo derzeit 2.184 Olim leben. Tel Aviv liegt mit 2.122 dicht dahinter, während in Netanya 2.031, in Haifa 1.410 und in Ashdod 744 Neueinwanderer leben. Ra'anana, Beit Shemesh, Nahariya, Beersheva und Bat Yam haben jeweils 600 bis 700 Olim aufgenommen.

Seit 2016 Feiertag

Der Yom HaAliyah, der 2016 von der Knesset eingeführt wurde, wird am siebten Tag des jüdischen Monats Cheschwan gefeiert und fällt mit dem Thora-Abschnitt Lech Lecha zusammen, in dem Gott Abraham befiehlt, in das Land Israel zu ziehen. Ziel des Feiertages ist es, die Entwicklung Israels zu einer multikulturellen Gesellschaft zu feiern und die Bedeutung der Aliyah nach Israel zu betonen.

Während der gesamten Woche finden in Israel mehrere Veranstaltungen statt, um den Beitrag der Olim zum Land zu feiern. Der amtierende Vorstandsvorsitzende der

Jewish Agency, Yaakov Hagoel, sagte:

„Ich bin von jedem einzelnen Aliyah-Flug gerührt. Trotz der schwierigen Zeit und der vielen Einschränkungen, die die weltweite Pandemie mit sich gebracht hat, ist die Zahl der Olim seit Anfang des Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen.“

Olim aus der ganzen Welt haben sich entschieden, nach Israel zu kommen und hier ihre Zukunft aufzubauen. Diese Olim sind eine strategische Bereicherung für den Staat Israel und tragen zu jedem Aspekt des Lebens bei. Wir alle müssen zu ihrer Integration beitragen. Wir werden durch jeden Oleh gestärkt, der nach Israel kommt.“

Bis heute haben seit der Gründung des jüdischen Staates im Jahr 1948 mehr als 3.340.000 Einwanderer Aliyah gemacht.

(Der Artikel „Immigration to Israel up 31 percent in 2021“ ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Der Rabbi und der Kommissar

Michael Bergmann bringt eine neue Krimi-Reihe heraus, bei der ein jüdischer Geistlicher in Frankfurt am Main ermittelt.

Von Filip Gaspar

Mit seinem neuesten Streich betritt Bergmann nun das Genre des Krimiromans, ausgestattet mit einem Koscher-Zertifikat des Rabbiners Julian-Chaim Soussan. „Der Rabbi und der Kommissar: Du sollst nicht morden“ sind der Startschuss für eine sich jährlich fortsetzende Krimi-Reihe. Der Titel des ersten Bandes lässt vermuten, dass noch mindestens neun weitere Krimis geplant sind, deren Titel von den zehn Geboten inspiriert sein wird. Zumindest ist dies die grobe Planung des Autors mit dem Verlag. Der Heyne-Verlag wollte die deutsche Krimilandschaft nicht mit einem weiteren Hauptstadtkrimi langweilen. Deswegen verlegte Bergmann den Schauplatz in die Finanzmetropole Frankfurt am Main. Ein weiterer Vorteil für Bergmann, der dort aufgewachsen ist und die Stadt gut kennt. So erscheint es folgerichtig, dass der erste Band aus der Krimireihe sich im jüdischen Milieu von Frankfurt abspielt. Es bleibt abzuwarten, ob dies auch in den Fortsetzungen der Fall sein wird.

Die den Sohn nervende Mutter

Als Hauptfigur und Ermittler fungiert, wie der Titel bereits verrät, der Rabbi Henry Silberbaum, dessen Figur von Bergmann mit zahlreichen jüdischen Klischees besetzt wurde. Dies beschert dem Leser ein wahres Lesevergnügen. Die alles in Frage stellende Skepsis gepaart mit dem jüdischen Humor sind die perfekten Eigenschaften, um Silberbaum zum prädestinierten Ermittler zu machen. Natürlich darf da eine jüdische Mutter nicht fehlen, die sich ungefragt in das Leben ihres „Bubele“ einmischt. Da ist es mehr als nur passend, dass Bergmann erst kürzlich ein Buch mit dem Titel „Mameleben“ beendet hat. Als weitere Nebenfiguren dürfen natürlich der jüdische Arzt und der jüdische Anwalt nicht fehlen, denen Silberbaum das Leben noch zusätzlich erschwert.

Der Arbeitsplatz von Silberbaum ist ein jüdischer Seniorenstift in Frankfurt. Wenn er sich nicht um das Wohlergehen der Bewohner kümmert oder Schüler unterrichtet, hält er sich mit Fahrradfahren und Schwimmen fit, was ihm im Laufe der Ermittlungen noch entscheidend weiterhelfen wird. Als wenn es nicht schon kompliziert genug wäre, führt er außerdem eine Fernbeziehung per Chat mit seiner New Yorker Freundin, die alles andere als begeistert von seinem Vorschlag ist, zu ihm ins „Täterland“ Deutschland zu ziehen oder auch bloß dort zu besuchen.

Bergmann schafft es gekonnt jüdische Klischees mit den Rezepten für einen guten Krimi zu vermischen, ohne dabei die Handlung vorhersehbar zu machen, oder gar schlimmer,

den Leser zu langweilen. Das Gegenteil ist der Fall: Liebhaber von Krimis werden das eine oder andere Mal in die Irre geführt, nur um beim nächsten Plot Twist vergnügt den Kopf zu schütteln, bloß um dann wieder auf eine falsche Fährte gelockt zu werden. Es war weder der Gärtner und anders als bei Inspektor Colombo wird der Täter auch nicht sofort am Anfang enthüllt, sondern man muss sich bis zum Ende des Buches gedulden.

Wie im ersten Band: Die wohlhabende und herzkranken Bewohnerin des Seniorenstifts verstirbt vollkommen unerwartet und hinterlässt einen tieftrauernden und zehn Jahre jüngeren Goy. Aus diesem wird das Testament bald einen reichen Witwer – Baruch Dayan HaEmet – machen, der natürlich daran interessiert ist, dass seine religiöse Frau schnell nach jüdischem Ritus beigesetzt wird. Da kommt so

ein nerviger Rabbi, der nicht an eine natürliche Todesursache glauben will und von Mord ausgeht, sehr ungelegen. Die Verstorbene hatte ihm kurz vor ihrem Ableben erzählt, dass sie glaube, ihr Ehemann betrüge sie mit einer Schickse, die zufällig auch noch ihre Vermögensverwalterin und von Anfang an sowieso nur an ihrem Vermögen interessiert sei. Aus diesem Grund habe sie beschlossen, ihn zu verlassen und zu ihrer Tochter nach Israel zu ziehen. Dafür müsse sie nur noch das Testament ändern lassen.

Für alle Beteiligten scheint Herzversagen als Todesursache schnell festzustellen, und man könnte den Fall schnell zu den Akten legen, wenn da nicht der wachsame Rabbiner wäre. Dessen geschulten Augen fällt der zerbrochene Teller auf, auf dem ein Apfel gelegen hat und den die Frau bei ihrer Herzattacke umgestoßen hat. Einzig

die aus Israel angereiste Tochter unterstützt ohne Bedenken die Ermittlungen des Rabbis, wozu auch eine Autopsie gehört, die im Judentum alles andere als erwünscht ist.

Nachts aus dem Friedhof

Natürlich weiß der geschulte Krimileser, dass zu einem guten Ermittler auch immer ein Partner gehört, der charakterlich das genaue Gegenteil ist, ihn aber gut ergänzt. So einen findet Silberbaum im Kommissar Robert Berking. Ihr erstes Kennenlernen ist mehr als nur unkonventionell, denn Berking nimmt ihn nachts auf dem jüdischen Friedhof fest. Dorthin hatte es Silberbaum mit seiner reizenden Arbeitskollegin verschlagen, die – obwohl sie eine jüdische Mutter hat – trotzdem zum Judentum konvertieren möchte. Wer wissen möchte, was die beiden nachts mit einer Urne auf dem jüdischen Friedhof trieben, der muss zum Buch greifen.

Mit ein wenig Zeit und viel Überzeugungsarbeit findet das Team zueinander. Berking ist mürrisch und eher zurückhaltend, und somit in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenteil von Silberbaum. Trotzdem brillieren die beide nach Startschwierigkeiten. Doch nicht nur der Kommissar behindert die Ermittlungen zu Beginn, sondern auch der Vorsitzende der Gemeinde, der Silberbaum mit der Kündigung droht, sollte dieser nicht unverzüglich von seinen Ermittlungen Abstand nehmen. Doch es wäre nicht das erste Mal, dass der Gemeinde Kopferbrechen durch ihren Rabbi bereitet wird. Gleich zu Beginn erleben wir ihn nämlich in seiner nicht natürlichen Umgebung. Nämlich auf der Pferderennbahn, wohin er auf Bitte eines Bewohners gegangen ist.

Bevor sich das neue Ermittlerduo versieht, ist es bereits mitten dabei einem mörderischen Komplott auf die Schliche zu kommen. Um den Täter sein Handwerk zu legen, geht Silberbaum buchstäblich baden und nimmt es mit dem weltlichen und dem jüdischen Gesetz nicht immer so genau. Nebenbei nimmt er zur Begeisterung seiner Mutter noch einen Hund zuhause auf.

Es bleibt zu hoffen, dass Bergmanns Krimireihe es auch ins Fernsehen schafft und uns einen jüdischen „Tatort“ beschert. Als Drehbuchschreiber ist das Handwerkszeug allemal da und mit seinem Rabbi Henry Silberbaum ein toller Ermittler.

Michel Bergmann: „Der Rabbi und der Kommissar: Du sollst nicht morden“. Heyne, München 2021, 288 S., 11 €



Judentum und Natur

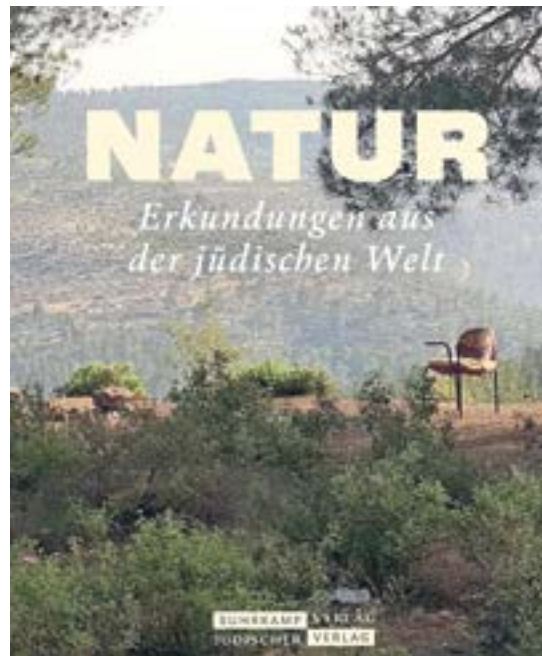
Die jüdische Religion ist auch eine ganz frühe Form des Naturschutzrechtes. Ein neues Buch erkundet nun die vielfältigen Beziehungen zwischen Judentum und Natur.

Von Leticia Witte (Audiatur)

Jetzt, im Spätherbst, begibt sich auch die Natur in einen ruhigeren Modus. Eine gute Zeit, um über sie nachzusinnen und gedankliche Ausflüge zu unternehmen. Mit dem Sammelband „Natur. Erkundungen aus der jüdischen Welt“ führen diese Ausflüge zugleich in religiöse und spirituelle Gefilde, was ebenfalls gut zu der eher kontemplativen Jahreszeit passt. Geografisch streicht der Leser durch die Alpen, die US-Catskills oder durch unterschiedliche Landschaften Israels. Dazu kommen Beiträge zum untergegangenen Landjudentum, zum Naturverständnis der Religion, zu Tieren in der Bibel, Motiven auf israelischen Banknoten oder einem Phänomen namens „einsame Stühle“.

All das ergibt eine anregende Mischung – für den Geist und die Sinne. Denn manchmal kann man den Duft eines Gartens mit seinen Kräutern und Früchten beinahe riechen oder den Wind spüren. Der Band ist in der Reihe des Jüdischen Almanachs der Leo-Baeck-Institute erschienen und von Gisela Dachs herausgegeben worden. Damit steht er in einer Reihe mit früheren Almanach-Themen wie „Freundschaften. Feindschaften“ oder „Sex & Crime. Geschichten aus der jüdischen Unterwelt.“

Zurück zur Natur. Den Beiträgen voran stellt die Herausgeberin ein Zitat Paul Celans: „Denn der Jud und die Natur, das ist zweierlei, immer noch.“ Der



Almanach versuche eine Annäherung an ein „sensibles Thema, denn in den zweitausend Jahren der Diaspora wurden Juden vielfach als wurzellos und entfremdet von der Natur beschrieben“, so Dachs. Das Bild vom großstädtischen Juden gehöre zu den „gängigen Stereotypen deutsch-jüdischer Geschichte“.

Dass es in diesem Buch eben auch um historische Dimensionen geht, macht nicht nur der Beitrag des Historikers Michael Brenner deutlich. Er schreibt, dass zwar um 1930 fast jeder dritte deutsche Jude in Berlin und jeder zweite in einer der sieben größten Städte des

Reiches gewohnt habe. Doch noch 100 Jahre zuvor hätten Juden vor allem in Dörfern und Kleinstädten gelebt. Und auch in der Weimarer Republik seien Großstadt-Kritik und Naturbegeisterung unter deutschen Juden ausgeprägt gewesen.

„Wurzellose Großstädter“

Brenner erklärt, dass Juden schon im 19. Jahrhundert Einrichtungen gegründet hätten, „um ihre Nähe zum Boden und landwirtschaftlichen Berufen“ auszudrücken, etwa die Israelitische Gartenbauschule Ahlem bei Hannover – um dem Vorwurf des wurzellosen Großstädters etwas entgegenzusetzen. Der Historiker beschreibt zudem den Antisemitismus der 1920er Jahre im Alpenverein und in Kurbädern, setzt sich mit der von den Nazis verklärten „deutschen Scholle“ auseinander sowie mit Landschaften als Orte der Schoah in Deutschland und Osteuropa.

Weitere Beiträge widmen sich beispielsweise Celans Werk „Gespräch im Gebirg“, das nach einem verpassten Treffen mit Theodor W. Adorno 1959 in den Schweizer Alpen entstand. Dass in dieser Region heute mit Davos ein beliebtes Ausflugsziel orthodoxer Juden liegt, erfährt der Leser ebenfalls. Apropos orthodox: Das Buch enthält eine Betrachtung

über einen Brauch der Breslaver Chassidim, die sich in die Natur zur „Isolierung“ zurückziehen – dafür stehen die „einsamen Stühle“ in der Landschaft, die 2020 in der Jerusalemer Schau „Seated in Seclusion: Bratslav Hasidim and Contemporary Design“ vorgestellt wurden.

In weiteren Kapiteln geht es unter anderem um Parks und das Meer in Israel, die dortige Wüste als Landschaft, ihre symbolische Bedeutung in Abgrenzung zur Siedlung sowie den Jüdischen Nationalfonds und „Öko-Zionismus“. Erhellend ist auch der Beitrag zum Naturverständnis des Judentums von der Literaturwissenschaftlerin Yael Kupferberg, die darin Bezug auf Schabbat und Landwirtschaft, die Speisegesetze und die Feiertage nimmt.

Kupferberg erinnert daran, dass der sorgsame Umgang mit der Natur ein „zentraler Bestandteil jüdischer Ethik“ sei: Der Mensch dürfe die Natur gebrauchen, aber nicht ausbeuten. Er trage die Verantwortung für einen „ausgewogenen Umgang“, und er solle die Erde „behüten“. Die Lehren von Thora und Talmud gelten demnach als „ein frühes Naturschutzrecht“ – die Lebensgrundlage darf niemals zerstört werden.

Gisela Dachs (Hrsg.), „Jüdischer Almanach Natur. Erkundungen aus der jüdischen Welt“, Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, 224 S., ISBN 978-3-

Ein unerreichter, sehr jüdischer Anarchist und Humorist aus Wien

Ein Nachruf zum 10. Todestag des großartigen österreichisch-jüdischen Sängers und Dichters Georg Kreisler

Von Archi W. Bechlenberg

Als ich noch ein kleiner Lausbub und Schlawiner war, erzählte meine Mutter immer mal wieder gerne, dass sie eine gewisse Topsy Küppers kannte, die wie sie aus Aachen stammt. Ich merkte mir das, nicht wegen des Nachnamens – Küppers heißt in Aachen jeder, der nicht Laschet heißt; der Vorname Topsy allerdings gefiel mir; so hätte auch eine der vielen von mir geliebten und verehrten Comicfiguren heißen können.

Entweder ist meine Mutter, ungefähr der gleiche Jahrgang wie Topsy, mit dieser zur Schule gegangen oder hat, was auch sein kann, als Kind mit ihr auf einer Bühne gestanden, fragen kann ich sie nicht mehr. Dass meine Mutter davon erzählte, kam daher, dass ein gewisser Georg Kreisler mit Topsy Küppers verheiratet war, und diesen Herrn konnte man zu meinen Schlawinerzeiten ab und an im Radio hören oder gar im Schwarzweißfernseher sehen. Wohl gemerkt, nur ab und an. Denn eigentlich hätte man ihn am liebsten totgeschwiegen, zu böse und unbequem waren seine Texte, die er mit fröhlicher Musik umhüllte und tarnte.

„Mein Vater, ein Hotelportier, ging schwimmen einst im Tegernsee. Ich hab vom Strand gewunken. Dabei ist er ertrunken.“

Georg Kreisler um seiner selbst willen war mir damals natürlich kein Begriff, allerdings gefiel mir, was er machte. Trat er im Fernsehen auf, blickte er nicht an die Tasten seines Klaviers, sondern in die Kamera und somit die



Georg Kreisler

Augen des Zuschauers; das fand ich geradezu artistisch, wie konnte man ohne Notenblatt und ohne Hingucken Klavier spielen? In meiner Familie stand zwar immer ein Klavier, aber so spielen wie der Kreisler konnte keiner.

Wiener wollte er nie mehr sein

Georg Kreisler, 1922 geboren, stammte aus Wien, das seine jüdische Familie 1938 Richtung USA verließ, seit 1943 war er amerikanischer Staatsbürger. Wiener wollte er fortan nie mehr sein.

Die USA waren allerdings auch nicht das Gelobte Land, zwar kam er einige Zeit in Hollywood unter, sein schwarzer bis morbider Humor traf dort aber auf keine einträgliche Gegenliebe, und

so ging er in den 50er Jahren zurück nach Wien, wo er ebenfalls wenig gelitten war. Seine Lieder wurden im Rundfunk nicht gespielt. „Es hat keinen Sinn mehr Lieder zu machen, statt die Verantwortlichen niederzumachen.“

Kreisler zog weiter nach München, gab emsig Chanson-Abende und wurde nun zunehmend bekannter. Und hier kommt Topsy Küppers ins Spiel; die Sängerin und Schauspielerin arbeitete unter anderem in Wien und München. Kein Wunder also, dass sie sich begegneten. Die Beiden heirateten 1958; aus der Ehe stammen ein Sohn sowie Tochter Sandra, die selber seit fast 40 Jahren als „Bühnenkraft“ (eigene Beschreibung) aktiv ist. Sandra kündigte mir vor ein paar Jahren die Freundschaft, weil ich anderer Meinung als sie zum Thema „Beschneidung aus religiösen Gründen“ war – nicht weiter schlimm, ich höre trotzdem immer wieder gerne ihre Platten, und da sie sich selber „Wichtigtuerein und Rechthaberin“ nennt, nehme ich die Entzweiung auch nicht persönlich. Ich weiß ja nur zu gut, wie es ist, ein „Wichtigtuerein und Rechthaber“ zu sein.

Zurück nach Wien. „Die heiße Viertelstunde“ hieß eine Fernsehsendung, die der Österreichische Rundfunk ab Frühjahr 1968 mit Kreisler und Küppers produzierte. Die anfängliche Begeisterung bei Intendanz, Kritik und Publikum war endenwollend – zu frech und offen waren Texte und Lieder, die letzten beiden geplanten und bereits geschriebenen Sendungen wurden sang- und klanglos gestrichen.

Georg Kreisler verbat sich so ziemlich alles, was vom Staat kam

Die Kreislers machten weiter mit Chansons und Kabarett, ihre Ehe hielt bis 1975. Georg zog später nach Berlin und war dort zusammen mit seiner zweiten Ehefrau Barbara Peters in der Kleinkunst- und Kabarettzene aktiv und populär, kurz gesagt: bekannt von Bühne, Funk und Fernsehen. Wobei Funk und Fernsehen sich weiterhin gerne sträubten.

Seit 2001 trat er nicht mehr selber auf, er schrieb Romane, Essays und Geschichten und komponierte viel und vielfältig. Nach Berlin waren weitere Lebensstationen Salzburg und Basel. Streitbar nicht nur in seiner Kunst, setzte Kreisler sich aktiv gegen einen EU-Beitritt der Schweiz ein und den Euro als Währung.

Als Österreicher sah er sich seit der Emigration 1938 nicht mehr; Gratulationen zum 75. Geburtstag seitens des Österreichischen Staates verbat er sich, weil sich „die Republik Österreich in den über vierzig Jahren, seit ich nach Europa zurückgekehrt bin, noch nie um mich geschert hat.“ Überhaupt: Georg Kreisler verbat sich so ziemlich alles, was vom Staat kam. Er sah sich als Anarchist. Was würde er wohl zu der heutigen Politiker-Mischpoke auf der Welt singen?

Topsy Küppers feierte vor drei Monaten ihren 90. Geburtstag. Georg Kreisler ist heute vor zehn Jahren in Salzburg gestorben.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.
Insertionspreis
die vierspaltige Petit-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung.**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vor-
mittags 10—1, nachmittags 4—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 49 || Berlin, 20. Kislew 5667 — 7. Dezember 1906 || XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt
für das jüdische Volk die
Schaffung einer öffentlich-
rechtlich gesicherten Heim-
stätte in Palästina
(Baseler Programm.)

Das neue amerikanische
Naturalisationsgesetz

Die badische Gebetbuchfrage

Wir und die Sozialdemokratie
Von Tubal

Verein zur Förderung jüdischer Kunst

Ein Berliner Brief

Soziale Hilfsarbeit der modernen Jüdin
Von Naëmi Banéth
(Fortsetzung)

Rundschau
Ein neuer Oberrat
Von den Wirkungen des
religiösen Liberalismus
Die Wahlbewegung in Russland
Zur Politik der russischen Zionisten
Zur Judenfrage
Aus Palästina
Aus Kanada
Einwanderungsschwerungen

Kleine Mitteilungen

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Mitteilungen des Zentralbureaus der
Zionist. Vereinigung f. Deutschland

Mitteilungen der Palästina-Kommission

Oberschlesischer Zionistentag

Konferenz der russischen
Landsmannschaft

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Lübeck — Hamburg — Köln
— Filehne — Halberstadt — Königs-
berg i. Pr. — Johannesburg
Zionismus in Amerika

Eingesandt (Herzlwald)

Nationalfond

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Hoisteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
E. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14.

Eine unbeleuchtete Fluchtroute

Die Israelin Mikhal Dekel beleuchtet ein unbekanntes Kapitel des Holocaust. Ihr Buch „Die Kinder von Teheran“ ist eine Mischung aus umfassender Wissensvermittlung und einem persönlichen Bericht. Wer zu lesen beginnt, mag es nicht mehr aus der Hand legen.

Von Merle Hofer (Israelnetz)

In „Die Kinder von Teheran. Eine lange Flucht vor dem Holocaust“ erzählt Mikhal Dekel die Geschichte ihres Vaters, der als eines von knapp 900 polnisch-jüdischen Kindern 1943 aus dem besetzten Polen über Teheran bis nach Palästina flieht. Anhand seiner Biografie gelingt es Dekel, ein weitgehend unbekanntes Kapitel des Holocaust zu beleuchten. Erfolgreich verwebt die Autorin die vielschichtigen Ereignisse miteinander, die nicht weniger komplex sind als die bekannteren Ereignisse in Europa während des Holocausts. Dekel stellt fest: „Hannans Flüchtlingsjahre haben ihn zweifellos geprägt, aber ich besitze nur wenige fotografische Belege“ für die Einzelheiten der Flucht. „Zwischen Polen und Palästina, zwischen den Familienfotos aus Ostrów und denen aus Haifa, klafft eine gewaltige Lücke.“

Diese Lücke zu schließen, gelingt der Israelin auf eindruckliche Weise, indem sie ihre eigene Familiengeschichte in den größeren Kontext einordnet. Vergleichsweise behütet wächst Dekel in Haifa auf. Über seine Flucht als Kind schweigt der Vater. Erst durch die Begegnung mit einem aus dem Iran stammenden Kollegen in New York beginnt die Professorin für Englische und Vergleichende Literaturwissenschaft Fragen zur Kindheit ihres Vaters zu stellen. Dass dieser eben nicht aus Teheran stammt, sondern eigentlich Pole war, begreift sie erst, als er auf seinem Totenbett Polnisch spricht.

Dekel beschreibt ihre eigenen Vorbehalte zu Beginn der Recherche und den Umstand, dass sie ihren Vater nie als Holocaust-Überlebenden ge-

sehen hatte: „Die Geschichte meines Vaters war eine typisch israelische Geschichte.“ Holocaust-Überlebende hingegen „waren Leute, die im Israel meiner Kindheit und Jugend eine Aura gedämpfter Scham und Angst verströmten“. Dazu hätten ihr Vater und die anderen „Teheran-Kinder“ keinesfalls gezählt.

Gespräche mit Zeitzeugen

Die Autorin zeichnet den größeren Kontext nach, in dem die „Teheran-Kinder“ zu sehen sind: Mehr als eine Million polnische Juden flohen über die Sowjetunion vor den Nazis. Im Gegensatz zu bekannten Fotos aus den Lagern in Europa gab es von ihnen hingegen „keine ikonischen Bilder“. Dekel fährt nach Polen und sucht nach Spuren der Familie ihres Vaters. Sie führt zahlreiche Gespräche mit Überlebenden der „Teheran-Kinder“ und deren Nachfahren. Auf anschauliche Weise wertet sie historische Quellen aus Archiven sowie zahlreiche Interviews aus. Sie gibt Gespräche mit Zeitzeugen wieder und zeichnet die Todesangst der Flüchtlinge auf sowie die Hoffnung auf einen Neuanfang in einem unbekanntem Land. Sie hält die Stationen der Flucht fest.

Dekel spricht vom Schweigen in ihrer Familie und davon, was dieses bis heute für Folgen für ihre eigene Familie hat. Ihr Vater überlebte die Verfolgung des Zweiten Weltkriegs. Er entkam den Nazis, und doch prägte ihn diese Verfolgung sein ganzes Leben. Die Autorin berichtet vom polnischen Nationalismus, von der Geschichte der Juden im Iran und in Zentralasien. Die Mittfünfzigerin thematisiert das israelische Selbstverständnis der sogenannten „zweiten



Der Iran ist bereits seit Jahrtausenden nicht nur Durchlaufstation, sondern auch Heimat für Juden: Hier die „Zionistische Vereinigung“ des Iran (1920).

Generation“, der Nachkommen der Holocaust-Überlebenden, und ihre Herausforderungen. Zudem schildert sie anschaulich, wie Juden während des Weltkrieges im Iran aufgenommen wurden.

Immer wieder schlägt sie eine Brücke zur Gegenwart, etwa wenn sie von den Begegnungen mit ihrem amerikanischen Kollegen berichtet und dieser ihr Fotos von Gräbern aus Teheran schickt, die bis heute erhalten sind. Auf allen ist der Buchstabe „J“ eingraviert sowie ein Davidsstern und ein „P“ für Pole. Ebenfalls ist bis heute die jüdische Grabinschrift auf Hebräisch zu lesen: „Ihre Seele sei eingebunden im Bündel des Lebens“. So bekommt der Leser neben vielen

historischen Fakten noch einen Einblick in das aktuelle Geschehen der Stationen, auf denen die „Teheran-Kinder“ unterwegs waren: aus Polen, Russland, Usbekistan, Kasachstan und aus dem Iran – und schließlich aus dem heutigen Israel.

„Die Kinder von Teheran“ ist ein Sachbuch, das gleichzeitig so persönlich und packend geschrieben ist, dass der Leser in manchen Teilen denkt, er halte einen Brief in den Händen. Dekel lässt auch eigene Gefühle und Gedanken in ihr Rechercheergebnis einfließen. Das Buch ist ein Gewinn für die Holocaustforschung und ein Geschenk an den interessierten Leser – auch deshalb, weil die deutsche Übersetzung sehr gut gelungen ist.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Die Damaskus-Affäre

Eine Ritualmordanklage gegen in Damaskus lebende Juden im Jahr 1840 führte zum Tod und zur Folter eines Teils der zu Unrecht Anklagten. Der vor Vorverurteilung und Fehlern nur so strotzende Fall zog derart große Kreise, dass sich selbst die damaligen europäischen Großmächte in den nebulösen Justizskandal einschalteten.

Von Miriam-Thérèse Sofin

Die Damaskus-Affäre ging als die erste Ritualmordanklage gegen die Juden auf islamischem Boden in die Weltgeschichte ein. Zuvor waren antisemitisch motivierte Ritualmordbeschuldigungen ausschließlich in christlichen Ländern bekannt geworden. Die Affäre war auch der traurige Beginn einer ganzen Reihe von Ritualmordbeschuldigungen gegen Juden in der islamischen Welt. Bis zum heutigen Tage erzählt man sich in Syrien, dass dort im 19. Jahrhundert ein Priester und sein Diener von Juden zwecks Blutgewinnung in einem religiösen Ritual zum Passahfest abgeschlachtet wurden. Weltweit hält sich hartnäckig das absurde Gerücht, dass Juden durch nicht-jüdische Menschenopfer und das Trinken von Blut versuchen würden Gott näherzukommen.

Am 5. Februar 1840 verschwanden der aus Sardinien stammende Mönch Pater Tomaso und sein muslimischer Bediensteter in Damaskus. Seine Ordensbrüder meldeten beide Männer noch am selben Tag als vermisst und wandten sich an den für die Katholiken in Syrien zuständigen französischen Konsul Ratti-Menton mit der Bitte, den Fall aufzuklären. Pater Tomasos Ordensbrüder waren es auch, die als Erste einen jüdischen Ritualmord hinter dem Verschwinden der beiden Männer vermuteten, da Bewohner des jüdischen Viertels ihnen gegenüber behauptet hatten, Pater Tomaso dort am Vorabend noch gesehen zu haben. Insbesondere der Ordensbruder Pater Tusti, ein stadtbekannter fanatischer Judenhasser, war der Überzeugung, die Juden hätten die beiden Männer umgebracht, da sie das Blut von Menschenopfern für das bevorstehende Pessachfest benötigt hätten.

Pater Tomaso war als Arzt und Apotheker unter den Einwohnern von Damaskus bekannt und beliebt. Sowohl Juden als auch Moslems zählten zu seiner Stammkundschaft. Ein Zeuge erzählte den Ermittlern nach dessen Verschwinden, eine lautstarke Auseinandersetzung zwischen ihm und einem türkischen Maultierhändler mitbekommen zu haben. Bei dieser habe sich Pater Tomaso abfällig über den Islam geäußert und damit den gläubigen Muslim verärgert. Der habe daraufhin gerufen: „Dieser Hund eines Christen wird durch meine Hand sterben!“ Nur kurze Zeit nach seiner Aussage fand man den Zeugen, einen türkischen Kaufmann und Moslem, erhängt auf. Ob er durch seine eigene Hand oder durch die von Dritten starb, ist bis heute nicht bekannt.

Hinrichtung auch ohne Beweise wurde abgelehnt

Der französische Konsul hielt die Behauptung der Ordensbrüder, die Juden der Stadt seien für das Verschwinden von Pater Tomaso und seinem Knecht verantwortlich, für berechtigt und übergab die Untersuchung des Vermisstenfalles dem örtlichen Gouverneur Sherif Pascha. Dieser ließ alsbald einen jüdischen Barbier namens Salomon Negrin festnehmen und foltern. Unter Folter gab der schließlich



Sir Moses Montefiore aus England, im August 1840 nach Alexandria entsandt, um eine unabhängige Untersuchung des Falles zu erzielen.

an, er habe den Pater und seinen Diener am Tag ihres Verschwindens in ein jüdisches Haus gehen sehen. Nach dieser Aussage wurden zunächst acht der gesellschaftlich am meisten geachteten Juden des Viertels verhaf-



Moritz Daniel Oppenheim: Jüdischer Gefangener in der Damaskusaffäre (Gemälde 1851).

tet. Mit Hilfe von Folter, Erpressung und Nötigung versuchte die Polizei, sie zum Geständnis des angeblichen Ritualmordes zu bewegen. Einer von

ihnen, ein 80-Jähriger, verstarb dabei. Ein anderer trat zum Islam über, um weiteren Strapazen zu entgehen. Die Übrigen legten trotz Folter nicht das gewünschte Geständnis ab. Um den Druck weiter zu erhöhen, ließ Sherif Pascha auf Geheiß des französischen Konsuls Benoît Ulysse de Ratti-Menton 63 jüdische Kinder als Geiseln nehmen, um die Inhaftierten doch noch zu einem Geständnis zu bringen. Der Gouverneur bat außerdem den ihm übergeordneten Generalgouverneur von Ägypten, Muhammad Ali Pascha, um Erlaubnis, die angeklagten Juden auch ohne Geständnis und sonstige Beweise hinrichten zu lassen, was dieser jedoch ablehnte.

Im gesamten Nahen Osten verbreitete sich währenddessen das Schauer Märchen vom mordenden und bluttrinkenden Juden, und es kam zu Pogromen gegen zahlreiche jüdische Gemeinden. In Damas-

kus verwüstete ein aufgehetzter Mob eine Synagoge und zündete die sich darin befindlichen Thora-Rollen an. Die jüdischen Gemeinden in Europa

und den USA solidarisierten sich nach den Ausschreitungen öffentlich mit ihren bedrohten Glaubensgeschwistern in Nahost. 15.000 amerikanische Juden demonstrierten in sechs Großstädten der USA für die Freilassung der angeklagten Juden in Damaskus. Auch in Paris und London gingen Juden für ihre gefangenen Glaubensbrüder in Syrien auf die Straße.

Österreich hilft

Der französische Justizminister Adolphe Crémieux konnte die britische Regierung unter Lord Palmerston schließlich dazu bringen, sich in den Fall rund um den verschollenen Mönch einzuschalten. Neben den Briten engagierte sich vor Ort lediglich der österreichische Konsul von Damaskus, Merlatto, für die Freilassung der inhaftierten Juden. Er erhob gegenüber dem französischen Konsul, Benoît Ulysse, schwere Vorwürfe. So unterstellte er ihm unter anderem, antisemitische Hetzschriften an die Bevölkerung von Damaskus verteilt zu haben, um den gesellschaftlichen Hass auf die Juden zu schüren.

Der achte Präsident der vereinigten Staaten, Martin van Buren, ließ den US-Konsul in Ägypten offiziell Protest gegen die Inhaftierung der Juden einlegen. Außerdem wurden auf Geheiß des Londoner Bürgermeisters mehrere Vermittler, darunter auch der Orientalist Solomon Munk aus Frankreich und Sir Moses Montefiore aus England, im August 1840 nach Alexandria entsandt, um eine unabhängige Untersuchung des Falles zu erzielen. Nach wochenlangen Verhandlungen mit dem ägyptischen Gouverneur konnten sie seine Zusage erwirken, die Gefangenen bedingungslos freizulassen und ihre Unschuld öffentlich zu verkünden. Danach reisten sie nach Konstantinopel weiter und erhielten dort auch vom Sultan die offizielle Erklärung, dass die Anklage auf Ritualmord fallengelassen werde. Leider waren zu diesem Zeitpunkt bereits vier der mittlerweile dreizehn Hauptangeklagten im Gefängnis zu Tode gekommen. Die Restlichen wurden wieder in die Freiheit und Arme ihrer Familien entlassen. Das Schicksal von Pater Tomaso und seinem Leibeigenen konnte bis heute nicht aufgeklärt werden. Auch ihre Leichen wurden nie gefunden.

Die Damaskus-Affäre zeigte den jüdischen Gemeinden weltweit ihre Gefährdung und Isolation in nicht-jüdischen Ländern auf. Dies hatte ein stärkeres Zusammenrücken der jüdischen Weltgemeinschaft und eine internationale Solidarisierungswelle mit den Juden zur Folge. So wurden noch während der Affäre weltweit viele – zum Teil bis heute bestehenden – jüdische Zeitungen gegründet, die Gegen-Narrative schaffen wollten zu grassierenden antisemitischen Verschwörungsmäthen. Im Jahre 1860 entstand als Folge der Damaskus-Affäre auch die von französischen Juden gegründete „Alliance Israélite Universelle“ (AIU), eine kulturelle jüdische Vereinigung, die sich international für die Rechte der Juden stark macht und antijüdischen Hass bekämpfen will.

Der Tod des kleinen Simon

Wie der erfundene Vorwurf des Ritualmords zur Auslöschung der jüdischen Gemeinde in Trient führte und das entsetzliche antisemitische Narrativ bis weit in die Gegenwart hineinreicht.

Von Michael G. Fritz

Trient, die Hauptstadt des Trentino, wurde von den Kelten gegründet, von den Römern erobert und Tridentum genannt. Im 14. Jahrhundert wanderten jüdische Ärzte und Kaufleute aus Franken und Mitteldeutschland ein; zuvor waren bereits Juden aus der Po-Ebene ins Trentino gekommen. In Trient gab es kein Ghetto, was an der aufgeklärten Atmosphäre der Stadt ebenso gelegen haben mochte, wie an der Zahl der Zugewanderten: Sie belief sich auf dreißig, aufgeteilt auf drei Familien – angesichts der 8.000 Einwohner der Stadt keine nennenswerte Größe. Sie hatten die gleichen Rechte wie alle Bewohner, das Recht, innerhalb der Stadt zu wohnen, Waffen zu tragen und Knechte haben zu dürfen. Es war ihnen auch gestattet, an der Volksversammlung teilzunehmen, auf der der Magistrat der Stadt gewählt wurde.

Einer der herausragenden Köpfe der ebrai war Tobias aus Magdeburg, ein unter den Bewohnern der Stadt sehr beliebter Arzt. Das Zusammenleben gestaltete sich für alle Seiten ersprießlich, bis 1473 der Franziskaner Bernardino da Feltré, in Oberitalien bekannt als ebenso bedeutender Prediger wie glühender Antisemit, in Trient einzog. Er bekämpfte das Prinzip des Geldverleihens durch Juden, indem er ihnen durch Pfandhäuser Konkurrenz machte, wodurch auch ärmere Bevölkerungsschichten Kredit erhielten, ohne dass ein Zins anfiel. Seine antijüdischen Hetzpredigten, die er im Dom von Trient, der Kathedrale San Vigilio, hielt, erreichten indes die Gemeinde nicht. Kurz vor Ostern 1475 rief er von der Kanzel herab: „Passt auf eure Kinder auf, Pessach steht vor der Tür.“ Als jedoch am 23. März 1475 der dreijährige Simon Unverdorben verschwunden war, kommt tatsächlich Unruhe auf, die in eine Massenhysterie ausarten sollte.

Sein Vater Andreas, Gerbermeister und Angehöriger der deutschen Minderheit, meldete am nächsten Tag, Karfreitag, seinen Sohn beim Fürstbischof von Trient, Johannes Hinderbach, als vermisst. Was lag näher, als an einen Unfall zu glauben, der Junge hätte beim Spielen in den Gerbergraben in der Via del Fossato fallen und ertrinken können, die heute Via del Simonino heißt, in dessen Nähe die Familie wohnte. Der Bach mündete in die Etsch, die damals dort entlangfloss, wo nun die starkbefahrene, breite Via Torre Verde in Sichtweite des Bahnhofs verläuft. Aber es kam anders.

Ritualmordgerücht

Die Häuser der jüdischen Familien wurden wegen des bereits kursierenden Ritualmordgerüchts durchsucht, was indes kein Ergebnis brachte. Ausgerechnet am Ostersonntag, dem höchsten christlichen Feiertag, am 26. März, fand Samuel aus Nürnberg, der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, tatsächlich den bekleideten Leichnam Simons in der Nähe seines Hauses in einem Graben. Das Unheil nahm seinen verhängnisvollen Lauf, indem er den Leichnam dem Bürgermeister übergab, um das Seine zur Klärung des Falls beizutragen. Ihm hätte Dank gebührt. Der Junge wies zahlreiche Wunden auf, die bei der ersten Untersuchung von Ärz-



Altstadt von Trient

ten in Gegenwart von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde bluteten, was als Indiz für deren Schuld gedeutet wurde. Acht jüdische Männer, darunter Tobias, Samuel und Angelo aus Verona, der einzige Italiener, wurden sofort festgenommen.

Ein Ertrinken des Kindes schlossen die Ärzte aus, die Wunden führten sie auf Einstiche zurück, die auf den von vorneherein unterstellten Ritualmord hindeuteten. Daraufhin wurden weitere Mitglieder der jüdischen Gemeinde verhaftet. Zeugenaussagen belasteten die Juden schwer, bei der angewandten Folter ging es nicht darum, die Wahrheit ans Licht zu bringen, sondern die Anschuldigungen zu bestätigen. Schließlich gestanden alle ebrai: Tobias, der Arzt, der als einziger Jude während der Kartage das Haus verlassen durfte, hätte Simon entführt, um ihn zu töten. Der Ritus hätte dazu gedient, den Juden christliches Blut zu beschaffen, um damit Matzen (das zum Pessachfest gegessene ungesäuerte Brot) zuzubereiten, um Wunden zu heilen und Frauen vor Frühgeburten zu schützen.

Die Ritualmordlegende entspricht genau dem Empfinden einer Zeit, in der die Leiden Christi eine immer beherrschendere Stellung innerhalb der Bibelauslegung einnahmen. Die Juden galten als Verursacher dieser Leiden, als Mörder von Jesus, ohne zu beachten, dass Jesus selbst Jude war. Der Grundtenor der jüdenfeindlichen Stimmung lautete: Jesus wurde nun zum zweiten Mal getötet, was nicht folgenlos bleiben darf.

18 jüdische Männer sterben qualvoll für nichts

Der anschließende Prozess war von Anfang an umstritten. Papst Sixtus IV., der als intelligent und gelehrt galt, wusste, dass es sich um ein Komplott gegen Ju-

den handelte, der Vorwurf des Ritualmordes vorgeschoben war. Er ließ den Prozess unterbrechen, ebenso der über dem Fürstbischof stehende Herzog Sigismund von Österreich-Tirol. Beide konnten aber aus realpolitischen Erwägungen heraus den Prozess nicht abbrechen, Hinderbach hätte sein Gesicht verloren. Die erzwungenen Geständnisse führten im Juni 1475 und Januar 1476 zum Todesurteil gegen insgesamt 18 jüdische Männer.

Der Leichnam des zuerst Hingerichteten, Tobias aus Magdeburg, wurde von Pferden gezogen um den Dom geschleift unter dem Beifall der Einwohner. Vier Todeskandidaten erwarben durch ihre Entscheidung, zum Christentum zu konvertieren, das Anrecht auf eine „humanere“ Hinrichtung, also einen Tod durch Erhängen statt durch Verbrennen. Dem Fürstbischof fiel der eingezogene Besitz aller Juden zu.

Die jüdischen Frauen wurden auch unter Folter verhört, jedoch begnadigt und aus der Haft entlassen, nachdem sie zum Christentum konvertiert waren. Sie kamen in Klöster unter und mussten die Stadt verlassen; manche konnten ihre Kinder behalten, anderen wurden sie entrissen und fortgegeben. Zwei Frauen starben nach Haft und Folter.

Der Fürstbischof erhielt später vom Papst trotz aller Bedenken die Bestätigung, dass der Prozess in Trient korrekt verlaufen ist. Jüdischen Bürgern wurde fortan das Betreten der Stadt auf unbestimmte Zeit verboten. Schon bald nach Simons Tod und dem hanebüchernen Prozess entwickelte sich eine Pilgerbewegung, aber erst 1588 erlaubte Papst Sixtus V. den Kult um den Jungen. Es wurden Wunderheilungen vermeldet und notariell bestätigt, Wallfahrten fanden statt, ein enormer Geldsegen ergoss sich über die Stadt. Die Kirche San Pietro konnte neu gebaut, das auf

einem Felsvorsprung über der Stadt thronende Castello del Buonconsiglio, in dem später das Trienter Konzil stattfindet, renoviert werden. Es wird heute darüber spekuliert, dass vor allem Finanznöte des Fürstbischofs hinter der Intrige gegen die jüdische Gemeinde gestanden haben könnten, die selbst allerdings nicht besonders vermögend gewesen sein soll.

Der um den kleinen Simon entstandene Kult gipfelte in antijüdischen Prozessionen, die alle zehn Jahre ausgerichtet wurden, bis 500 Jahre später, erst 1965, die Prozessakten nochmals untersucht wurden, unter anderem von Iginio Rogger, einem Pfarrer und Historiker aus Trient, der erkannte, dass es keinerlei Basis für einen Prozess gegeben hatte. Im Gegensatz zu vielen anderen ähnlichen Verfahren ist die Quellenlage ausgesprochen umfangreich und detailliert, sämtliche auf Latein verfassten Akten sind erhalten geblieben. Die fällige Prozession durch die Stadt mit dem einbalsamierten Simon musste gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung abgesagt werden, was zu beträchtlichem Unmut führte. Die Kirchentür der Pfarrkirche San Pietro, „ein Juwel im Herzen von Trient“, so die Werbung, zeigt ein Relief, das den kleinen lockenköpfigen Simon darstellt, in dessen Hand ein Wappen mit den Folterwerkzeugen. Links neben dem Altar befindet sich weiterhin eine Kapelle für den Jungen: Aula del piccolo Simone.

1992 treffen Reisegruppen aus Israel in Trient ein, es fällt die Bemerkung, es sei nun wohl endlich erlaubt, diese Stadt zu besuchen. Ist der Bann aufgehoben, auf dass zum ersten Mal seit 1476 offiziell Juden wieder Trient betreten dürfen? Antijüdische Hetze, einmal in die Welt gesetzt und auf fruchtbaren Boden gefallen, scheint auf immer fortzuleben.

Die Juden Ägyptens und ihre moderne Exodus-Geschichte im 20. Jahrhundert

Die Geschichte des jüdischen Volkes ist eng mit dem Land am Nil verknüpft und war im Altertum wie auch in der Neuzeit mit mehreren Vertreibungen verbunden.

„Die Tragödie von einer Million Juden aus arabischen Ländern zu leugnen, ist wie die Leugnung des Holocaust...“

Von Rachel Avraham
(Israel Heute)

Auch wenn viele Menschen es nicht wissen: „Die israelische Nation wurde in Ägypten geboren“, so Levana Zamir, die Leiterin der Internationalen Vereinigung der Juden aus Ägypten, gegenüber „Israel Heute“.

„Unser Vorfahre Jakob ging mit 60 Menschen nach Ägypten und wir kehrten mit 600.000 zurück. In der Hagaddah des Pessachfestes steht geschrieben, dass wir dort in eine Nation verwandelt wurden. Gott hat eine Familie in ein Volk verwandelt. Wir sind alle Söhne Jakobs; deshalb wurde die israelische Nation in Ägypten geboren.“

Kurze Geschichte der Juden in Ägypten

Trotz des Exodus aus Ägypten hat es in dem nordafrikanischen Land immer eine jüdische Gemeinde gegeben: „Es gab nie eine Situation, in der es keine jüdische Gemeinde in Ägypten gab. Sie war manchmal klein und manchmal groß, aber seit Tausenden von Jahren hat es immer eine jüdische Gemeinde gegeben.“

Zamir wies darauf hin, dass Josephus Flavius schrieb, dass in hellenistischer Zeit eine Million Juden in Alexandria, Ägypten, lebten: „Unter den Griechen herrschte Toleranz gegenüber ihrem Glauben. Die ägyptische jüdische Gemeinde hatte in der hellenistischen Zeit viele wichtige Persönlichkeiten. Yedida Ha-Alexandroni zum Beispiel war ein großer Philosoph. Es gab auch einen großen Cohen, den die Griechen umbringen wollten, sodass er nach Ägypten verschwand und einen großen Tempel baute, der genau dem in Jerusalem entsprach. Dann kamen die Römer und änderten die Gesetze. Es gab keine Gleichheit mehr zwischen Juden und Griechen. In Israel gab es einen großen Aufstand und die Römer töteten Tausende von Juden. Sie waren Barbaren.“

Laut Zamir litten die Juden auch unter der arabischen Herrschaft, wenn auch weniger in Ägypten. „In den arabischen Ländern waren die Juden immer Dhimmi, sie mussten die Kopfsteuer Dschizya als Schutz zahlen und wurden gezwungen, Muslime zu werden. Wenn sie das nicht taten, wurden sie getötet.“

Yaakov Ibn Khillis, ein Jude aus Ägypten, war ein Wesir, ein hochrangiger Beamter. Er fiel jedoch beim König in Ungnade und musste um sein Leben in die Länder der Fatimiden fliehen. Laut Zamir half er den Fatimiden bei der Invasion Ägyptens: „Er half den Fatimiden auch bei der Gründung der Al-Azhar-Universität, dem Zentrum des sunnitischen Islam.“

Eine weitere prominente Figur in der ägyptischen jüdischen Gemeinde war Maimonides, einer der bedeutendsten Thora-Gelehrten des Judentums. „Er floh aus Spanien nach



Ägyptische jüdische Mädchen während einer Bat-Mizwa-Zeremonie in der Stadt Alexandria

Marokko und nachdem man ihn töten wollte, ging er nach Ägypten. Er war der Arzt des Sultans. Er betete in der El-Ezra-Synagoge. Er schrieb auf Judäo-Arabisch. Er schrieb einen Brief an die Juden im Jemen, in dem er argumentierte, dass es religiös zulässig sei, den Übertritt zum Islam vorzutauschen, um das eigene Leben zu retten. Die Kairoer Genisa enthielt viele heilige Dokumente. Die gesamte Geschichte der Juden in Ägypten ist hier zu finden. Sie schrieben sowohl auf Arabisch als auch auf Hebräisch. Das zeigt, wie ägyptisch wir Juden waren.“

Zamir behauptete, dass der Status der ägyptischen jüdischen Frauen höher war als in anderen arabischen Ländern: „Das Geld, das eine Frau als Mitgift in die Ehe einbrachte, gehörte im ägyptischen Judentum ihr, nicht ihrem Ehemann. Das gab der ägyptischen Jüdin Macht. Wenn der Ehemann also nicht gut war, konnte sie das Geld nehmen und sich scheiden lassen. Ein Mann konnte Ägypten nicht ohne die Erlaubnis seiner Frau verlassen. Ägypten gab den Frauen sehr viel Macht. In Ägypten arbeiteten die Frauen und hatten ihre eigenen Geschäfte.“

Europa brachte den Nationalismus nach Ägypten

Laut Zamir hat Ägypten eine reiche Kultur, die dem Aufkommen des arabischen Nationalismus vorausging: „Die ägyptischen Aristokraten sahen sich nicht als Araber. Wir sind ein Volk, das von den Pharaonen abstammt. Die Regierung war türkisch, da wir von den Osmanen regiert wurden. Der arabische Nationalismus wurde aus dem Ausland importiert. Al Afghani brachte den arabischen Nationalismus nach Ägypten. Vor ihm war Ägypten für die Ägypter da, nicht für die Araber.“

Zamir behauptet, der Aufstieg des arabischen Nationalismus in Ägypten sei die Schuld der Europäer: „Napoleon marschierte in Ägypten ein. Er zerstörte die Eliyahu Ha-Nevi-Synagoge in Ägypten. Das war der Napoleon, der nach ‚Freiheit und Gleichheit‘

schrie. Montefiore half ihnen beim Wiederaufbau, derselbe, der den Juden bei der Blutlüge von Damaskus half. Auch Muhammed Ali half den Juden bei der Damaszener Blutverleumdung. Muhammed Ali gab allen Menschen Gleichberechtigung, vertrieb die Franzosen und erklärte sich selbst zum Vizekönig von Ägypten.“

Laut Zamir hätten die Juden in Ägypten kein Problem gehabt, wenn die Nachkommen von Muhammed Ali weiter regiert hätten. Um Ägypten jedoch zu zwingen, die Kredite für den Bau des Suezkanals zurückzahlen, warfen die Briten seine Nachkommen aus der Macht und übernahmen die Kontrolle über das Land. Dies habe zur Übernahme Ägyptens durch die arabischen Nationalisten geführt, die sich 1948 gegen die jüdische Gemeinschaft gewandt hätten. „Die Juden haben Ägypten aufgebaut. Alle ersten Banken, einschließlich der ägyptischen Nationalbank, waren im Besitz von Juden. Wir Juden aus arabischen Staaten sind mehrsprachig. Ich spreche Italienisch, Französisch, Englisch, Arabisch und Hebräisch. Ich habe an einer christlichen Schule studiert. Wir waren gut integriert.“

Zamir stellte jedoch fest, dass dies alles keine Rolle spielte. „Die Araber wollten nicht, dass es einen jüdischen Staat gibt. Also nahmen sie meinem Vater das Geschäft weg und sperrten meinen Onkel für das Verbrechen, ein Zionist zu sein, für anderthalb Jahre ein. Viele Juden wurden für anderthalb Jahre inhaftiert. Ich war 10 Jahre alt. Sie klopfen an die Tür, stahlen viele Dinge und verhafteten meinen Onkel. Sie versuchten, mein Klavier zu versteigern, was aber dank der Intervention eines arabischen Freundes nicht gelang. Ich wusste nichts von der Verhaftung meines Onkels. Ich ging in die Schule und mein Lehrer erzählte mir, sie hätten meinen Onkel ins Gefängnis gesteckt. Ich dachte, er hätte jemanden umgebracht. Ich war erst 10 Jahre alt. Ich fing an zu weinen, ging zu meiner Mutter und fragte, was er getan hatte. Sie sagte: ‚Sie haben ihn mitgenommen, weil wir Juden sind.‘“

Die Vertreibung

„Das war ein Trauma für mich, zu sehen, dass er ins Gefängnis musste, weil er Jude war“, erklärte sie. „Ich hatte deswegen nachts Alpträume. Dreißig Jahre lang träumte ich, dass ich in unserem Haus war, eine muslimische Freundin von mir war da, und alle Araber hörten, wie ich Hebräisch mit ihr sprach. In meinem Traum wollte ich Französisch oder Arabisch sprechen, aber es kam nur Hebräisch heraus. Ich hatte Angst, dass ich auch ins Gefängnis kommen würde, weil ich Jude bin. Wir haben anderthalb Jahre gewartet, bis sie meinen Onkel aus dem Gefängnis entließen. Sie schickten ihn direkt aus dem Gefängnis auf ein Boot. Dann wurden wir ausgewiesen und konnten nur mit einem Koffer ausreisen. Wir gingen mitten in der Nacht.“

Laut Zamir verschlechterte sich die Situation in den 1950er Jahren weiter, nachdem seine Mutter bereits weg war:

„Nasser vertrieb die Franzosen und Briten aus dem Suezkanal. Er vertrieb alle britischen, französischen und jüdischen Unternehmen. England, Frankreich und Israel begannen den Suezkrieg. Wir kamen fast bis Kairo und eroberten Port Said. Aber dann sagten uns die Amerikaner, wir sollen aufhören. Anschließend folgte der Sechstagekrieg, in dem alle ägyptischen Flugzeuge zerstört wurden. Alle Flugzeuge zerbrachen am Boden in Stücke. Die verbliebenen Juden wurden inhaftiert und täglich gefoltert. Es gab drei Wellen der Inhaftierung mit anschließender Vertreibung, eine nach 1938, eine in den 1950er Jahren während der Suez-Krise und eine um den Sechstagekrieg 1967. Niemand ging mehr zur Schule. Alle kamen ins Gefängnis. Der spanische Konsul rettete viele der sephardischen Juden mit der Begründung, sie seien spanische Staatsbürger. Diejenigen jedoch, die keinen Konsul hatten, der sich für sie einsetzte, blieben anderthalb Jahre lang im Gefängnis. Dies ist die Geschichte der ethnischen Säuberung der Juden in Ägypten.“

Am Ende waren 50.000 ägyptische Juden gezwungen, nach Israel zu fliehen. Aus Zamirs Sicht handelt es sich um eine moderne Exodus-Geschichte, die fast so dramatisch ist wie die ursprüngliche Geschichte in der Antike.

In diesen Tagen veröffentlichte Dr. Mohammed Aboulghar, einer der Gründer der Ägyptischen Sozialdemokratischen Partei, ein Buch mit dem Titel „Jews of Egypt: Departure and Dispersion“, in dem er behauptet, die ägyptischen Juden seien für ihren Exodus selbst verantwortlich.

„Die Tragödie von einer Million Juden aus arabischen Ländern zu leugnen, ist wie die Leugnung des Holocausts, auch wenn letzterer eine andere Dimension hat“, so Zamir. „Wir sagten nichts, nachdem Dr. Aboulghar sein erstes Buch veröffentlicht hatte. Aber wenn wir ägyptischen Juden uns nicht gegen diese Lügen wehren, wer dann?“

„Lieber in Deutschland ehrlich sterben als in Kalifornien verderben“

Die Tagebücher der deutschen, seit langem zum Christentum konvertierten Jüdin Hedwig Pringsheim aus Berlin werfen ein Schlaglicht auf finstere NS-Jahre: Die vor allem in der Kaiserzeit erfolgreiche Schauspielerin wollte trotz des Drängens ihrer eigenen Kinder lange Zeit nicht aus Deutschland fliehen. In letzter Sekunde konnte sie 1939 schließlich doch noch zur lebensrettenden Flucht in die Schweiz bewegt werden.

Von Theodor Joseph

Hedwig Pringsheim (1855-1942), war die Tochter der Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, ehemalige Schauspielerin und Salonière in Berlin sowie durch ihre Tochter Katia seit 1905 die Schwiegermutter von Thomas Mann, oder, wie sie es selbst nannte, die „Schwieger-Tommy“ des berühmtesten Schriftstellers seiner Zeit. Das Verhältnis Thomas Mann/Hedwig Pringsheim war gleichwohl bestimmt von „emotionsloser Dürre“.

Hedwig Pringsheim war eine kultivierte Frau, eine „femme de lettres“, eine Frau der Briefe – und der Tagebücher. Sie war eine fleißige Tagebuchschreiberin: 57 Jahre, von 1885 bis 1941, notierte sie nahezu täglich, was ihr wichtig erschien. Und damit war sie eine bedeutende Chronistin ihrer Zeit. Hedwig Pringsheim war eine lebenskluge, souverän belebte Frau, eine weltläufige, selten mutlose, gleichwohl elegante Tagebuchschreiberin.

Der größte Teil ihrer Tagebuch-Bändchen befand sich im Nachlass von Golo Mann, Hedwig Pringsheims Enkel. Die Jahre 1939-1941 waren aus unbekanntem Gründen seinerzeit entnommen worden und in den Nachlass von Katia Mann geraten, der Liebblingstochter von Hedwig Pringsheim. Herausgeberin Cristina Herbst legt – wie schon in der von ihr vorzüglich edierten Tagebuchsammlung der Jahre 1929-1934 – mit feinem Gespür die täglichen Notizen der „Nachrichtenüberträgerin“ Pringsheim frei und erschließt der Nachwelt ein literarisches Kleinod.

Die Pringsheims – welch eine Familie! Hedwig Pringsheim war seit 1878 die Ehefrau des Mathematikprofessors, Kunstmäzens und -sammlers Alfred Pringsheim. Beide führten ein gesellschaftlich bedeutendes Leben in München. Der kritische Wagnerianer Pringsheim verstand es, Wagners Partituren zu bearbeiten und war bereit, sich gar ein Pistolenduell für die Bayreuther Sache zu liefern.

Hedwig Pringsheims Tagebücher spiegeln die katastrophischen NS-Jahre wider, die über die gesellschaftlich hochangesehene, geachtete, großbürgerliche und -zügige Familie Pringsheim mit dem Jahre 1933 hereinbrach. Die Pringsheims hatten nämlich jüdische Wurzeln, waren gleichwohl ausgestattet mit einem antijüdischen Dünkel. Emanzipiert, assimiliert und akkulturiert hatten die Pringsheims – er war „confessionslos“, sie evangelisch getauft – das Judentum hinter sich gelassen und sahen sich durch die Nürnberger Rassegesetze des Jahres 1935 mit einem Mal auf ihr ererbtes Judesein zurückgeworfen. Bei Hedwig Pringsheim liest sich das in ihrem Tagebucheintrag vom 15. September 1935 so: „Abend aus Nürnberg die Eröffnung des Reichstags am Radio gehört (...) u. die schmachlichsten Judengesetze zur Tatsache schmiedete!“

Alfred Pringsheim war nach dem Nürnberger Parteitag nunmehr wieder

in den Stand eines Juden gesetzt und die Nazigesetze trafen ihn mit voller Wucht. Hedwig Pringsheim dagegen wurde als „Mischling“ eingestuft, was nur partiell eine Besserstellung bedeute. Die neuen Rasse-Gesetze verboten es Juden auch, „arische“ Hausangestellte zu beschäftigen. Es bedurfte guter Beziehungen, dass die „Dienstmädchenfrage“ doch noch günstig gelöst werden konnte. Das hatte zudem den Vorteil, dass das nichtjüdische Hauspersonal in allen Geschäften einkaufen konnte, um nicht „beim Juden“ einkaufen zu müssen.

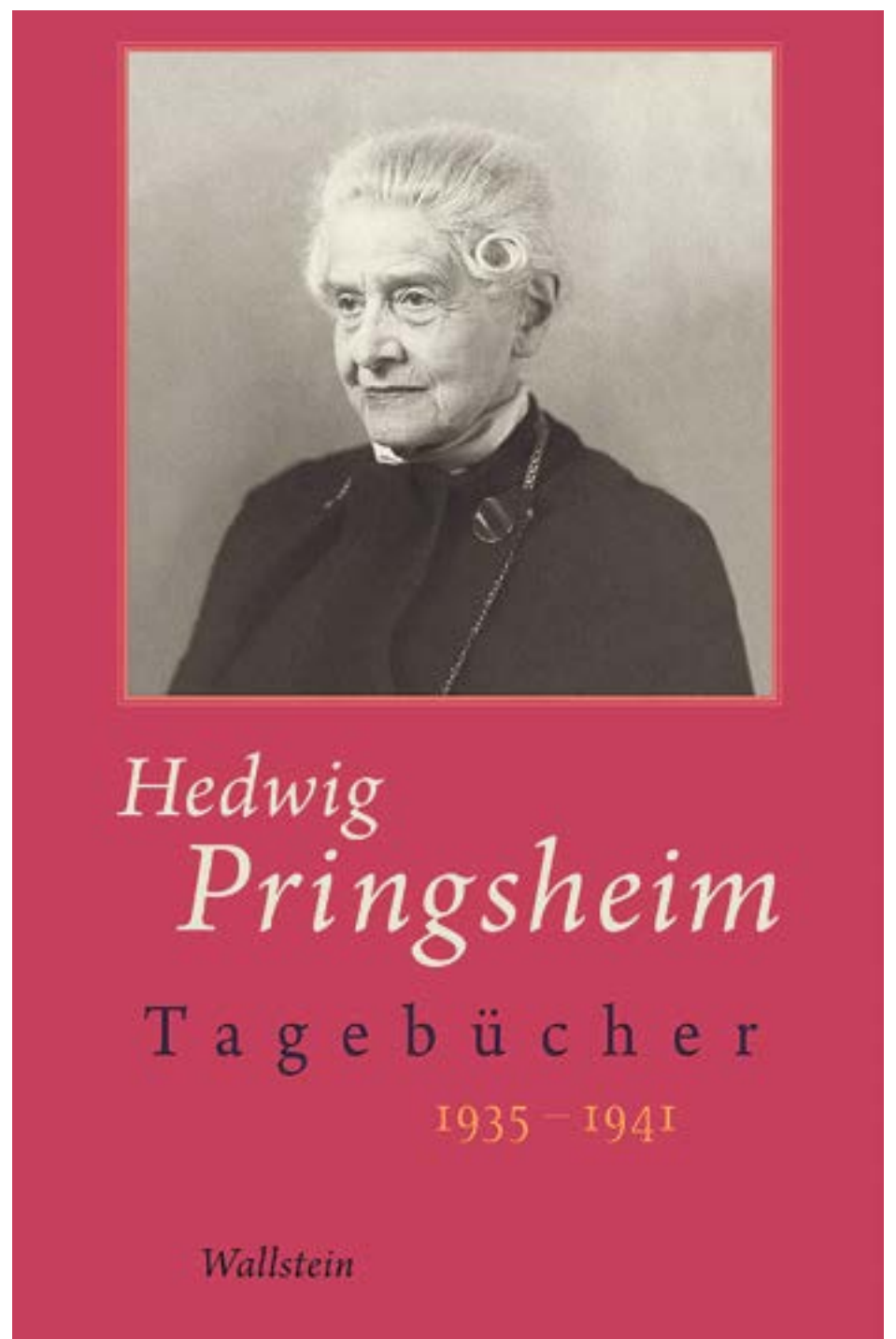
Die jüdische Sara mit dem „arischen“ Pass

Ab August 1938 trat das Gesetz über die Änderung von Vornamen in Kraft. Juden mussten ihrem Vornamen den Namen „Israel“, Jüdinnen den Namen „Sara“ begeben. Alfred Pringsheims Gesuch, in Anbetracht seines Alters und seiner Leistungen für das Allgemeinwohl, diesen Zusatz zu seinem Namen nicht führen zu müssen, wurde abgewiesen. Bei Hedwig Pringsheim lagen die Dinge anders: Zwar musste sie in ihrer Kennkarte, „in die saure ‚Sara‘ beißen“, doch im Pass war sie von dieser Zwangsmaßnahme befreit. Sie war „stolze Besitzerin eines arischen Passes“ und kommentierte es mit der ihr eigenen Ironie: „Wat ick mir davor koofe!“

Ihres „arischen“ Passes konnten sich die Pringsheims nicht lange erfreuen: Im Januar 1937 bekamen sie „Besuch eines sehr höflichen und netten Beamten“, der ihre beiden Pässe abholte. Ins Ausland konnten sie fortan nicht mehr reisen und ihre inzwischen in der Schweiz lebende Tochter Katia und ihren Schwiegersohn Thomas Mann sollten sie nie mehr wiedersehen.

Aus den Tagebüchern der Hedwig Pringsheim lässt sich herauslesen, wie den Pringsheims nach und nach Heimat, Haus und Vermögen geraubt wurden. In ihren Aufzeichnungen verbindet sie auf einzigartige Weise das Familiäre und Politische. Die Nürnberger Gesetze hatten die Pringsheims wieder zu Juden gemacht, was nichts daran änderte, dass Hedwig Pringsheim Hitlers Politik mit einem gewissen Verständnis und Duldsamkeit gegenüberstand, und es Thomas Mann dadurch schwerfiel, seine Schwiegermutter weiterhin zu besuchen. Mit der national-konservativen Meinung und dem Eigensinn der alten Dame mit ihrer „zarten Bewunderung Hitlers“ konnte und wollte Mann nichts zu tun haben. Das Pringsheimische Geld anzunehmen, hatte Thomas Mann allerdings keinerlei Bedenken. Der Gedanke, diese im Exil für seine Familie so notwendige Unterstützung in ein bisschen Dankbarkeit und Nachsicht für die beiden alten Schwiegereltern umzumünzen, kam ihm allerdings nicht.

Hitler, der „Führer“ und seine Reden, finden in Hedwig Pringsheims Tagebuch, immer wieder verständnisvolle Aufmerksamkeit: „Er sprach 1 ¾ Stunden, sehr gut und bedeutsam, für die Außenpolitik gradezu sensationell ...



sehr überraschend, sehr aufregend“ (7.3.1936)

Am 30. Januar 1939 feierte das nationalsozialistische Regime, wie in jedem Jahr seit 1933, den Jahrestag der „Machtergreifung“. An diesem Abend versammelten sich in der Berliner Kroll-Oper die Abgeordneten des Reichstags zur traditionellen Sitzung. Hitlers Rede, immer wieder unterbrochen durch Begeisterungstürme, dauerte mehr als zweieinhalb Stunden. Erst im letzten Teil seiner Rede kam Hitler auf sein eigentliches Thema zu sprechen – die „jüdische Frage“. Er ging im folgenden Passus seiner Rede deutlich über das oft Wiederholte hinaus. Er sei in seinem Leben „sehr oft Prophet“ gewesen und „meistens ausgelacht“ worden. Nun wolle er „wieder ein Prophet“ sein und sagte dann die oft zitierten furchtbaren stakkatohaft herausgeschrien Sätze: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des

Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Nie zuvor hatte Hitler seinen Vernichtungsantisemitismus so unverhohlen ausgedrückt.

Hedwig Pringsheim verfolgte diese, an Missverständlichem nichts zu wünschen übriglassende, Hitler-Rede am Radio. Ihrem Tagebuch vertraute sie nichts Bemerkenswertes an und notierte nachgerade geschäftsmäßig: „Rede von Hitler, die formal recht anständig, auch inhaltlich zum Teil nicht uninteressant, sehr selbstbewußt und von Antisemitismus flammend“. Hitler hatte für ihren Geschmack ganz offensichtlich allzu oft seinen radikalen Antisemitismus verkündet, als dass sich eine Hedwig Pringsheim von diesem Verbalradikalismus noch beeindruckt ließ.

1937 wurden den Pringsheims die Reisepässe entzogen, um eine vorzeitige Ausreise zusammen mit der wertvollen Majolika-Sammlung zu verhindern. Wertvolle Kunstgegenstände, die ebenso seltene wie kostbare Silbersammlung wurden beschlagnahmt, Ende 1938 die Bankkonten gesperrt. Das Münchner

„Palais Pringsheim“ musste zwangsverkauft werden. Ihnen blieb nichts erspart: Die Drangsalierung, die Rechtsbeugungen, der blanke Raub, etwa der Lenbach-Bilder der Familie, die erst in jüngster Zeit wiederaufgefunden werden konnten.

Am 21. November 1938 wurde die Pringsheimsche Wohnung geplündert, die Exponate, wie es euphemistisch hieß, zur „Sicherstellung von Kulturgütern“ beschlagnahmt. Hedwig Pringsheim notierte im Tagebuch: „Nun geschah's! Um ½ 9 früh drangen 4 Männer von der ‚Politischen‘ bei uns ein, mit Packern und räumten unsere Wohnung aus, verstauten Bilder, Kunst- und Kulturbestand, Silbersammlung etc. in Kisten und in unten wartende Möbelwagen geschleppt. Die ‚Herren‘ taten ihre Pflicht u. waren im Ganzen recht anständig. Die Prozedur dauerte den ganzen Vormittag bis 4 Ur[!] ...“

Fast Gleichmut

Das Raubgut wurde der Bayrischen Kunsthandelsgesellschaft zur Aufbewahrung übergeben und war für das Hitler-Museum in Linz bestimmt. Nachdem die Möbelpacker die Wohnung verlassen hatten, schrieb Hedwig Pringsheims ihrer Tochter Katia in einer Mischung aus Zynismus und Bitternis: „Also: wir sind gesund, gefaßt und tapfer. Es wird uns weiter nichts geschehen. Man hat uns freundlichst erleichtert: Besitz ist Last ...“

Die Majolika-Sammlung wurden im Sommer 1939 in zwei Teilen bei Sotheby's in London versteigert und ergab insgesamt rund £ 19.500, was umgerechnet etwa 234.000 RM entsprach. Vom Erlös erhielten die Pringsheims einen bescheidenen Anteil mit der Erlaubnis diesen in die Schweiz zu transferieren. Nach seiner „Reichsfluchtsteuerakte“ hat Alfred Pringsheim nach heutigem Kurs 2.479.263 Euro bezahlt.



Alfred und Hedwig Pringsheim, 1891 porträtiert von Franz von Lenbach

Und das war nicht alles.

Als man den Pringsheims das gesamte künstlerische Inventar ausräumte, waren gerade einmal elf Tage vergangen, dass brauner Mob reichsweit einen furchtbaren Judenpogrom veranstaltete, die sogenannte „Reichskristallnacht“. Im Tagebuch Hedwig Pringsheims werden die Ereignisse so wiedergegeben: „München steht Kopf, da der von einem 17jährigen jüdischen Idioten ermordete arme Sekretär der deutschen Botschaft in Paris wirklich gestorben ist; u. nicht nur in München, sondern in Alldeutschland förmliche Progrome (!) ausgebrochen scheinen“. Sie blieb an diesem Tag „lieber zuhause“. Die Ereignisse selbst nahm sie scheinbar gelassen zur Kenntnis als entspräche es einem „normalen“ Alltag im NS-Kalender. Von den Ausschreitungen blieben die Pringsheims unbehelligt. Es gab ja nichts mehr, was NS-Vandalen hätten zerschlagen oder rauben können. Der 10. November 1938

endete für sie so: „Abend gelesen u. Nachrichten. Scheußlich“.

Keine Lust auf Flucht

Katia Mann versuchte ebenso verzweifelt wie ergebnislos, ihre Eltern zur Auswanderung zu bewegen. Am 25. November 1938 schreibt ihr die Mutter: „Schau mal, Kind: wie wollen auch wirklich nicht. Überleg's dir: wir sind zu alt, zu lebensunmutig, um uns zu transplantieren und in der Fremde ein neues Leben zu beginnen.“ Und weiter dann in illusorische Verblendung, als wäre das bislang Erlittene nicht schon schlimm genug gewesen: „Im übrigen ist wol nicht, wie du meinst manches übertrieben. Das gibt's garnicht, das kann man garnicht. Aber ich habe gelernt, historisch zu sehen und zu denken, weiß also, daß alles vorübergeht. Ob man's erlebt, ist amende nicht so wichtig“.

Emigration schlossen die alten Pringsheims kategorisch aus: „Ach

du Dummerl, du kannst doch nicht im Ernst wänen, daß wir Uralten mit fast 88 und 83 Jahren uns noch, und dazu one Geldmittel, uns noch auf die Auswanderbeine machen können“. Und dann: „Lieber in Deutschland ehrlich sterben“, beschied sie ihre inzwischen in Los Angeles lebende Tochter, „als in Kalifornien jämmerlich verderben“.

Schließlich doch noch die Rettung im Oktober 1939, dank wundersamer Unterstützung durch einen „netten gefälligen“ SS-Sturmbannführer, am „allerletzten Tag“, und mit dem letzten Zug, an der Grenze noch drangsaliert, ins Züricher Exil. An ihre Tochter Katia schrieb Hedwig Pringsheim am 10. Dezember 1939 diese bemerkenswerten Zeilen über die Umstände der Ausreise in die Schweiz: „Nun war dieser Mann, trotz Ober-Nazi, ein liebenswerter, sehr gutartiger, verständnisvoller, und dazu noch ein hübscher jüngerer Herr, der sofort bereitwillig sagte: ‚das will ich schon machen!‘“

„Gott segne den Obersturmführer!“ Zwei Tage später hatten die Pringsheims ihre Pässe und trafen am 31. Oktober 1939 in Zürich ein. Einen Tag später war der letzte Einreisetermin abgelaufen und die Schweiz wäre ihnen verschlossen geblieben. Hedwig Pringsheim dazu: „Gott segne den Obersturmführer! (Sie sind nämlich keineswegs alle Schweine, wie es ein irriger Glaube wänt).“

Nachdem ihr Mann Alfred am 25. Juni 1941 gestorben war, fiel Hedwig Pringsheim in Apathie bei zunehmender Verwirrtheit und starb am 27. Juli 1942.

Hedwig Pringsheim: Tagebücher 1935-1941. Bd. 9. Hrsg. u. kommentiert v. Cristina Herbst, Wallstein Verlag 2021, 861 S., 49,90 Euro.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

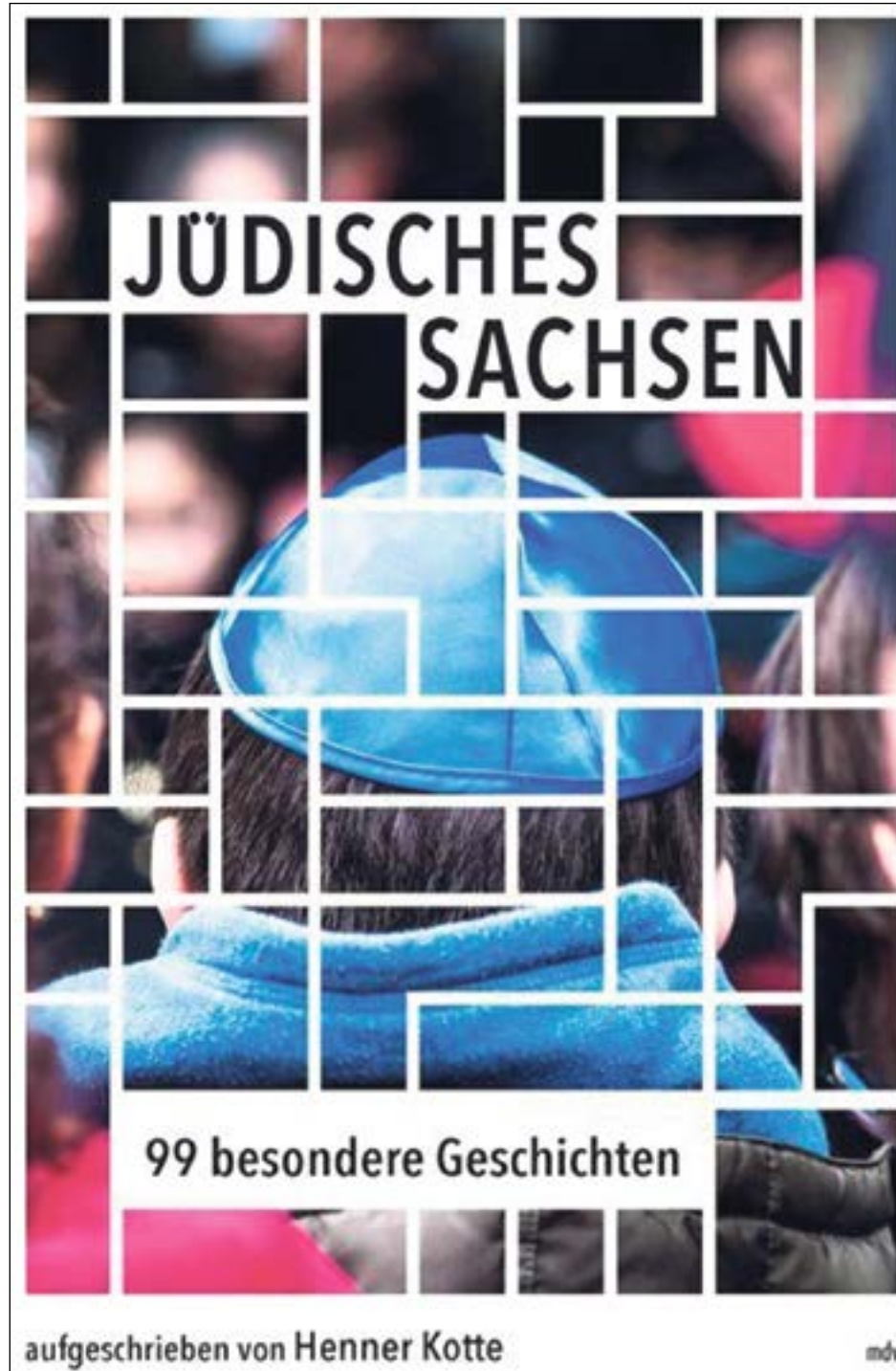
Jüdisches Sachsen. 99 besondere Geschichten

Ein neuer Kultur-Reiseführer von Henner Kotte lädt ein die weitgehend unbekanntere jüdische Geschichte des Freistaates an zahlreichen Orten und Baudenkmalern zu erkunden.

Von Nikoline Hansen

2021 ist das Jahr, in dem Deutschland 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland feiert. Auch wenn die Feier aufgrund der aktuellen Lage nicht so verläuft, wie ursprünglich vielleicht geplant – man wird doch immer wieder darauf gestoßen, wenn auch eher zaghaft. Es gibt eine Briefmarke zum „Jubiläum“ und Veranstaltungen, die immer wieder verschoben werden müssen, manchmal aber auch stattfinden. Und es gibt Projekte. Eines dieser Projekte ist ein kleines Büchlein mit dem Titel „Jüdisches Sachsen“. Wie zu erwarten: dieser Titel täuscht. Es gibt nicht viel jüdisches Leben in Sachsen. Die meisten der Geschichten verweisen auf historische Orte, die einstmals mit jüdischem Leben verbunden waren. Kein Wunder: es sollten ja 99 Geschichten werden. Und doch – es lohnt sich, in dem Buch zu stöbern, denn viele der präsentierten Geschichten sind nicht präsent und so kann es als Nachschlagewerk, Reiseführer und Denkanstoß dienen.

Wenn man in Sachsen unterwegs ist und sich für jüdische Geschichte interessiert, lohnt es sich jedenfalls, das Büchlein dabeizuhaben. Und nein, natürlich ist jüdisches Leben wie überall in Deutschland auch in Sachsen zaghaft wieder am Entstehen: insbesondere in den größeren Städten. In Dresden gibt es eine große neue Synagoge, die am 9. November 2001 eingeweiht wurde. Warum sie unter der Überschrift „Bethaus für alle Völker“ präsentiert wird, bleibt wohl ein Geheimnis des Verfassers. Auch in anderen Orten gibt es Synagogen, in denen ein neues Gemeindeleben erwacht ist. Der Leipziger Synagogalchor ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Die Sanierung der Synagoge in Görlitz wurde 1991 begonnen und erst 2021 abgeschlossen – ein Beispiel, das zeigt, welch langer Atem notwendig ist, um jüdisches Leben in Deutschland wiederzubeleben.



In Chemnitz gibt es nicht nur eine Synagoge, sondern auch ein jüdisches Restaurant. Das gibt es immer noch,

auch wenn es manchmal bedrohliche Schlagzeilen macht. Es heißt „Schalom“ – ob es für Juden in Deutschland

jemals Frieden geben wird, ist allerdings zweifelhaft.

Jüdischer Verlag in Sachsen

Der Verlag Hentrich & Hentrich ist von Berlin nach Leipzig gezogen – auch er ist ein Beispiel für lebendiges Judentum und wird in dem Buch erwähnt. Das Land kann sich glücklich schätzen, dass dieser Verlag sich für Leipzig als Standort entschieden hat. Leipzig beherbergt auch das Institut für Jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow, das auf Beschluss des sächsischen Landtags am 9. November 1995 ins Leben gerufen wurde. In Deutschland ist das Institut kaum bekannt. Seit 2017 wird es von der israelischen Professorin Yfaat Weiss geleitet und seit 2018 ist es als Leibniz-Institut in die deutsche Forschungslandschaft eingebunden. Es bleibt ihm zu wünschen, dass es seinem Namensträger gerecht werden kann.

Am Ende stehen die Städtepartnerschaften zwischen sächsischen und israelischen Städten – vier sind es insgesamt nach Recherchen des Autors. Das ist nicht viel für ein ganzes Bundesland. Einst bezeichnete sich die Sächsische Schweiz als eines der ersten Gebiete als „judenfrei“. Darauf ist man wahrscheinlich nicht mehr stolz, aber eine Rückkehr zur Normalität im Zusammenleben gibt es noch lange nicht. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland sind geprägt von einem Auf und Ab und hätten 1933 fast ein jähes Ende gefunden. Noch immer wird Jüdisches als etwas Besonderes empfunden, wie der Titel des Buches impliziert. Es ist ein Glück, dass auf das lange Abwärts nun wieder ein langsames Aufwärts folgt, das es zu pflegen gilt. Da gibt es eindeutig noch viel zu tun in Sachsen.

Henner Kotte: Jüdisches Sachsen. 99 besondere Geschichten. Reiseführer Mitteldeutscher Verlag Oktober 2021 ISBN 978-3-96311-552-0

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Und ewig grüßt der jüdische Sündenbock – das Feindbild Rothschild

Warum steht ausgerechnet die jüdische Familie der Rothschilds, aber nicht die nicht-jüdischen Quandts, Albrechts oder Fuggers im Zentrum von Missgunst und Weltverschwörungstheorien?

Von Kristof Benninger

Entfesselte Finanzmärkte, korrupte Eliten und geheime Absprachen hinter verschlossenen Türen – so in etwa stellen sich bestimmte Kreise die Welt einer dubiosen Hochfinanz vor, zu der aus deren Sicht auch die Familie Rothschild zählen soll. Doch warum muss ausgerechnet immer genau diese eine Familie als Paradebeispiel für mutmaßliche Intrigen und Verschwörungen in der Politik und Finanzwelt herhalten?

Antisemitische Vorurteile und Ressentiments haben im Laufe der Geschichte sowohl stereotype Vorstellungen vom äußeren Erscheinungsbild jüdischer Mitbürger geprägt – man denke nur an die Darstellungen im Dritten Reich – als auch von deren charakterlichen Eigenschaften. Dem Juden haftet unter (Neo-)Nazis, Islamisten, christlichen Fundamentalisten und Verschwörungstheoretikern das Image an, hinterlistig und gerissen zu sein. Aus diesem Grund wähen alte und neue Antisemiten den Juden als Archetyp des kaltschnäuzigen und abgezockten Spekulanten und Finanzjongleurs.

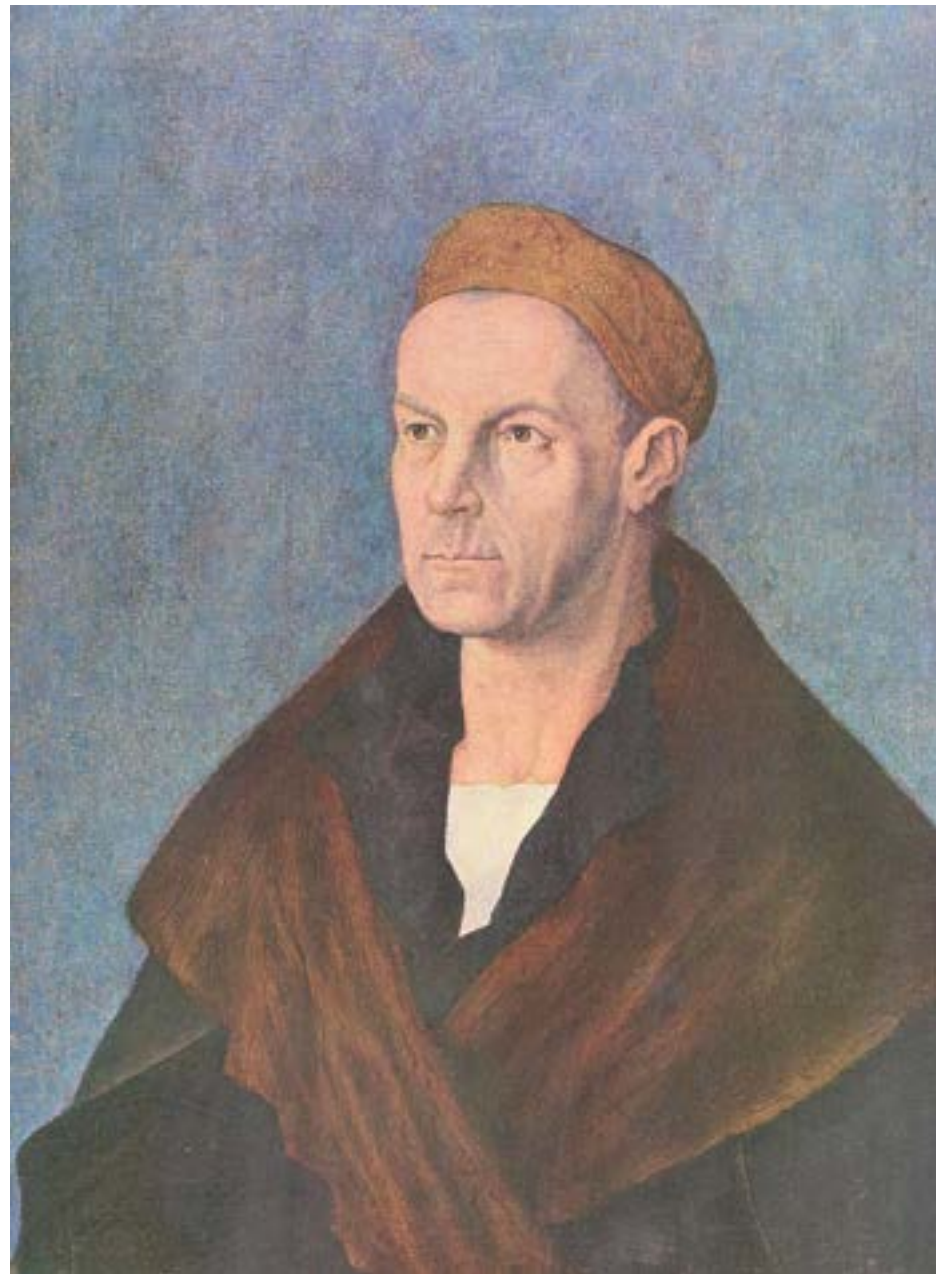
Dabei bleibt es aber nicht. Als mit allen Wassern gewaschener Intrigant geht er noch weiter. Er verbündet sich mit seinesgleichen und schmiedet Verschwörungen aller Art: Finanzkrisen, den 11. September, Pest und Cholera – all das wird in antisemitischen Kreisen mit dem Vorhaben des „Weltjudentums“ in Verbindung gebracht, eine neue Weltordnung zu schaffen. Aus den Ressentiments entstanden krude Verschwörungstheorien und Mythen, die Hass, Ablehnung, Ausgrenzung und Schlimmeres zur Folge hatten.

Wenn es um die Rolle des Judentums in der internationalen Politik und Finanzwelt geht, wird recht schnell die „ominöse“ Familie Rothschild exemplarisch als Musterbeispiel für konspirative Verkommenheit herangezogen. Seit jeher ranken sich Verschwörungstheorien um die Rothschilds: Sie sollen das Finanzsystem kontrollieren, die wahren Strippenzieher der Schoah sein, Wetterkatastrophen steuern können. Doch welche Personen und Geschichte verbirgt sich hinter dem Etikett „Rothschild“?

Die Grundsteinlegung für den Erfolg der jüdischen Großfamilie reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Die Wurzeln der Rothschilds liegen in Frankfurt am Main. Dort legten sie einen fast beispiellosen Aufstieg aus dem Ghetto in die internationale Bankenwelt hin. Und das obwohl schon damals, lange vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten, Juden gesellschaftlich stark diskriminiert wurden. So durften die Rothschilds damals ihr Frankfurter Ghetto nur zu bestimmten Uhrzeiten verlassen. Außerdem war ihnen – wie allen Juden – die Ausübung eines Handwerks untersagt.

Staatsanleihen

Möglicherweise lag genau in dieser beruflichen Diskriminierung der Grund dafür, warum sich viele Juden zwangsweise in anderen Berufszweigen probieren mussten, so auch in der Finanzbranche, die unter allen Alternativen noch am aussichtsreichsten erschien. Dieser berufliche Pfad sollte sich für die Roth-



Porträt des Jakob Fugger, Albrecht Dürer (um 1519)

schilds jedoch als Glücksfall entpuppen.

Besonders die Idee von Staatsanleihen erwies sich nämlich als einträglich. Damit ermöglichte es Mayer Amschel Rothschild, der Begründer der Rothschild-Dynastie, dass wohlhabende Bürger den Staaten Kredite gewähren konnten. Dafür erhielten die Inhaber der Staatsanleihe jedes Jahr einen festgelegten Zinsbetrag und am Ende der Laufzeit die gewährte Kreditsumme wieder vollständig zurück.

Später stiegen Mayer Amschels Söhne in das Geschäft ein. Einer der Brüder, Nathan Mayer Rothschild, immigriert ohne Englischkenntnisse – dafür aber vom Vater mit reichlich Kapital ausgestattet – nach England. Ihm gelang es, in London eine Niederlassung zu gründen. Sein Bruder Jakob wiederum eröffnete 1811 im Alter von gerade mal 20 Jahren eine weitere Niederlassung in Paris. Die anderen Brüder taten es Nathan und Jakob mit Gründungen in Wien und Neapel gleich. Letztlich entstand somit ein europäisches Bankenconsortium, das sich im Krisenfall gegenseitig mit Kapital versorgte.

Doch der rasante Aufstieg hatte seinen Preis: Die Rothschilds wurden zum Opfer antisemitischer Anfeindungen, da ihr Erfolg in den Augen vieler ein Beleg dafür war, dass Juden geldgierige Abzocker seien. Das Imperium der Rothschilds hatte somit zwar keine neuen antisemi-

tischen Vorurteile begründet, aber offensichtlich war es Wasser auf die Mühlen all derer, die bereits eine tiefsetzende Skepsis gegenüber dem jüdischen Teil der Bevölkerung besaßen und entsprechende Vorurteile verinnerlicht hatten.

Auch heutzutage verfügen die Rothschilds noch über ein beträchtliches Vermögen. Geblieben ist u.a. eine börsennotierte Finanzholding, die unter dem Namen „Rothschild & Co“ firmiert und im Bereich der Finanzberatung und Vermögensverwaltung tätig ist. Neben dem Geld haben allerdings leider auch antisemitische Ressentiments und Verschwörungsmärchen die Zeit überdauert.

Die Rothschilds sind nach wie vor unverzichtbarer Bestandteil einer wie auch immer gearteten „jüdischen Weltverschwörung“. Dabei lässt sich mittlerweile kaum noch ein einheitliches Familienbild der Rothschilds zeichnen, da die verschiedenen Familienzweige kreuz und quer über die gesamte Welt verteilt sind.

Antisemiten und „Israelkritikern“ dürfte das egal sein. Ebenso wie eine weitere interessante Tatsache: Gemäß der 2020 veröffentlichten Liste „The World’s Richest Families“ des Wirtschaftsjournalen Bloomberg befindet sich unter den 25 reichsten Familien der Welt keine einzige jüdische – nicht einmal die Rothschilds. Stattdessen tummeln sich dort u.a. die saudische Königsfamilie,

die deutschen Unternehmerfamilien Albrecht (Aldi) und Quandt (u.a. beteiligt an BMW) sowie Familien aus den USA, Indien, Frankreich, Schweden, Thailand, Italien und Südkorea.

Das Weltranking der Superreichen

Wenn man sich vor Augen hält, dass weder die Rothschilds noch irgendeine andere jüdische Familie im Weltranking der Superreichen mithalten kann, dann mutet es umso seltsamer an, dass bezüglich der Beeinflussung von Politik und Wirtschaft ausgerechnet immer wieder der Name „Rothschild“ fällt. Würde jemals darüber spekuliert, ob die Albrecht-Brüder die Preise für Lebensmittel manipulieren? Waren die Quandts irgendwann einmal Bestandteil einer Verschwörungstheorie zur Beeinflussung der deutschen Politik? Fehlanzeige!

Selbst um eine totalitäre Organisation wie Scientology, die bekanntermaßen sowohl über ausreichend Einfluss als auch entsprechende Finanzmittel verfügt, und zudem in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird, wurde nie ein ansatzweise aufwendiges Verschwörungsfantasiestrukt aufgebaut. Das dem so ist, lässt sich einzig und allein auf eine Tatsache reduzieren: Keiner dieser Familien oder Gruppierungen ist jüdisch. Und genau aus diesem Grund ist die Erwähnung der Rothschilds im Zusammenhang mit etwaigen Verschwörungen und Finanzkrisen hochgradig antisemitisch.

Es geht nicht darum, dass es einen Einfluss auf die Politik gibt oder eben nicht. Es geht um den penetranten Fokus auf die Rothschilds, der antijüdische Ressentiments permanent am Leben hält. Würde sich der Blick auf die Mächenschaften und Beziehungen der Waltons, Albrechts, Quandts, Ferreros, Kwoks und Lees mit gleicher Intensität wie im Falle der Rothschilds richten, dann müsste man wahrscheinlich das Narrativ des „geldgierigen“ und „gerissenen“ Juden auf viele andere Bevölkerungsgruppen ausweiten: Christen, Buddhisten, Hindus, Moslems usw.

Am Ende blieben nicht mehr viele Gruppen übrig, auf welche die genannten Attribute keine Anwendung fänden. Dann wären allenfalls noch ein paar altruistische Schintoisten und naturverbundene Schamanen über jeden Verdacht erhaben, „gierig“ und „konspirativ“ zu sein.

Sollte es in der Tat Familienclans geben, die über genügend Geld verfügen, um Politiker und Wirtschaftsgrößen zu korrumpieren und Gesetze nach eigenem Wohlgefallen anzupassen, dann muss eins klar werden: Dieses Verhalten ist weniger auf die Traditionen einer bestimmten Religionsgemeinschaft zurückzuführen, sondern viel eher auf das Wesen des Menschen an sich.

Und genauso wie der Mensch, der zu Einfluss, Macht und Vermögen gekommen ist, all dies mehren und behalten möchte, neigt der Mensch am anderen Ende der Skala dazu, den anderen ihren Erfolg zu neiden. Dies findet dann entweder Ausdruck in wilden Verschwörungstheorien oder auch in sozialistischer und antikapitalistischer Propaganda.

Die jüdische Story der Beatles und Rolling Stones

Es waren vielfach Juden, die den berühmtesten Bands der Welt wie den Beatles und den Rolling Stones entscheidend bei ihrem musikalischen Durchbruch geholfen haben.

Von Benjamin Tschernuchin

Es ist kaum möglich jemanden zu finden, der noch nie von The Beatles und The Rolling Stones gehört hat.

Eine Schlüsselrolle beim Aufstieg der Liverpools Vier zu Weltruhm spielte Brian Epstein, ein Nachkomme litauischer und russischer Juden. Dieser Mann wurde sogar „der fünfte Beatle“ genannt. Er war es, der das Konzept des Bühnenbildes von Beatles ausgearbeitet hat und die Aufnahmen ihres ersten Albums sowie zahlreiche Tournees organisierte. Wäre Epstein nicht mit 32 Jahren an einer Überdosis Schlaftabletten gestorben, hätte er noch viele weitere Talente entdeckt.

Auch die Kontrahenten der Beatles, die Rolling Stones, hatten ihren eigenen „Epstein“ – sogar mehrere. Den Stil der Gruppe, die als „Bösewichte“ auftrat, wurde von einem ihrer ersten Manager, Andrew Loog Oldham, erfunden – dem Sohn einer australischen Jüdin und eines 1944 gefallenen Leutnants der US-Luftwaffe. Andrew interessierte sich schon als Teenager für die Popkultur, arbeitete mit Bob Dylan auf dessen erster Tournee durch Großbritannien, bis er im April 1963 zum ersten Mal die Rolling Stones hörte.

Mit seinen 19 Jahren hatte er bereits genug Erfahrung, um bei der Gruppe ein hohes Potenzial zu erkennen, obwohl die „Vagabunden“ damals nur in kleinen Londoner Clubs auftraten. Unter Andrews Einfluss änderte die Gruppe ihr Repertoire, und Mike Jagger und Keith Richards begannen, ihre eigenen Lieder zu schreiben. Es wurden mehrere lukrative Verträge unterzeichnet, die Songs der Rolling Stones eroberten hohe Plätze in den amerikanischen und britischen Charts, Alben verkauften sich in Großauflagen und 1964 startete die Gruppe ihre erste Tour durch die Vereinigten Staaten.

Seit 1965 arbeitete der Co-Manager Allen Klein, ein amerikanischer Jude, mit ihnen zusammen – mit ihm begannen die Rolling Stones noch mehr zu verdienen als die Beatles. Die USA-Tour 1965 verlief dank Klein mit hervorragender Werbung und öffentlicher Unterstützung.

Währenddessen wandte sich der



Brian Epstein (links) mit den Beatles

erste Manager der Stones, Andrew Oldham, den Drogen zu und interessierte sich immer weniger für die Angelegenheiten der Band. Als Mick Jagger und Keith Richards im Frühjahr 1967 wegen Drogenbesitzes verhaftet wurden, fuhr Andrew, anstatt ihren beschädigten Ruf wieder aufzupolieren und sich mit den Problemen der Band zu befassen, in die USA, und ließ Klein eine Lösung suchen. Schließlich erhielten die Musiker

Bewährungsstrafen; der 23-jährige Oldham übergab dann alle seine Befugnisse an Allen Klein als einen erfahrenen Kollegen.

Klein geht fremd

Ende 1960er Jahre hatte Klein finanzielle Meinungsverschiedenheiten mit Jagger, einem Absolventen der London School of Economics, der mit spitzen Bleistift rechnen konnte. Etwa zur gleichen Zeit begann Allen Klein mit den nach Epsteins Tod „verwaisten“ Beatles zu arbeiten, die das Talent des Amerikaners sofort zu schätzen wussten. Das war zu viel, und Jagger feuerte den „Nebenberufler“.

In der frühen Geschichte der Rolling Stones gibt es eine weitere interessante Persönlichkeit mit dem bemerkenswerten Namen Giorgio Sergio Alessandro Gomelsky, ethnische Zugehörigkeit unbekannt. Er stammte aus Tiflis, Georgien, wuchs aber in Europa auf und war Anfang der 1960er Jahre Besitzer des Londoner Crawdaddy Club, in dem einige der ersten Auftritte der Band stattfanden. Schon bevor Andrew Loog Oldham mit den Rolling Stones zu arbeiten begann, hat Gomelsky die Gruppe

gemanagt und eines Tages den Besitzer der Lokalzeitung überzeugt, einen Korrespondenten und einen Fotografen zum Konzert dieser unbekannteren Band zu schicken.

Keine geringe Rolle am Erfolg der Gruppe spielte auch Gered Mankovitz – ein damals sehr junger Fotograf, der durch Oldham begann, mit der Gruppe zusammenzuarbeiten. Es war Mankovitz, dessen Fotografien die Band visuell erkennbar machten; er designte ihre ersten Alben und war der offizielle Fotograf, der die Rolling Stones auf ihrer USA-Tour 1965 begleitete. Mankovitz' Bild fürs Albumcover von „Between the Buttons“ (1967) ging in die Geschichte ein, und seine Fotos von Jimi Hendrix, Elton John und anderen Rockstars ebenfalls.

Wer weiß, vielleicht bewirkte auch die „jüdische“ Geschichte der Band, dass die Rolling Stones Israel niemals boykottierten – dazu ruft beispielsweise Roger Waters von Pink Floyd auf. Dem Druck nicht nachgebend, traten die „Vagabunden“ triumphierend im Sommer 2014 im Yarkon Park in Tel Aviv auf.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die Liebe zum Lernen: Das Herz des jüdischen Lebens

Jüdisches Lernen beginnt mit Gott, denn ohne ihn zu kennen, kann man eigentlich nichts wissen.

Von David Lazarus

„Halte fest an der Lehre, lass sie nicht los;
bewahre sie, denn sie ist dein Leben!“
Sprüche 4,13

Lernen ist das Herzstück der jüdischen Zivilisation und ihres beständigen Überlebens. Die Juden werden schon seit jeher „das Volk des Buches“ genannt, und das aus gutem Grund. Von den biblischen Zeiten bis heute, durch Exil, Feindseligkeiten, Hass und Drangsal hindurch, wussten die Juden eines: Man kann uns unsere Würde nehmen, uns alles wegnehmen und versuchen, uns zu vernichten, aber niemand kann uns jemals das nehmen, was wir gelernt haben.

Und was ist es, was das jüdische Volk gelernt hat? Die Geschichten, die Israel erzählt, sind die Aufzeichnung der Interaktionen zwischen Gott und der Menschheit und unserer Antworten, ob gut oder schlecht, damit die Welt „Gott kennenlernen“ kann. Die obsessive Leidenschaft für das jüdische Lernen entspringt der Überzeugung, dass Israel ein auserwähltes Volk ist, das eine Geschichte zu erzählen hat, die sich von der aller anderen unterscheidet und die für die Geschichte der Zivilisation in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von wesentlicher Bedeutung ist.

„Jüdisches Lernen war schon immer die Wurzel und die Quelle des jüdischen Lebens, ohne jüdisches Lernen können wir keine Juden sein“, schrieb Raphael Werblowsky, Mitherausgeber der Enzyklopädie der jüdischen Religion.

Das Ziel des jüdischen Unterrichts durch die Jahrhunderte hindurch war die Weitergabe des historischen und ethischen Erbes, wie es in den Taten Gottes, die durch die Bibel vermittelt werden, erfahren wurde. Anders als das Ziel der griechischen und modernen westlichen Bildung, *gnothi seauton* (erkenne dich selbst), basiert das jüdische Lernen auf *da'ath Elohim* (Wissen über Gott). Das Hebräische beginnt mit Gott, denn wahre Weisheit beginnt mit der Erkenntnis Gottes. „Die Furcht des Herrn ist der Anfang der Weisheit“.

Natürlich hat ihre intensive, hingebungsvolle und fast fanatische Besessenheit vom Studium und der Weitergabe der Bibel über die Generationen hinweg zu vielen phänomenalen Köpfen im jüdischen Volk geführt, die sich oft in allen Bereichen von der Wissenschaft bis zur Kunst, der Musik und der Hochtechnologie hervortun, weil die Juden von Anfang an, seit der Genesis, verstanden haben, dass der Mensch sich niemals selbst erkennen kann, weder was er ist, noch seine Beziehung zur Welt um uns herum, es sei denn, er lernt zuerst von Gott und erklärt sich bereit, sich seinem Willen zu unterwerfen. In der griechischen Denkweise beginnt die Erkenntnis beim Menschen, dem Geschöpf, und versucht von dort aus, die Natur Gottes, des Schöpfers, zu verstehen. Die Heilige Schrift nennt einen solchen Menschen einen Narren (Ps. 14,1).

Aus diesem Grund waren und sind die Juden die großen Nonkonformisten der Geschichte, ein Volk, das „herausgerufen“, abgesondert (geheiligt) und



Jüdische Kinder beim Lernen

deshalb von der Welt gehasst wird. Jüdische Gelehrsamkeit entspringt dem Ideal der Heiligkeit: getrennt von anderen Völkern zu bleiben, um Gott zu gehören, sein geoffenbartes Wort zu bewahren und es von Generation zu Generation weiterzugeben. Herausgerufen ist übrigens auch die Bedeutung der *ekklesia*, der Kirche, im Neuen Testament.

Nachdem der Zweite Tempel 70 n. Chr. von den Römern zerstört und die Juden in ihr endgültiges Exil geschickt worden waren, erkannten die Rabbiner, dass sie ein System von Lehren und Traditionen entwickeln mussten, das von Generation zu Generation weitergegeben werden konnte und nicht nur den Text der Bibel bewahrte, sondern, was ebenso wichtig war, auch ihren Sinn und ihre Absicht. Talmudische Studien, *Agadot* und *Halachot*, oder „wie man auf den Wegen Gottes wandelt“, sind Mittel und Wege, um die biblischen Einsichten und Wahrheiten, die seit Beginn der Geschichte gelernt wurden, über die Generationen hinweg weiterzugeben.

Das von den Rabbinern entwickelte System der biblischen Feste ist nur ein Beispiel dafür, wie die Juden die Ereignisse der Interaktion Gottes mit Israel zum Wohle der Menschheit in Erinnerung rufen und neu erzählen. Was für Christen wie eine unnötige Last von Traditionen und Regeln aussehen mag, die mit den vielen Anforderungen an das Halten der jüdischen Feste verbunden sind, sind diese *Mitzvot* einfach der beste Weg, um biblische Wahrheiten von einer Generation zur nächsten weiterzugeben. Durch das Essen im wirklichen Leben, das Trinken aus Segenskelchen und das Nacherzählen der

Geschichten lernen selbst die jüngsten Kinder die Gegenwart des lebendigen Gottes kennen und integrieren sie in ihr Leben.

Religiöse Traditionen können natürlich zu einem Problem werden, wenn sie dazu benutzt werden, die zugrundeliegenden Wahrheiten durch Traditionen um der Tradition willen zu ersetzen. Aber selbst wenn viel davon verloren geht, warum wir die Traditionen beibehalten, werden die Geschichten über die Taten Gottes vom Vater an den Sohn weitergegeben, angefangen in der Kindheit.

Uns wird beigebracht, wie man eine *Sukka* (Laubhütte) baut und in ihr lebt oder wie man das ungesäuerte Brot an Pessach backt, und diese Traditionen sind Wiederholungen der ursprünglichen Taten Gottes, die uns gegeben werden, um die biblischen Ereignisse dessen, was Gott getan hat, wieder zu erleben. Sie dienen nicht nur dazu, sich an biblische Ereignisse aus der Vergangenheit zu erinnern, sondern sind eine Wiederholung und Erneuerung von Gottes Wegen für das tägliche Leben.

Das ist die wahre Bedeutung des Abendmahls im Neuen Testament, wo Jeschua lehrte: „Tut dies zu meinem Gedächtnis“. War es seine Absicht, dass seine Jünger sich einfach daran „erinnern“, was er in der Vergangenheit für sie getan hatte? In der jüdischen Tradition eines Gedenk- oder Festmahls möchte Jeschua, dass seine Anhänger sich die Vergebung und die Wirkung der Liebe Gottes, die sich im Messias verkörpert hat, regelmäßig in Erinnerung rufen und neu erleben.

Auf diese Weise hat Israel durch seine Traditionen die Taten Gottes für die Welt auf eine lebendige Weise bewahrt,

die von Generation zu Generation weitergegeben wurde. Alle großen Ereignisse der Bibel wurden zu Traditionen geformt, die von Generation zu Generation weitergegeben werden konnten. So wurde aus dem „auserwählten Volk“ der „unverwüstliche Jude“.

Erinnerung an Amalek

Betrachten wir ein weiteres Beispiel dafür, wie jüdisches Lernen funktioniert. In der Bibel gibt es viele Geschichten über die Feinde Gottes und Israels, die in der jüdischen Tradition alle zu einem unvergesslichen Ereignis mit dem Namen Amalek zusammengefasst wurden. Über Generationen hinweg ruft der Begriff Amalek eine tiefsetzende und gerechte Empörung hervor, mit der alle Erzfeinde Israels von Haman bis Hitler bezeichnet werden. Es ist diese von den Rabbinern eingeführte Tradition, die uns lehrt, was wir mit jedem Amalek zu tun haben, der auftaucht, denn sie sind alle gleich. Wir erinnern uns vielleicht nicht an alle biblischen Geschichten über Amalek, aber wir wissen intuitiv, was zu tun ist, wenn wir mit einem modernen Amalek konfrontiert werden.

Rabbiner sagen von der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“, sie sei „Amalek“ (ob sie nun PLO, PLA, Hamas oder Al Qaida genannt wird). Religiöse Juden, die die Traditionen kennen, wissen, wie man mit ihnen umgeht. Anders als säkulare Juden, die die Traditionen aufgegeben und vergessen haben, wie man mit Feinden umgeht, versuchen sie, mit einem Amalek Frieden zu schließen. Aber aufgrund der Lehren und Traditionen, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden, ist die Geschichte nicht vergessen, und die Juden sollten verstehen, wie tödlich und gefährlich der Versuch ist, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen. Es besteht kein Bedarf an komplizierten politischen Plänen oder Erklärungen, Amalek ist der Feind, er hat einen Namen, und wir wissen, was getan werden muss.

Die Bibel kennt den Schrecken des Vergessens – eine Kardinalsünde. „Hüte dich, dass du nicht vergisst“ ist eine ständige Mahnung daran, sich zu erinnern (siehe 5. Mose 8). „Wenn wir sagen, dass sich ein Volk ‚erinnert‘, meinen wir eigentlich, dass eine Vergangenheit aktiv an die heutige Generation weitergegeben wurde und dass diese Vergangenheit als sinnvoll akzeptiert wurde“, heißt es im Buch *Zahor* von Yosef Hayim Yerushalmi.

Wichtige moderne jüdische Persönlichkeiten wie *Ahad Ha-Am*, einer der bedeutendsten vorstaatlichen zionistischen Denker, erkannten, dass „Lernen, Lernen, Lernen das Geheimnis des jüdischen Überlebens ist“. Das jüdische Volk verstand, dass das Wissen über Gott durch Glaubens Traditionen weitergegeben werden muss, da das „auserwählte Volk“ sonst von der Erde verschwinden würde.

Deshalb wird der Allmächtige nicht „Gott Abrahams“, sondern „Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs“ genannt, denn ohne die jüdische Liebe zum Lernen und die von ihnen über Generationen weitergegebenen Traditionen gäbe es weder eine Bibel noch das Wissen um Gott.

Welches Licht hat gewonnen?

Warum Chanukka tatsächlich ein Fest für alle Juden ist

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Chanukka ist ein sehr beliebtes Fest. Es wird sowohl von Ultrareligiösen, als auch von Zionisten und sogar völlig säkularen Juden in der ganzen Welt gefeiert. Lichterfroh brennende Kerzen und Öl in den Chanukkijot, süße Sufganijot (Berliner) und ölige Latkes (Pfannkuchen) machen jeden satt und glücklich, und Drjedel-Spiele mit Kindern sind eine willkommene Abwechslung für den Alltag. Auch die Geschichte hinter diesem Fest kann jeden zufriedenstellen, wenn man sie richtig darstellt: Die Rettung der Thora und der Gebote für die Orthodoxen, die Zurückeroberung der Unabhängigkeit für die Zionisten und der Sieg des Guten über das Böse für die Säkularen. Jeder hat also etwas zu feiern, und es wird gefeiert ohne groß nachzudenken, ob die ruhmreiche Chanukka-Geschichte vielleicht doch nicht so rosig gewesen war.

Wenn man sich mit der Geschichte des Festes auseinandersetzt, und zwar mit den Quellen, würden praktisch alle Gruppen von Juden dort Ereignisse oder Ideen finden, die für sie nicht ins Bild passen oder sogar ziemlich problematisch sein könnten.

Für orthodoxe Juden ist selbst der Sieg von Haschmonaim (die Familie, die den Aufstand begann und das Land von den Eroberern befreite) über die Griechen herausfordernd. Erstens können solche Siege sowohl zu Arroganz führen („wir waren stark und klug!“), als auch zum Vergessen der Rolle G'ttes bei diesem Sieg. Deshalb haben unsere Weisen, als sie die Form des Feierns festgelegt haben, viel größeres Gewicht auf das Wunder mit dem Öl gelegt. Wir feiern acht Tage lang, weil das gefundene Öl in der Menora acht statt nur einem Tag gebrannt hat. Wir entzünden Öl bzw. Kerzen in unseren Chanukkijot, wir essen Gerichte (Sufganijot und Latkes), die mit Öl gebacken werden. Der militärische Sieg wird nur im Gebet, quasi am Rande, erwähnt.

Für die Zionisten ist die Rolle der siegreichen Juden problematisch. Erstens haben die Haschmonaim den Aufstand nur deshalb gemacht, weil es verboten war die Thora zu lernen und die Gebote zu halten. Dass das Land Israel von Griechen regiert wurde, störte sie hingegen wenig. Und dass das Land infolge dieses Sieges unabhängig wurde, wurde eher zum Nebeneffekt. Außerdem waren es die Haschmonaim selbst, die diese Unabhängigkeit nur 200 Jahre später wegen interner Intrigen an die Römer selbst verschenkt haben. Deshalb bleibt für diese Gruppe wohl nur „den Sieg der jüdischen Waffen“ zu feiern, ohne an die anderen Umstände der Geschichte zu denken.

Juden an der Seite der Griechen

Das größte Problem mit der Chanukka-Geschichte sollten jedoch die säkularen Juden haben. Denn der Krieg, den die Haschmonaim und ihre Verbündeten mehrere Jahre lang geführt haben, war nicht nur der Kampf gegen griechische Eroberer, sondern auch gegen jene Juden, die die Griechen unterstützt haben. Und solche „hellenisierten“ Juden, die „Mitjawim“ genannt wurden, gab es ziemlich viel. Die Mitjawim waren Juden, die sich zur griechischen Lebensweise hingezogen fühlten und die jüdische Tradition hinter sich lassen wollten. Deshalb waren aus Sicht der Mitjawim die Hasch-



Chanukkia am Brandenburger Tor in Berlin, Dezember 2019

monaim religiöse Fanatiker und der Sieg der Haschmonaim in diesem blutigen Bürgerkrieg eine echte Tragödie. Denn damit war der Traum der Mitjawim von einem „freien Leben“ ohne Gebote und mit allen lustvollen griechischen Bräuchen zu Ende. Und mit dem Sieg der religiösen Juden (Haschmonaim) waren die „antireligiösen“ Juden (Mitjawim) entweder im Kampf gefallen oder mussten fliehen.

Der berühmte deutsche Rabbiner Samson Rafael Hirsch (1808-1888) merkte an, dass es eigentlich noch viel tragischer war. Die hellenisierten Juden waren nicht irgendwelche marginalen Schlepper, die wegen schwerer tagtäglich Arbeit so verhärtet waren, dass sie alle Gefühle von unserer Tradition verloren hatten. Im Gegenteil! Es war die geistige Elite der damaligen Zeit, die Priester und Adligen!

Jüdische Kleidung, Sprache und Namen

Unsere Weisen bringen im Talmud an, dass die Juden durch drei Merkmale äußerlich erkennbar sind: jüdische Sprache, jüdische Kleidung und jüdische Namen. Wenn ein Jude sich von seiner Tradition entfernt, ändert er zuerst die Kleider, dann die Sprache und schlussendlich auch den Namen.

Der jüdisch-hellenistische Historiker Josephus erzählt, dass es so weit war, dass sogar die Hohepriester ihre Namen geändert haben! So wurde der Hohepriester Jehoschua zu Jason und sein Bruder und Nachfolger Chonja zu Menelaos. Rabbiner Hirsch geht einen Schritt weiter und spricht das Schockierende aus: der griechische Tyrann Antiochos IV. Epiphanes wäre von sich selbst aus eigentlich nie darauf gekommen antijüdische Gesetze, wie das Verbot des Schabbats, der Beschneidung, des Thora-Lernens einzuführen. Für die Griechen, die selbst viele Götter hatten, waren die Religionen der besiegten Völker ziemlich egal. Es könnten vielleicht höhere Steuern bzw. Abgaben sein, warum jedoch sollte man die Ausübung der Religion verbieten, was auch nirgendwo sonst in den eroberten Ländern geschah?

Erst als ihm die jüdische Oberschicht gezeigt hatte, dass das Judentum für sie zur Last geworden war, zum Hindernis gegen ein „freies Leben“, entschloss sich der griechische Herrscher zu solchen Maßnahmen. So gesehen, waren es die hellenisierten Juden, die Verfolgungen und den Tod vieler frommer Menschen in Judäa verursacht haben!

Rabbiner Hirsch ging dieses leidige Thema sehr nah. Er hatte in seinem Berufsleben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Die Haskala („Aufklärung“)-Bewegung hat das jüdische Leben in Deutschland stark verändert und war damit eine große Herausforderung für das traditionelle Judentum. Rabbiner Hirsch, der in der dritten Generation der Haskala lebte, konnte mit eigenen Augen sehen, zu welchen Abgründen diese Philosophie führen kann. Es war sein Zeitgenosse Felix Mendelssohn-Bartholdy (der Enkel des „Vaters der Haskala“ Moses Mendelssohn), der christlich erzogen und getauft wurde. Das war sicherlich nicht das, was sich der orthodoxe Jude Moses Mendelssohn gedacht hatte, als er das Judentum „öffnen“ und die Juden in die deutsche Gesellschaft hinein „emanzipieren“ wollte. Dass schon sein Enkel sich total vom Judentum abwendet, hätte er sich wohl niemals vorstellen können und zum Glück hat er diese Tragödie auch nicht mehr erlebt. Jedoch hat Rabbiner Hirsch das und viele andere Auswüchse der Aufklärung erlebt, und wurde zum größten Kämpfer für den Erhalt der jüdischen Tradition. Der brillante Rabbiner Hirsch hat selbst vorgelebt, dass man durchaus in die deutsche Gesellschaft und in das gesellschaftliche Leben integriert sein kann, ohne sich zu assimilieren. Er war einer der ersten orthodoxen Rabbiner in Deutschland, der an einer Universität studiert hat (Universität Bonn). Er war einer der ersten, der in der Synagoge auf Deutsch predigte. Und trotzdem veränderte er die traditionelle Liturgie (die in hebräischer Sprache war) nicht, hielt alle Gebote der Tora und der Weisen.

Als er gesehen hat, dass das echte jüdische Leben in der Frankfurter Einheitsgemeinde wegen des steigenden Einflus-

ses des Reformjudentums in Gefahr war, bewies er wieder Mut zum Handeln und trat mit anderen gesetztreuen Juden aus der Gemeinde aus. Damit hat er nicht nur den wenigen traditionellen Familien in Frankfurt geholfen, sondern wurde zum Leuchtturm des orthodoxen Judentums in ganz Europa.

Zu Hause praktizieren, nicht nur in der Synagoge

Deshalb war für Rabbiner Hirsch wohl speziell das Chanukka-Fest ein ganz besonderes Ereignis: so wie die Haschmonaim in antiken Zeiten war auch er die kämpfende Minderheit bei der Rettung des Judentums unserer Vorfäter.

Deshalb hat der modern denkende Rabbiner Hirsch auch viele Ideen in diesem Fest entdeckt, die auch heute noch für uns von Bedeutung sind.

So betonte Rabbiner Hirsch, dass es wichtiger ist das Judentum zu Hause zu praktizieren als nur in der Synagoge. In den Zeiten der Haschmonaim kam das Unheil aus der „Synagoge“ (Tempel) und die Rettung kam aus einem Haus (Makkabäer). Was hilft es, fragt der Rabbiner, wenn man in der Synagoge schön singt und betet, wenn zu Hause das Judentum nicht praktiziert wird. Wenn es keine Mezuzot bei den Eingängen gibt, wenn die Küche nicht koscher ist, wenn keine jüdischen Bücher in der Regalen stehen und benutzt werden.

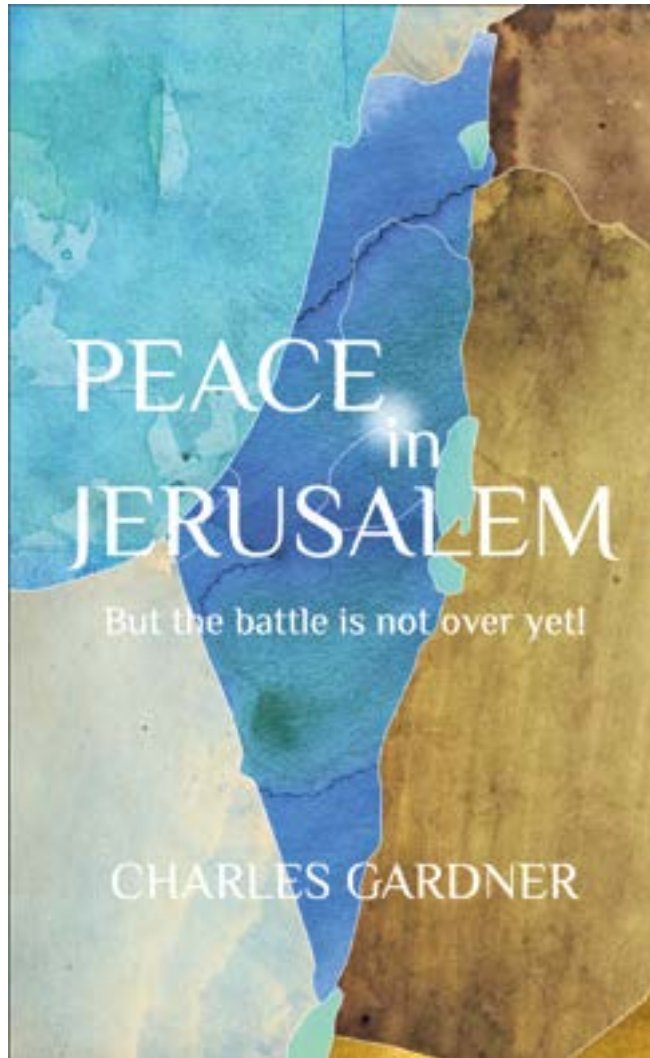
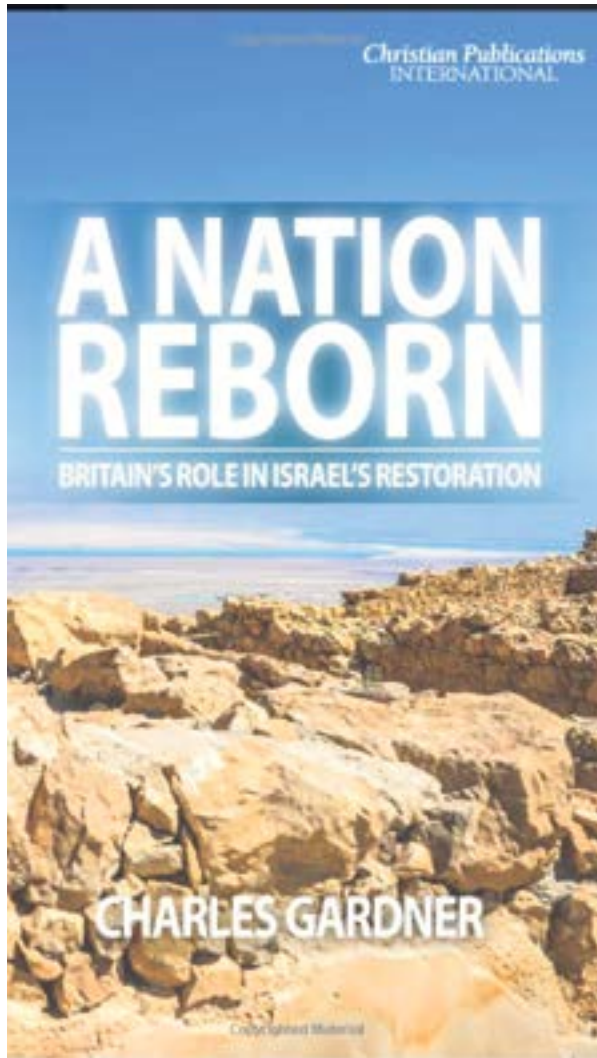
Die gleiche Idee, bemerkt Rabbiner Hirsch, sehen wir in der Halacha, die vorschreibt, wo genau die Chanukkia gezündet werden soll. Auch wenn wir unsere Chanukka-Kerzen heutzutage zu Hause anzünden, haben unsere Weisen verfügt, dass diese Kerzen ursprünglich draußen, beim Eingang zu unseren Häusern, gezündet werden sollen. Das soll für uns auch symbolisieren, dass das Licht unserer jüdischen Häuser von innen nach außen leuchten soll. Und das wird nur dann der Fall sein, wenn wir unser Judentum nicht verstecken, sondern es stolz ausleben. Das wäre auch eine wichtige Botschaft an unsere Kinder: die antiken Griechen, Römer und andere Imperien sind Geschichte. Aber wir und unsere lange Tradition leben weiter und werden auch weiterleben. Und sie wird nur dann weiterleben, wenn wir uns an die Thora und an unsere Weisen halten. Das ist die Flamme unserer Tradition, die unverändert über tausende Jahre von Generation zu Generation weitergereicht wurde. Und jeder Versuch diese Tradition zu „verbessern“, „anzupassen“, „Fortschritt“ zu bringen, brachte nur Gefahr und Leiden für das jüdische Volk. Deshalb liegt es jetzt an uns die Fackel des Judentums stolz weiterzutragen und dafür zu sorgen, dass das jüdische Volk weiter existiert.

Wenn man das alles bedenkt, stellt sich jedoch die Frage, ob tatsächlich alle das Chanukka-Fest fröhlich feiern können? Und die Antwort lautet ja. Denn in jedem Juden und in jeder Jüdin gibt es eine G'ttliche Seele. Und diese Seele ist unsere Flamme, die in die spirituellen Welten aufsteigen möchte. Und gerade an den jüdischen Feiertagen spüren alle Juden die Inspiration und erinnern sich an unsere tausendjährige Tradition. Deshalb, wenn wir zu Chanukka die Kerzen anzünden, Sufganijot und Latkes essen und fröhliche Lieder singen, dann wacht auch unsere Seele auf und beleuchtet uns und die Welt um uns herum.

Und das ist der Sieg des Lichtes über die Dunkelheit, die wir alle zusammen feiern.

Schabbat: Ruhe als Bedürfnis für Juden und Nicht-Juden

Ohne regelmäßige Ruhezeiten wird unsere körperliche, geistige und seelische Gesundheit ernsthaft beeinträchtigt.



Von Charles Gardner

Ich weiß nicht, ob Sie es auch bemerkt haben, aber der Straßenverkehr scheint in meinen Augen nach den Lockdowns geschäftiger denn je zu sein. Anstatt die Vorteile des Stillseins zu nutzen und die wertvollen Lektionen der stillen Meditation vor Gott zu lernen, können wir es kaum erwarten, uns erneut für das anzumelden, was meine australische Tochter den „sozialen Wahnsinn nach Covid“ nennt.

Wir werden von allen Seiten mit Informationen, Lärm und endlosen Terminen bombardiert. Im Grunde genommen sind wir überreizt und nicht mehr in der Lage, klar zu denken, da unsere zerbrechliche menschliche Schaltzentrale überlastet ist. Welche Chance haben wir, wenn wir nie aufhören?

Wie ich in der letzten Woche dargelegt habe, war die Entweihung des Schabbats Teil des Ungehorsams, für den die Hand des göttlichen Gerichts über das alte Israel kam. Der Tempel wurde zerstört und die Israeliten wurden nach Babylonien verbannt, während ihr eigenes Land 70 Jahre lang wüst lag, um endlich seinen Schabbat genießen zu können (was auch für das Land Israel gilt), so wie es der Prophet Jeremia vorausgesagt hatte (2. Chronik 36, 19-21).

Und in Jesaja 56 scheint die Bedeutung der Einhaltung des Schabbats auch für Ausländer zu gelten, die sich an den Herrn gebunden haben (V. 6). Sind wir Heiden nicht auch Fremde, die sich an den Gott Israels gebunden haben, weil wir in den Ölbaum eingepfropft sind (Röm 11,24), der das auserwählte Volk darstellt? Der Kontext der Worte Jesajas scheint

dies zu bestätigen, denn er enthält die Schriftstelle, die Jesus zitierte, als er die Geldwechsler aus dem Tempel vertrieb und erklärte: „Mein Haus wird ein Haus des Gebets für alle Völker genannt werden“ (V7). Dies impliziert sicherlich, dass jeder – Jude und Nichtjude –, der dem Herrn nachfolgen will, das Halten des Schabbats als grundlegend ansehen würde.

Es ist ein zentrales Gebot Gottes, also ist es wichtig genug. Aber es ist auch ein praktisches Gebot. Wir brauchen dringend körperliche, emotionale, mentale und geistliche Ruhe und Erholung, um unsere Batterien wieder aufzuladen und die stille, kleine Stimme unseres himmlischen Vaters über all den anderen anspruchsvollen Stimmen zu hören, die um unsere Aufmerksamkeit buhlen.

Mein Freund David Hoffbrand, dessen hervorragende Lehren über den Schabbat im Internet zu finden sind, vergleicht dies mit der Erfahrung Elias auf dem Berg, als er eine Begegnung mit Gott suchte. Der Ort wurde von einem großen Erdbeben, einem furchterregenden Wind und einem wütenden Feuer erschüttert, aber der Herr war in keinem von ihnen. Er war nur durch eine leise, kleine Stimme zu hören – ein sanftes Flüstern (1. Könige 19,12).

„Wenn wir die Stimme Gottes hören, erscheint alles andere im Vergleich dazu unbedeutend und unwichtig. Gottes Flüstern in deinem Herzen ist lauter als jeder Wind, jedes Erdbeben und jedes Feuer, das in deinem Leben wüten mag.“

Heutzutage scheint es, als hätten die Menschen Ameisen in der Hose, sie fummeln ständig an ihren Telefonen herum oder jonglieren ihre hek-

tischen Zeitpläne. Was sie dringend brauchen, ist eine Beruhigung ihrer Seelen, um das sanfte Flüstern unseres liebenden Erlösers zu hören, das zufällig auch die produktivste Art ist, den Schabbat zu verbringen.

Den Schabbat auf den Müllhaufen der christlichen Theologie zu werfen, war nicht nur antisemitisch, wie ich bereits angedeutet habe, sondern auch eine Überreaktion auf den empfundenen Gesetzlichkeitswahn einiger Praktiker – d. h. das Kind mit dem Bade auszuschütten – sowie ein grobes Missverständnis der Lehre Jesu zu diesem Thema.

Unser Herr hat lediglich Missbrauch, Heuchelei und herzlose Rituale korrigiert und festgestellt, dass „der Schabbat für den Menschen gemacht ist und nicht der Mensch für den Schabbat“ (Markus 2,27). Er ist zu unserem Nutzen, aber wir vernachlässigen ihn auf eigene Gefahr. Ohne regelmäßige Ruhezeiten wird unsere körperliche, geistige und seelische Gesundheit ernsthaft beeinträchtigt.

Rosemary Bamber hat es so ausgedrückt: Die Pharisäer, die Jesus und seine Jünger dafür kritisierten, dass sie an Gottes Ruhetag „arbeiteten“, hatten nicht verstanden, dass das Halten des Schabbats mit anderen Gesetzen verbunden ist, zu denen auch gehört, den Herrn, unseren Gott, mit ganzem Herzen, ganzer Seele, ganzem Verstand und ganzer Kraft zu lieben.

Wenn jemand krank oder bedürftig ist, ist das in Ordnung, denn es ist Gottes Wille, dass wir am Schabbat Gutes tun sollen (Mt 12,12). Bemerkenswert ist, dass die Jünger am Schabbat mit Jesus unterwegs waren. Und ist das auch unser Ziel?

Der Gedanke, rund um die Uhr zu arbeiten, suggeriert, dass alles von uns abhängt – ähnlich wie die Aktivisten des Klimawandels ihre Kampagnen sehen –, wohingegen einen Tag frei zu nehmen, um Gott zu ehren, ein Schritt des Glaubens ist, wie der Rest des christlichen Lebens, und unser Vertrauen in die übernatürliche Versorgung zeigt, die denen versprochen ist, die im Gehorsam zu ihm wandeln.

Jesus sagte: „Kommt her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken.“ (Mt 11,28) Er ist die ultimative Schabbatruhe (Hebr 4,9), in der ihr wahre Ruhe für eure Seelen finden werdet.

Wie es in dem großartigen englischen Kirchenlied „We rest in thee“ heißt: „Wir ruhen in Dir, unser Schild und unser Beschützer; wir ziehen nicht allein gegen den Feind; stark in Deiner Kraft, sicher in Deinem Schutz; wir ruhen in Dir, und in Deinem Namen gehen wir.“

So wie Gott am siebten Tag der Schöpfung von seinen Werken ruhte, so „ruhen“ auch wir von unseren Werken (unseren Bemühungen um das Heil) durch das stellvertretende Opfer Christi – woran der Schabbat ständig erinnert. Die Erlösung kommt nicht durch unsere eigene Anstrengung – sie ist schließlich ein Geschenk –, sondern allein durch den Glauben. Es ist nicht das Gesetz, sondern das Leben.

Charles Gardner ist Autor folgender Bücher: „Israel the Chosen“, erhältlich bei Amazon; „Peace in Jerusalem“, erhältlich bei olivepresspublisher.com und „A Nation Reborn“, erhältlich bei Christian Publications International.

Die Schönheit von Chanukka in Me'a Sche'arim

Von Chaya Tal

Me'a Sche'arim, Hebr. מֵאָה שְׂעָרִים, zu Deutsch „Hundert Tore“, ist ein von ultraorthodoxen und chassidischen Juden bewohntes Viertel im Westen Jerusalems, außerhalb der Altstadt, entstanden Ende des 19. Jahrhunderts. Man sagt, dass Me'a Sche'arim an die alten verlorengegangenen jüdischen Shtetl Osteuropas erinnere.

Strikte Befolgung der Gebote, darunter unbedingte Einhaltung der Schabbat-Ruhe und der jüdischen Feiertage, strenge Verhaltens- und Kleidungsordnung bestimmen das Leben in Me'a Sche'arim. Für die Touristen gibt es Hinweisschilder: Es sei unbedingt zu beachten, dass die Kleidung auch bei den Besuchern – vor allem bei Frauen – den Vorschriften entsprechen soll, dass am Schabbat keine Autos und weder Fotokameras noch Mobiltelefone auf den Straßen des Viertels zu benutzen sind. Wer sich davon nicht stören lässt, kann besonders zu den jüdischen Feiertagen die einzigartige Atmosphäre und den Zauber von Me'a Sche'arim genießen.

Fotos von Chaya Tal



MENACHEM KAHANA / AFP

